

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Aufmarsch der USA zur Aggression gegen den Irak: Eine unheilige Allianz bereit zum Totentanz?

Nachdem die Plünderer der Welt das Land ausgebeutet haben, wenden sie sich dem Meer zu. Wenn der Feind reich ist, wollen sie seinen Besitz, ist er arm, wollen sie, daß er sich fügt. Nichts in Ost und West genügt ihnen. Sie begehren Hab und Gut aller anderen, auch wenn diese verarmen. Rauben, zerstören, plündern – das ist ihr Imperium. Und die Einöde die sie überall hinterlassen, nennen sie Frieden. (Tacitus, Agricola, im Jahre 30 n. Chr.)



Es war nicht nur der zeitweilige Fraktionsvorsitzende der SPD Ludwig Stiegler, der die USA von heute mit dem Römischen Imperium und Bush mit Cäsar Augustus verglich. Kritische Publizisten in den USA und in Großbritannien hatten es schon vor ihm getan. Tatsache ist, daß der mächtigste imperialistische Staat in der Welt seine Interessen überall durchsetzen kann, mit Druck oder kriegereischer Gewalt, wie es der Zweckmäßigkeit oder dem Willen Washingtons

entspricht. Die Rechtfertigungen dazu, die meist vor heuchlerischer Moral triefen, werden jeweils rechtzeitig durch die in ihrem Fahrwasser schwimmenden Medien publiziert. Bei der Durchsetzung des Faustrechts des Stärkeren, brauchen die USA keine Rücksichten mehr zu nehmen, nicht auf Alliierte und schon gar nicht auf die schwachen. Länder im unterentwickelten Weltteil, in denen die Mehrheit der Bevölkerung lebt, bzw. vegetiert. Teddy Roosevelt hatte einst mit dem „big stick“ im lateinamerikanischen Hinterhof gewütet. Heute betrachten die Kriegstreiber um Cheney, Bush und Rumsfeld die halbe Welt als ihren wirtschaftlichen und

strategischen Hinterhof. Es gibt keine Sowjetunion mehr, die den Imperialisten in den Arm fällt, wie einst am Suez-Kanal, in der Kuba-Krise und in Vietnam. Die UNO interessiert Washington nur insoweit, wie sie für die US-Politik zu gebrauchen, bzw. mißbrauchen ist. Die USA zahlen nicht einmal ihren vollen Beitrag. Sie weigern sich strikt den internationalen Strafgerichtshof, der von 120 Staaten gegründet wurde, anzuerkennen. Kein Wunder, müssen die Vereinigten Staaten von Amerika doch befürchten, infolge der beabsichtigten Kriege und der damit verbundenen

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Eine unheilige Allianz, Seite 1
 - In eigene Sache, Seite 2
 - PDS Wahldebakel und Parteitag, Seite 11
 - Jahreskonferenz unserer Gruppe, Seite 17
 - Die Bundestagswahl und die innenpolitische Lage nach Bildung der neuen Regierung, Seite 19
 - Wohin steuern die Gewerkschaften?, Seite 21
 - Arbeitslosigkeit – was tun?, Seite 25
 - Bericht aus Großbritannien, Seite 32
 - Siemens – Bericht aus der Hofmannstraße S.33
- Rezensionen:
- Der Attentäter aus der Arbeiterklasse – Georg Elser, Seite 35
 - Vertaner Aufwand: die West-FDJ, Seite 36
- u.a.

In eigener Sache

Seit dem Erscheinen unserer letzten Nummer im Herbst hat sich in der linken Bewegung in Europa einiges getan. Da wir in diesem Heft keine eigenen Betrachtungen darüber anstellen, so wollen wir wenigstens an dieser Stelle einige davon erwähnen. Da gibt es die sich mehrenden Massendemonstrationen: Millionen demonstrierten gegen den drohenden Irakkrieg, vor allem in Italien, in London, in Deutschland in Köln und in anderen europäischen Städten. Dann kam das große Ereignis von Florenz, wo sich eine halbe Million Menschen aus verschiedenen Ländern zum Protest traf. Hier vereinten sich nun



Wir sind auch über die folgende e-mail-Adresse erreichbar:

arbeiterstimme@gmx.de

Impressum:

**Verantwortlich im Sinne des Pres-
serechts: Thomas Gradl, Bucher-
straße 20, 90408 Nürnberg; Druck:
Eigendruck im Selbstverlag**

**Verleger, Zuschriften: Thomas
Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg
arbeiterstimme@gmx.de**

Bankverbindung

Hans Steiger, Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808

die Globalisierungskritiker mit den antikapitalistischen Demonstranten in der Gegnerschaft gegen den drohenden Krieg der USA. Für die Mehrzahl der Bundesbürger war das ein Nichtereignis, denn die Presse hatte kaum eine achtel Seite dafür „verschwendet“. Zum Schluß soll hier noch die Streikbewegung in Italien hervorgehoben werden. Am 18. Oktober hatten sich acht bis zehn Millionen Menschen am Generalstreik beteiligt.



Der Bedeutung gemäß steht ein längerer Irakkrieg, der sich auch mit den Hintergründen und Kräften verhältnissen befaßt, am Anfang dieser Nummer. Die Innenpolitik nimmt immer mehr krisenhafte Züge an. Wir geben ein Referat unserer Jahreskonferenz wider, das sich mit der Bundestagswahl, der Niederlage der PDS und mit

der neuen Schröder-Regierung befaßt. Ausführlich wird auf die Entwicklung der PDS eingegangen, wie sie sich vor allem auf dem Parteitag in Gera abzeichnete. Wir drucken zwei Referate unserer Konferenz ab, wobei es um die Themen Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaftspolitik geht. Ein Genosse aus England berichtete vom Ende der Friedhofsruhe bei den britischen Gewerkschaften und in der Labour-Party. Zum Abbau von Arbeitsplätzen bei Siemens haben wir den Bericht eines Insiders zugesandt bekommen. Einige andere Betrachtungen und Rezensionen schließen sich an.

Abschließend soll hier das wichtigste Ergebnis unserer Jahreskonferenz dargestellt werden. Wir können unter anhaltend schwierigen Verhältnissen weiterarbeiten. Die finanzielle Lage bereitet uns Sorgen. Es gelang uns nach großen Anstrengungen, die erweiterte Neuauflage unseres Buches „Der spanische Bürgerkrieg“ fertigzustellen. Wir würden uns über rege Nachfrage freuen...

Wir danken wieder allen Spenderinnen und Spender. Für das neue Jahr ist die ABOZAHLUNG wieder fällig – bitte laßt uns nicht im Stich!

**Achtung: Überweisungen nur auf das Konto:
Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80,
Kto. Nr. 665924-808!!!**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Kriegsverbrechen gerichtlich belangt zu werden. Deshalb weigern sie sich auch der Kontrolle von Biowaffen und der Weitergabe von Landminen zu unterwerfen und sabotieren die Abrüstungsbemühungen.

Die Bush-Regierung plant nicht nur den Angriffskrieg gegen den Irak (den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen zum Hohn), sondern hat eindeutig erklärt, daß sie sich das Recht auf ständige Kriegshandlungen selbstherrlich herausnimmt. Alle unbotmäßigen Länder werden zu vogelfreien „Schurkenstaaten“ erklärt, zwischen tatsächlichen Terroristen und Freiheitskämpfern wird absichtlich nicht mehr unterschieden. Bush benutzt den fürchterlichen Anschlag vom 11. September als Katalysator für seine gewalttätige Weltbeherrschungspolitik. Der Rechten in den USA gelingt es damit, die eigene Bevölkerung in eine Kriegs- und Bedrohungsstimmung zu versetzen und sie hinter sich zu scharen. Auch die Bevölkerung in den anderen westlichen Ländern unterliegt dieser Beeinflussung. Die Frage nach dem Nutzen des 11. September beantwortet sich von selbst. Es sind nicht nur Spekulationen, sondern die Anhaltspunkte mehrer sich, die daraufhin deuten, daß die Anschläge den Geheimdiensten vorher bekannt waren, sie aber aus politischen Gründen nicht verhindert wurden (mit Ausnahme des Angriffs auf das Weiße Haus). Wäre es so, dann müsste viele die es bisher nicht wussten mit Erschrecken feststellen: Eine Verbrecherbande regiert die Welt...

In diesem Krieg, gegen alle, die sich der Politik der USA nicht unterwerfen, darf es nach dem Willen des dafür ins Präsidentenamt gehieveten Bush's keine Unbeteiligten oder gar Neutrale geben. „Jedes Land, jede Region muß sich jetzt entscheiden: Entweder sie stehen auf unserer Seite oder auf der der Terroristen.“. Sein Kriegsminister Rumsfeld hat diese Weltbeherrschungs-Doktrin präzisiert: US-Militärinterventionen wird es in Zukunft auch in Ländern geben, „mit denen sich Amerika nicht im Kriegszustand befindet, auch ohne Vorwarnung“. „US-Killerkommandos sollen künftig weltweit aktiv werden“ berichten die „Nürnberger

Nachrichten“ vom 14.8.02. Dies im Verborgenen zu tun war bisher schon Praxis des CIA. Unter dem Bruch des Völkerrechtes ist dies nun im Jemen ganz offen geschehen. Eine US-Rakete hat dort das Auto eines El Qaida-Führers zerstört. Daß dabei vier weitere Menschen zerfetzt wurden, scheint die westlichen Menschen-

Tschechische Sozialdemokraten nach dem 11. September:

Premierminister Zeman erklärte „Wir sind im Krieg.“ Die tschechische Regierung, so Zeman weiter, bestehe schließlich nicht aus Feiglingen: „Uns zittern nicht die Knie.“

recht-Apostel kein bisschen zu stören. Im „Sieg“ der Republikaner bei den Zwischenwahlen in den USA sehen auch europäische Regierungen und die herrschende öffentliche Meinung eine Bestätigung des Irak-Kurses durch die Bevölkerung in den USA. Nur ganz versteckt kommen in manchen Kommentaren die wirklichen Verhältnisse zum Vorschein, die einen Blick zulassen auf das Zerrbild der „Demokratie“ in diesem Lande. Denn nur 36 % der Wahlberechtigten gaben überhaupt ihre Stimme ab. Die große Mehrheit, zwei Drittel der 209 Millionen Berechtigten, hielten eine Abstimmung für überflüssig. Die meisten US-Bürger konnten keinen Unterschied zwischen den Parteien des großen Geldes mehr erkennen, haben jede Zuversicht verloren, daß sich durch eine „Wahl“ entscheidung an ihren persönlichen und sozialen



Problemen etwas ändert. Bush's „Sieg“ besteht demnach nur in der Zustimmung von etwa 19 % der Wahlberechtigten. Und doch sind die Weichen damit gestellt in Richtung eines noch stärkeren Rechtskurses, einschließlich aller Kriegspläne. Das

erste Ziel, der Irak, ist ja nur der Anfang. Fällt Bagdad, ist dem Pentagon die Einkreisung und Isolierung der Iran gelungen. Israels Regierungschef Sharon hat bereits gefordert, „am Tag nach“ einer Militäraktion gegen den Irak auch den Iran anzugreifen. Saudi-Arabien, das wichtigste Ölland im Nahen Osten, sähe seine Souveränität über Preis und Verfügbarkeit seines existenzsichernden Rohstoffes gefährdet. Riad ist in einer tiefen Krise, auch durch die von den USA aufgedrückte Finanzierung des 1. Golfkriegs. In den Augen Washingtons ist aus dem engen Verbündeten ein unsicherer Kantonist geworden und ein Hort des „islamischen Extremismus“. Ein US-Protectorat direkt an der Nordgrenze könnte das Saudi-Regime gehörig unter Druck setzen.

Was sind die Ursachen für die aggressive Politik der USA?

Die große Mehrzahl der Kapitalfraktionen steht hinter dieser Politik von Bush, den sie dafür auf den Schild gehoben haben. Nur schwache Fraktionen, wie die Konsumgüter- oder Touristiklobby versuchen sich dagegen aufzulehnen, da sie auf der Verliererseite stehen. Hauptbetreiber sind die Gewinner dieser Kriegspolitik, vor allem das Bündnis zwischen dem Industriell-Militärischen-Komplex und den weltweit agierenden Ölkonzernen. Es geht um die Beherrschung der Rohstoffquellen und um eine für die US-Wirtschaft günstige Preisgestaltung, die ihr auch einen Vorsprung in der sich zuspitzenden Weltmarkt Konkurrenz verschaffen könnte. Es geht ebenso um eine Ablenkung von der Wirtschafts- und Sozialkrise in den USA und um das alte Spiel, eine Rezession durch Kriegsproduktion überwinden zu wollen. Es geht um die strategische und militärische Absicherung der US-Wirtschaftsinteressen generell und im besonderen im Hinblick auf die wegen ihrer Größe schwer zu beeinflussenden Staaten Russland und China. Die militärischen und politischen Einnistungen vor deren Haustüren sind für die US-Imperialisten Ausgangspositionen, wenn sich dort durch innere Erschütterungen Gelegenheiten der Einmischung ergeben.

Das gilt besonders für China – für die USA Absatzmarkt, aber noch mehr ein großer Rivale - wo große Krisenaufbrüche sich ankündigen.

Mit den Angriffskriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan, haben die USA signalisiert, daß sie weder Unbotmäßigkeiten noch Feindschaften hinzunehmen bereit sind. Nebenbei bemerkt wurden die erklärten Kriegsziele am Hindukusch jedoch nur teilweise erreicht. Sie scheuen dabei nicht zurück, bis tief in ehemalige Einflußzonen dortiger Großmächte Besitz zu ergreifen. Die Dominanz in einer immer mehr der Globalisierung unterworfenen Welt genügt der alleinigen Supermacht nun nicht mehr. Die USA sehen sich jetzt auf dem Weg zur Weltherrschaft. Dafür haben sie wie eine Krake die Welt mit Stützpunkten überzogen und bauen diese, oft tausende Kilometer von zu Hause entfernt, zu Offensivrampen aus.

Die soziale Kluft in den USA und der Welt wirkt sich aus

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer und die Mittelschichten befinden sich auf dem Weg in einen mehr oder minder langen Abstieg. Das gilt für die Welt im allgemeinen, jedoch auch immer mehr für die kapitalistischen Kernländer. Die Krise des Weltkapitalismus äußert sich vorerst vor allem in Form einer Finanz- und Absatzkrise. Sie erschüttert Völker und Staaten in Lateinamerika, in Afrika und in Teilen Südostasiens bis in die Grundfesten. Am schlimmsten ist es in Ländern wie Argentinien, Uruguay, Ecuador und Indonesien. Doch auch in Europa und noch mehr in Japan häufen sich die Probleme. Das Blatt hat sich auch in den reichen Industriestaaten gewendet. Längst ist der schier immerwährende Aufstieg und Fortschritt Vergangenheit. Die Massenarbeitslosigkeit ist wiedergekehrt. Die Politik der systemtragenden Parteien wird beherrscht von der sich steigenden Demontage des Sozial- und Kulturbereichs. Der, das System stabilhaltende Selbstlauf des Kapitalismus, mit der Befriedigung der Massenbedürfnisse, scheint seinem Ende entgegenzugehen. Gegen aufkommenden Unmut und ersten Widerstand antwortet die herrschende Klasse in

den USA, aber auch anderswo, mit Repression, Gewalt und Abbau der bürgerlichen Demokratie. Die Meinungsfreiheit wird zur Schimäre.

Die Regierung in den USA macht vor, wie man von inneren Problemen ablenkt: mit Kriegshetze und Patriotismus. In den Vereinigten Staaten wurden die auf Pump aufgebauten Hausjahre der Clintonära mit unvorstellbaren Börsengewinnen von einer Baisse abgelöst – wie es eben den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen System eigen ist. Im Crash schmolzen tausende von Milliarden Dollar dahin und mit ihnen gingen die Rentenanlagen von Millionen Amerikanern über Bord. Einzig die Rüstungs- und Öllaktien stiegen weiter. Riesenkonzerne brachen wie ein Kartenhaus zusammen. Große Firmen wie Emron, World Com usw. offenbarten ihren kriminellen Charakter und ihre Verbindung zur Politik und zu dem von ihnen gesponserten



Sie mögen sich wieder...

Bush. Skandale, Pleiten und Rezessionen beherrschen das Bild, wie auch Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste und Steuergeschenke an die Reichen. Handelskonflikte mit den Europäern werden in Kauf genommen. Die Leistungsbilanz verzeichnet ein Minus von 432 Milliarden Dollar und die Devisenflucht hält an. Obwohl das Haushaltsdefizit wieder anschwillt, hat die Bush-Regierung den Militärhaushalt auf die gigantische Summe

von 320 Milliarden Dollar gesteigert. Die Hightech- und Rüstungsindustrie kann sich freuen, potentielle Opfer sollten sich fürchten...

Unter normalen Bedingungen hätten die Republikaner und die Regierung Bush politisch abgewirtschaftet. Eine derartige Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage hat es schon lange nicht mehr gegeben, ebenso wie die Verquickung führender Politiker in Skandale und kriminelle Machenschaften. Den fälligen Wechsel verhinderte allein jene Massenhysterie, die, vom 11. September ausging und die, zusätzlich geschürt, sich als latente Angst vor terroristischen Angriffen niederschlägt. Sie ist auch die Ursache für die Kriegsbereitschaft der Mehrheit der US-Bevölkerung, die ständig von den Medien neu angefacht wird und die sich nicht nur gegen den Irak richtet.

Warum sind die UNO und Alliierte nötig?

Die Feststellung, die gegenwärtige Aggressivität des US-Imperialismus komme sowohl aus der Stärke wie aus der Schwäche dieses Staates ist kein Widerspruch. Es ist die Stärke der USA mit ihren Hightech-Waffen eine auf lange Frist nicht einholbare militärische Überlegenheit zu besitzen, mit der es kein Staat auf der Welt aufnehmen kann. Diese Waffentechnik macht es auch möglich, innerhalb kürzester Frist und ohne große eigene Verluste den Gegner niederzuwerfen. Die USA besitzen auch die Mittel, verbrauchtes Material zu ergänzen. Aus dieser Übermacht heraus können die USA wieder den Krieg als Mittel der Politik benutzen. Sie können ihre strategischen Ziele nun ungehindert verfolgen.

Aus ihrer Schwäche heraus – verursacht durch Wirtschaftskrise und mit den zunehmenden Problemen einer gespaltenen Gesellschaft behaftet – sind sie verleitet, als Ablenkungsmanöver im Inneren gerade jetzt die Kriegstrommel zu rühren.

Zuerst hatte es den Anschein, sie wollten den Krieg allein führen. bzw. nur mit britischer Beteiligung. Wenn nun die UNO einbezogen wurde und möglichst viele durch Druck und Köderung zur Komplizenschaft genötigt werden, ist das ein weiterer geschickter Schachzug. Washington

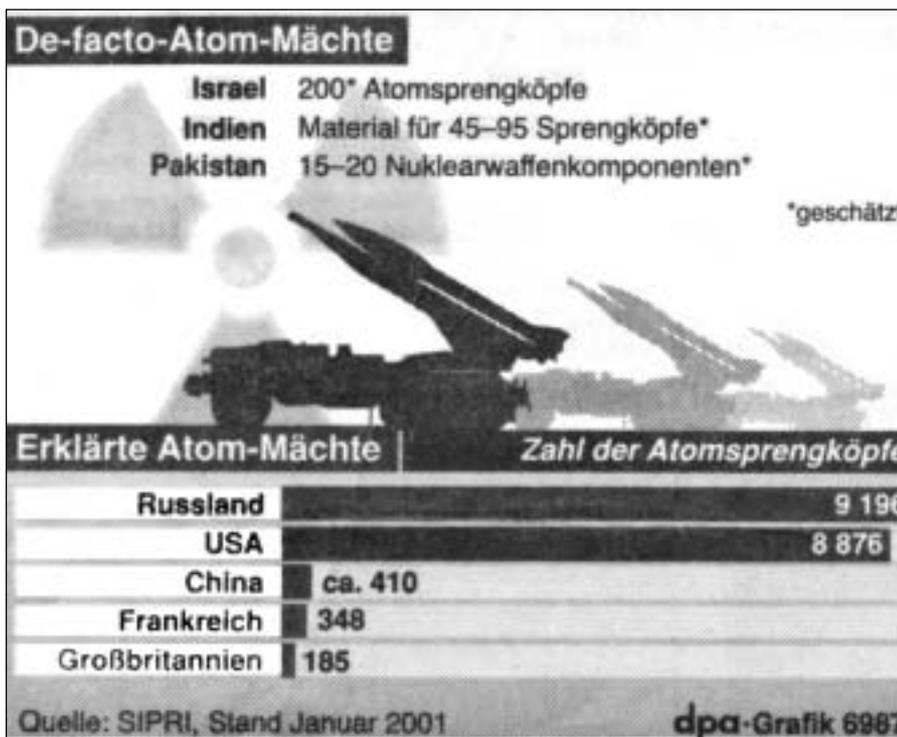
will sich damit bessere Argumente und die vermehrte Zustimmung im eigenen Land und in der Welt verschaffen. Doch der Hauptgrund ist, die Lasten des Krieges und die eigenen Verluste zu minimieren und die Kosten des Krieges – die auf 100 - 200 Milliarden Dollar geschätzt werden – auf die Mitläufer abzuwälzen. Damit würde einem künftigen Widerstand im eigenen Land die Spitze abgebrochen und der prekäre Finanzhaushalt geschont. (Für das Weltraumrüstungsprogramm wird Rumsfeld noch viel Geld brauchen...)

Der Golfkrieg 1990/91 hat den USA 61 Milliarden Dollar gekostet. Nur ganze 7 Milliarden haben sie wirklich davon selbst bezahlt. Vor allem die Saudis und die Golfstaaten haben den Löwenanteil daran aufbringen müssen, aber auch alle anderen Alliierten wurden geschöpft, von Japan bis Großbritannien. Deutsch-

Frankreich, Russland, der Türkei und Japan kamen Bedenken. Zu stark sind alle mit ihren eigenen innenpolitischen Krisen beschäftigt, zu stark sind die meisten mit ihren eigenen Öl- und Wirtschaftsinteressen mit den Irak verquickt. Doch konnten sie das Sträuben nicht lange durchhalten. Hatte Bush im Hurra-Patriotismus noch verkündet: „Wir werden vorangehen und es machen. Nach den Tatsachen werden die Europäer folgen“, fing es der - fälschlicherweise als „Taube“ apostrophierte Außenminister Powell - schlauer an. Er wolt mehr, nämlich die volle Unterstützung der „Vasallen und Tributpflichtigen im amerikanischen Protektorat West- und Mitteleuropa“, wie es der ehemalige Chefberater Carters, Zbigniew Brzinski, auszudrücken pflegte. Das Instrument dazu war die dann verabschiedete UN-Resolution, die den USA trotzdem freie Hand ließ

man nun großzügig hinweg sah: Russland hat seinen grausamen Krieg in Tschetschenien, China seine Probleme mit Sinkiang und Tibet, Indien und Pakistan gleichermaßen die Herrschsucht über Kaschmir. Israel wurde schon seit längerem freie Hand gegeben, den Palästinensern brutal entgegenzutreten. Auch die kleineren Natoländer bekamen in Prag zu spüren, wer das Sagen hat und mussten sich einreihen. Der Gegenpart in der Arabischen Liga wird auch immer leiser, leben doch viele ihrer Staaten als Kostgänger der USA. Syrien, selbst im Fadenkreuz der Kreuzzügler aus dem Pentagon, stimmte der Resolution zu; die Angst hatte Damaskus gefügig gemacht. Dafür dürfen sie bereits überstellte „Terroristen“ im Auftrag der CIA foltern. Nach erstem Sträuben sind die kleinen Golfstaaten, von Kuwait bis Katar, eingeschwenkt und stellen ihre Länder für den Aufmarsch zur Verfügung. An 50 Staaten wurden bis jetzt vom US-Außenministerium Anforderungslisten gesandt. Die Komplizen bekommen einen Happen, bzw. wird der IWF im Einzelfall gnädiger gestimmt und die Verbündeten haben nur zu parieren. Die Türkei braucht keine selbständigen Kurdenprovinzen im Nordirak zu befürchten, die in die Türkei ausstrahlen könnten.

Die Aggression auf viele Schultern zu verteilen hat nicht nur mit den immensen Kosten und den benötigten Aufmarschpositionen zu tun. Die USA brauchen von ihren Verbündeten auch Bodentruppen. Denn anders als im Golfkrieg I muß diesmal nicht nur in der Wüste, sondern auch in großen Städten wie Bagdad gekämpft werden. Anders ist das Regime nicht zu stürzen. Häuserkämpfe können auch für überlegen Bewaffnete verlustreich sein. Wenn aber viele Leichensäcke zurückkommen, untergräbt das die Kriegszustimmung in den USA, wie der Vietnamkrieg gelehrt hat. Die Einbeziehung von Alliierten ist für die USA auch deswegen nützlich, weil beim unvermeidlichen Straßenkampf mehr „Kollateralschäden“ entstehen. Unter diesem hässlichen, verniedlichenden Wort versteht der Westen zivile Opfer: Frauen, Männer und Kinder im Irak. Auffällig ist, daß diese Opfer in der ganzen Debatte über den geplanten



land hatte 17 Milliarden DM zu blechen. Nachdem diesmal der Irak länger besetzt bleiben soll, lauten die Schätzungen dafür 15 Milliarden Dollar pro Jahr, was noch hinzukommt. Die europäischen Regierungen hatten sich lange gesträubt, sich am bevorstehenden Irakkrieg an der Seite der USA zu beteiligen, einzig Berlusconi wollte zumindest verbal beistehen; der Brite Blair sowieso. Schröder blieb mit seinem kategorischen Nein zwar allein, aber auch aus

und die Anwendung von Druck und Versprechen. Mit den einzelnen sogenannten Partnern wurden aufwendige Verhandlungen geführt. Die Palette reicht von der Berücksichtigung russischer und französischer Ölinteressen bis zur Zusage von Ausgleichszahlungen an die Türkei, die im Kriegsfall große wirtschaftliche Verluste zu erwarten hätte. Aber auch politisch hatte Washington einiges zu bieten., haben doch viele Staaten ihre eigenen Leichen im Keller, über die

Krieg kaum benannt werden, was natürlich kein Zufall ist. Je mehr Kriegsalliierte die USA gewinnen, um so breiter lässt sich die moralische Verantwortung verteilen. Mittäter werden sich hüten, allzulaut zu kritisieren.

Über Massenvernichtungsmittel dürfen nur die Monopolisten verfügen...

Einer der vorgeschobenen Gründe für das militärische Vorgehen gegen den Irak ist dessen angeblicher Besitz von Massenvernichtungswaffen. Das steht keineswegs im Zusammenhang mit einer allgemeinen Abrüstung, der sich die USA vehement verweigern. Es geht um die Entwaffnung eines Gegners, des Irak. Es geht auch nicht um den Besitz dieser Waffen schlechthin, nicht um die angebrachte grundsätzliche Infragestellung dieser fürchterlichen Waffen. Die Abschaffung in der ganzen Welt wurde überhaupt nicht angeschnitten. Von den Großmächten, allen voran den USA, die in großem Maße über nukleare Waffen, aber auch über Biologische und Chemische Waffen verfügen, geht nach wie vor die Gefahr einer Apokalypse aus. Völlig außer Acht gelassen wird ferner, daß in der Vergangenheit diese Waffen mit massenhaft furchtbaren Folgen schon angewandt wurden: Von den USA mit der atomaren Auslöschung zweier japanischer Städte im II. Weltkrieg, mit der chemischen Verseuchung (Dioxin) ganzer Landstriche im Vietnamkrieg, mit schlimmen Folgen für die Menschen, die sogar noch heute anhalten.

Die USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, China, Pakistan, Indien und Israel verfügen über Atomwaffen und diese Tatsache wird als Selbstverständlichkeit hingenommen. Die USA entziehen sich dem B- und C-Waffenverbot und würden hohnlachen, käme irgendein Staat auf den Gedanken, Kontrolleure dorthin entsenden zu wollen. Bezeichnenderweise gab die Organisation Sunshine (Austin) kürzlich bekannt, daß die USA heimlich neue Giftgase und militärische Trägersysteme zum Einsatz dieser Giftgase entwickeln. So ist das eben: Die einen haben das Monopol und die anderen müssen parieren. So

einfach ist die Sache für die, die sich zu ihrem Vorteil die Rolle des Weltpolizisten anmaßen.

Die Zwischenschaltung der erpressten Resolution des UN-Sicherheitsrates (15:0) ist für Bush in keiner Weise ein Zugeständnis an das angebliche Machtmonopol der UNO. Den Kriegstreibern im Weißen Haus kommt diese Verzögerung durchaus nicht ungelegen, ist doch der militärische und logistische Aufmarsch noch nicht abgeschlossen. Außerdem wird gegenwärtig noch versucht, die Alliierten und Genötigten noch stärker am kommenden Krieg zu beteiligen.

Kriegslegitimation durch eine Resolution des „Weltsicherheitsrates“?

Wie oft Israel die Resolutionen der UN-Vollversammlung missachtet hat, lässt sich kaum mehr zählen. Ebenso erging es anderen Resolutionen, so auch den wiederholten Anforderungen an die USA das Embargo gegen Kuba einzustellen. In allen diesen Fällen gab es keine Konsequenzen. Diesmal ist es anders, weil die USA die Resolution als Freibrief zum Eintritt in einen neuen Golfkrieg



zu benutzen gedenken.

Die UN-Sicherheitsratsresolution 1441 richtet sich gegen die Entwicklung und den Besitz von ABC-Waffen durch den Irak. Sollte bei den Kontrollen auch nur im kleinsten Ausmaß etwas gefunden werden, der Zugang verwehrt, oder sollte die Regierung in Bagdad tatsächlich oder vermeintlich falsche Angaben machen, wollen die USA dies als Kriegsgrund auslegen. Kriegsminister Rumsfeld möchte sogar die Beschließung angreifender amerikanischer oder britischer Kampfflugzeuge durch die irakische Luftabwehr als Kriegsgrund werten. (Die Flugverbotszonen sind übrigens durch kei-

nen UNO-Beschluß gedeckt.)

Bis zu 300 Inspektoren werden in den nächsten Wochen ca. 700 Standorte mit modernsten Überwachungsgeräten überprüfen. Im Team der 90er Jahre waren bekannterweise CIA-Agenten dabei. Provozierte Zwischenfälle und „Funde“ sind auch diesmal nicht ausgeschlossen. Die teuflische Falle ist von Bush und Cheney gelegt, sie braucht nur noch zuzuschnappen.

Der US-Präsident spricht übrigens offen aus, daß das Fehlen von Massenvernichtungswaffen nicht ausreicht. Es gehe vor allem um die Beseitigung des irakischen Regimes. Saddam Hussein sei ein Diktator. Nun herrschen in etwa der Hälfte der Staaten der Welt Diktatoren und sie sind mehr oder minder brutal. Die USA hat es in ihrer Geschichte nicht gestört, sich mit brutalen Diktatoren zu verbünden, wenn es in ihrem Interesse lag. Washington hat deshalb in den 80er Jahren auch den Irak im Krieg gegen den Iran unterstützt, trotz des Giftgaseinsatzes durch Saddam Husseins Regierung.

In der Sache selbst gibt es total konträre Standpunkte. Während es für die Bush-Regierung ausgemacht ist, daß Saddam Hussein an ABC-Waffen arbeitet und sie versteckt hält, behauptet der Irak das Gegenteil. Niemand bestreitet, daß der Irak vor dem Golfkrieg beträchtliche Mengen an chemischen (Giftgas) und biologischen Waffen und Scud-Langstreckenraketen besessen hatte. Durch den verlorenen Krieg musste der Irak jedoch die UN-Waffeninspektoren ins Land lassen. Die UNSCOM setzte von

1991 – 1998 eine weitgehende Abrüstung der Massenvernichtungswaffen durch und zerstörte die Produktionsstätten und Forschungseinrichtungen. Die Bestände wurden fast völlig vernichtet, 817 der 819 Scud-Raketen zerstört. Als die Kommission 1998 das Land verlassen musste, hatte die UNSCOM auch Anfänge eines Nuklearwaffenprogramms vernichtet. Ehemalige Leiter des Abrüstungsteams, wie Scott Ritter (ehemaliger US-Oberst), Chef Rolf Ekins und auch deutsche Spezialisten wie Hans von Sponeck usw. bestätigten diese Abrüstung. Sie sehen im Irak von heute ein verarmtes und verwüstetes Land, außerstande, Massenvernich-

tungswaffen mit Trägerraketen ins Ziel zu bringen. Diese Spezialisten haben darüber umfangreiches Material veröffentlicht, das beweist, daß diese Waffenvernichtung weder technisch noch finanziell in absehbarer Zeit vom Irak wieder ausgeglichen werden kann. Die seit Jahren ausgeübte intensive Überwachung mit Satelliten und US-Flugzeugen müsste dies eigentlich bestätigen.

US-Protectorat Golf-Region?

Die Wichtigkeit der Erdöl und Erdgasvorkommen für die Weltwirtschaft ist nicht Neues. Auch früher wurden darum schon Kriege geführt und Regime von den USA gestürzt,



*Bomben die Soldaten und Zivilisten zerreißen und Kinder verbrennen werden!
Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ im Persisch-Arabischen Golf.*

wie Mossadeq in Persien. Für den Vietnam-Kriegsverbrecher und ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger stand schon immer fest: „Das Öl ist zu wichtig, als daß man es den Arabern überlassen kann.“ Das Wochenmagazin „New Republik“ hat das aktualisiert: „das Weltbild von Bush ist das Weltbild von Ölmännern“. In der Golfregion liegen 70 % der Erdöl- und 40 % der Erdgasreserven der Welt. Da die westlichen „Zivilisatoren“ mit 20 % der Weltbevölkerung 80 % der Weltressourcen verbrauchen, wird diese Region für die Industriemächte immer wichtiger. Das trifft besonders für den großen Verschwender USA zu, der täglich 20 Millionen Barrel verbraucht, wobei für 2020 schon ein 25 Millionen Barrelverbrauch abzusehen ist. „Die US-Wirtschaft hängt am Öl wie ein Süchtiger an der Nadel“,

hiß es kürzlich in einer Zeitschrift. Und: 1973 deckte der Nahe Osten 38 % des Weltölbedarfs, in zehn Jahren (2012) werden es über 50 % sein.

Während immer mehr Großverbraucher wie China hinzukommen, nehmen seit 20 Jahren die weltweiten Ölreserven ab. Berechnungen gehen davon aus, daß das Öl zu wirtschaftlichen Preisen nur noch 35–40 Jahre ausreicht. Die größten Erdölreserven liegen am persischen Golf und verteilen sich auf einige Länder. Der Wert der Ölreserven beträgt in Milliarden Dollar: Saudi-Arabien 5300, in Kuwait 2300, im Irak 2000 und in den VAE 1900. Mit 112 Milliarden Barrel Reserven verfügt der Irak über doppelt soviel wie Russland und nahezu

doppelt soviel wie der Kaspische Raum. Die Reserven in dem ehemaligen Ölland USA betragen nur etwa ein Viertel derer des Irak.

Die Kapitalistenklasse in den USA wird alles versuchen, um aus der Schere steigender Weltverbrauch und abnehmender Vorräte herauszukommen. Die zunehmende Auslandsabhängigkeit löste bei den Yankees Alarm aus. Wenn schon Verknappung und Abhängigkeit, dann ist es an der Zeit, daß die USA sich auf Kosten ihrer Weltmarktkonkurrenten rechtzeitig ein Privileg sichern. Die erreichte Hegemonialstellung macht's möglich...

Blut für Öl

Der Irak-Golf-Politik liegt, ausgehend von diesen Überlegungen, der „Cheyney-Bericht“ von 2001 zu Grunde. Es heißt darin, (lt. The Nati-

on), es müssten im Jahr 2020 zwei Drittel des Ölbedarfs der USA importiert werden. Die zusätzliche Menge könne nur aus dem persischen Golf kommen. Auf dieses Gebiet die Hand zu legen würde auch bedeuten, stärkeren Einfluß auf das von Instabilität bedrohten Saudi-Arabien zu gewinnen und die OPEC in die Preisschranken zu verweisen. Nicht von ungefähr plant die US-Regierung den Rüstungshaushalt bis 2006 um 43 % auf 470 Milliarden Dollar zu erhöhen. Ein Irakkrieg, so Michael Klare in „The Nation“ könne der größte Ölraub in der modernen Geschichte werden, wodurch Hunderte von Milliarden an Dollar in die Taschen der US-Ölkonzerne flössen, mit denen Mitglieder der Bush-Regierung bereits personell verknüpft seien.

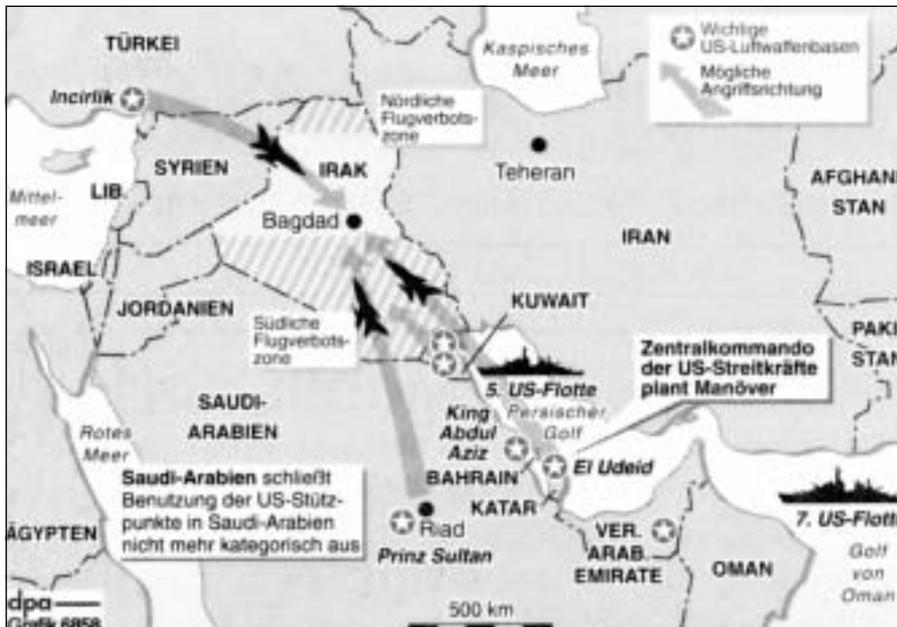
Mit Befremden ist in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit bemerkt worden, wie zielstrebig die USA den Krieg gegen den Irak anstreben, als gebe es keinen anderen Weg. Der Gedanke war, wenn es nur um das Öl ginge, könnte sich doch sogar das Hussein-Regime – den eigenen Untergang vor Augen – mit der US-Regierung einigen. Es hat ja auch, als es ernst wurde, Versuche Bagdads gegeben, den US-Ölkonzernen Konzessionen anzubieten. (Gegenwärtig beziehen die Vereinigten Staaten 9 % ihrer Ölimporte aus dem Irak.) Doch es geht den USA ja nicht nur um das Öl des Irak, sondern um mehr. Zwischen der Bush-Familie und Saddam Hussein hat sich im Laufe der Jahre eine enorme persönliche Feindschaft aufgebaut, die vom letzten Golfkrieg herrührt. 1991 starben 150 000 Iraker in 42 Tagen und Nächten pausenlosen Bombardements. Mehr als eine Million Menschen, vor allem Kinder mußten in Folge des Embargos verhungern. Der Haß gilt also Bush Senior und Bush Junior gleichermaßen. Für die USA wiederum ist es keine Grundsatzfrage, sie haben mit vielen üblen Diktatoren Geschäfte gemacht und Bündnisse geschlossen. Doch sind sie heute Gefangene ihres eigenen propagandistischen Trommelfeuers gegen das Hussein-Regime, als daß sie wieder zurück könnten. Der Staatssekretär im US-Außenministerium John Bolton spricht es ganz offen aus: „Unsere Politik drängt auf einen Regimewechsel in Bagdad und diese Politik wird nicht geändert wer-

den, ob Inspektoren hineingehen oder nicht.“

Strategisch wesentlich ist aber, daß es den USA nicht nur um die Beherrschung des Irak geht, sondern um die ganze Region, auch um das Ölland Nummer 1 Saudi-Arabien. Dafür brauchen die USA das abschreckende Beispiel eines unterworfenen Irak und sie brauchen die Besetzung des Zweistromlandes. Nur so können sie die nötigen Stützpunkte aufbauen, von denen aus dann die übrigen arabischen Länder und der Iran direkt oder indirekt in die Zange genommen werden können. Wie viele Menschenleben ist wohl dieses angestrebte Öl-Liefer- und Preismonopol den USA wert?

den VAE, in Oman und Bahrein erhalten den letzten Schliff. Im Persischen Golf kreuzt eine ganze Flotte von US-Kriegsschiffen. Und die Briten sind munter dabei. Blair verkündete, er sei bereit „für Britannien einen blutigen Preis zu bezahlen“. Gefragt hat der Superdemokrat die Menschen im Lande freilich nicht. 1,5 Milliarden Euro hat sein Schatzmeister dafür schon beiseite geschafft. Washington hat auch für das Verschweigen der Kriegsgräuere schon vorgesorgt: In Kuwait musste der arabische Nachrichtensender El Dschasira seine Büros schließen. Unabhängige Zeugen kann man nicht brauchen, sie könnten den kommenden Lügengeschichten im Weg stehen. US-Flug-

sein. Demnach soll die erste Angriffswelle den noch nicht zerstörten Flugabwehrstellungen gelten und den Städten Tigris und Bagdad. Wetterbedingt wird die Aggression im Februar erwartet. Die Zeitschrift „Forum Wissenschaft“ brachte einige Details: „Am 5. Juli hatte die New York Times über den Inhalt eines Dokuments des Pentagon berichtet, wonach ein US-amerikanischer Angriff mit rund 250 000 Soldaten erfolgen sollte. Der Plan sah einen Angriff von drei Seiten vor (Kuwait im Süden, Jordanien im Westen und Türkei im Norden), wobei die US-Kampfflugzeuge von ihren Stützpunkten in acht Ländern einen „gewaltigen Luftkrieg entfesseln und tausende von Zielen, einschließlich Flugplätze, Straßen und Telefonknotenpunkte, zerstören“ sollten. US-Spezialeinheiten würden darüber hinaus im Hinterland irakische Depots und Waffenlagen angreifen.“ Noch brauchen die USA etwas Zeit alle Truppen und alles Material aus 13 000 km Entfernung heranzuschaffen. Im letzten Golfkrieg ging es um 450 000 Soldaten plus 250 000 alliierter Hilfstruppen und um nicht weniger als drei Millionen Tonnen Material: Munition, Treibstoff, Verpflegung. Jede Division brauchte drei Tonnen Nachschub am Tag. Das veranschaulicht die Dimension der logistischen Anstrengungen zu denen die USA fähig sind!



Der Aufmarsch der Aggressoren vor der Abschlussphase

Der Aufmarsch zum Krieg gegen den Irak ist im vollem Gange. Einer solchen Kriegsvorbereitung folgte noch immer das blutig Gemetzel. Der US-Generalstab wurde von Florida nach Katar verlegt. Er ließ 20 Luftkorridore über dem Atlantik für den Nachschub reservieren. In Riad haben die USA für fünf Milliarden Dollar (!) den modernsten Stützpunkt der Region gebaut. In El Udeid/Katar steht eine 4,5 km lange Starbahn für die Bomber bereit. Dort und in Kuwait sind bereits über 5000 US-Soldaten stationiert. Weitere US-Truppenteile befinden sich in Saudi-Arabien, Bahrein, der Türkei, Usbekistan und Kirgisien. Flugplätze in

zeugen haben große Mengen Flugblätter über dem Irak abgeworfen. Darin drohen sie irakischen Offizieren, die zur Verteidigung „Massenvernichtungswaffen“ anwenden, jenseits der Kriegsrechtsvereinbarungen, vernichtende Strafen an.

Der Krieg ist bereits in seiner ersten Phase. Schon im September haben Verbände mit bis zu 100 Kampfflugzeugen mit massiven Attacken im Westen des Irak Luftabwehrstellungen bombardiert. Auch der südirakische Zivilflughafen in Basra wurde durch Bomben zerstört. Ständig fliegen Kampfmaschinen Scheinangriffe auf Ziele, die im Ernstfall ausgelöscht werden sollen. Die genauen Angriffspläne sind selbstverständlich geheim. Einiges soll durchgesickert

Der Irak - nur noch ein militärischer Torso

Nach zwei Kriegen, dem achtjährigen Krieg gegen den Iran, dem Überfall auf Kuwait und dem anschließenden Krieg gegen die Westalliierten, ist die einstige Kriegsstärke des Irak nur noch Vergangenheit.



Die personellen, waffentechnischen und ökonomischen Ressourcen sind erschöpft. Trotz vieler Wiederaufbauanstrengungen liegt das Land am Boden und das angesichts der bevorstehenden US-Aggression. Die aus der Niederlage im „Wüstensturm“ resultierenden Auflagen haben die Verteidigungskraft nahezu gebrochen. Die mit den Inspektionen verbundene Abrüstung führte zur Vernichtung von 39 000 Bomben, Raketen, Sprengköpfen und Gasgranaten. Die chemische Produktion und die Labors wurden zerstört, ebenso wie die nuklearen Forschungsstätten. 817 Scud-Raketen wurden gesprengt. Der „Spiegel“ gab die Einschätzung der Experten wider: „Er hat noch ungefähr 20 modifizierte Scud-Raketen „Al-Hussein“ im Wüstensand versteckt. Reichweite 650 Kilometer, Nutzlast 500 Kilogramm. Einen Atomsprenkopf hat er nicht, obwohl er gern einen hätte. Er hat chemische und biologische Waffen, aber höchstens 20 % von dem was er einmal hatte.“ Nach der verheerenden Niederlage durch General Schwarzkopf musste Saddam Hussein seine Streitkräfte auf ein Drittel der Vorkriegsstärke reduzieren. Der nächste militärische Aderlass kam mit der Niederringung der Aufstände, die im März 1991 in 14 von 18 Provinzen ausgebrochen waren, wobei vor allem der Kampf gegen die Schiiten im Süden und gegen die Kurden im Osten geführt werden mußte. 1995 wurde eine Militärrevolte niedergeschlagen und 150 Soldaten hingerichtet. In den letzten Jahren flohen über 1500 mittlere und höhere Offiziere in den Westen.

Über die heutige Truppenstärke gibt es schwankende Angaben. Verfügte der Irak 1991 noch über 510 000 Soldaten, so sollen es jetzt ca. 400 000 sein. 4000 Panzer standen 1991 bereit, jetzt sind es nur noch 2200. Statt 500 Flugzeugen sind es noch 316. 1900 Geschütz sind noch vorhanden. 1991 wurden wichtige Teile der Infrastruktur zerstört, Produktionsbetriebe, Staudämme, E-Werke und Trinkwasseranlagen. Die USA hatten damals 7000 Ziele im Fadenkreuz. Nur ein Teil konnte von den Irakern wieder aufgebaut werden. Die Trinkwasserverseuchung des Euphrat hält bis heute an, die Verseuchung durch die Uranmunition machte Tausende

krank. 1991 brach die Wasser- und Stromversorgung in den großen Städten, in denen 60 % der Bevölkerung leben, schon nach wenigen Kriegstagen zusammen. Die ökologischen Schäden, teils auf dem Rückzug selbst verursacht, waren damals enorm, viele sind jetzt noch spürbar.

Trotz der geschilderten stark geschwächten Kampfkraft der Iraker kann es in den Städten, vor allem in Bagdad, zu schweren und langwierigen Häuserkämpfen kommen. Es ist zu erwarten, daß sich dort die 80 000 gut ausgebildeten Soldaten der republikanischen Garden verschanzen. Ausgeschlossen ist aber auch nicht, daß ganze Armeeeinheiten – die unausweichliche Niederlage vor Augen – schon in der Anfangsphase des Krieges desertieren.

Der Irak – nur noch ein Schatten von einst

Die militärische Schwäche hängt auch mit dem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang des 21 Millionen-Volkes zusammen. Dieser hatte nach dem Ende des ungeheuren Aufschwungs eingesetzt, den der Ölboom nach dem Oktoberkrieg 1973 gebracht hatte. Doch der richtige Absturz kam erst später, nach dem kräftezehrenden Krieg gegen den Iran, und erhielt seine dramatische Schußfahrt nach der Niederlage im Golfkrieg.

Das Bruttosozialprodukt beträgt nur noch 25 % im Vergleich zu 1982. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen sank von 4200 Dollar 1993 auf 485 Dollar und liegt heute bei etwa 300 Dollar. Hyperinflation und Korruption verschlechtern die Lage zusehends. Vor 1991 beliefen sich die Auslandsschulden des Staates, vor allem aus Rüstungskäufen, auf 45 – 50 Milliarden Dollar. Die heutigen Schätzungen kommen auf etwa 120 Milliarden Dollar. Die Abzahlung dieser Auslandsschulden wurde eingestellt. Ein reiches Land sank auf die Stufe eines Entwicklungslandes zurück, der Irak ist nur noch ein Schatten von einst.

Der den Staat tragende „Mittelstand“ ist verarmt. Die Familien müssen ihre Kleider und Einrichtungen verkaufen. Das Gehalt eines Lehrers würde nicht einmal für 6 Liter Trinkwasser reichen. Ein Schulleiter, der einst 300 Euro verdiente bekommt

jetzt 10 Euro. 1987 noch betrug die Rente 600 Euro. Für die Miete in Bagdad-Mitte sind 200 Euro aufzuwenden. Normale Angestellte kommen kaum über sechs Dollar hinaus. Für ein Kilo Fleisch muß die Hälfte eines Monatseinkommens herhalten. Während Superreiche prassen, wird das Heer der Armen immer größer. Für viele reicht der Monatsverdienst nur für 20 Tage. Manche müssen sich von Abfällen ernähren. Die Menschen sind nach 12 Jahren Boykott und Bombardierungen müde und abgestumpft. Jeden Monat sterben durch den Boykott 5-6000 Kinder und alte Menschen.

Die Regierung erhöht die Steuern und lässt die Notenpresse laufen. Die auf den Öleinnahmen basierende Planwirtschaft wird immer brüchiger. „Der Irak von heute ist von einer Rentierökonomie geprägt. Es herrscht eher eine Mischung aus Staatskapitalismus und teilweise mafióser Rentiersökonomie“, schrieb Raid Fahmi (KPI) kürzlich im ak.

Im Irak leben mehrere Zeitalter

Anzeige

antimilitarismus information

Das aktuelle Heft ist da !

09/02

ami

Terror-Ziel USA?
Strukturelle Verwundbarkeit
als Legitimation des Überwachungsstaates

Bundesverfassungsgericht
billigt das neue Strategische
Konzept der NATO

Krieg in Kolumbien

monatliche Informationen und
Analysen zu Militär, Friedens-
forschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte Euro 30,70
Ausland: Euro 40,90; Normalheft Euro 2,60
Themenheft Euro 3,10 (+Porto).
Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische
Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14,
10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de

nebeneinander: Betonkultur, Internet und Mercedes 320 neben Eselskarren und Basaren. Es gibt Gegenden, in denen die Menschen noch – wie vor fast 2000 Jahren – in Schilfhütten haus-

Das politische System kann nicht an europäischen Maßstäben gemessen werden. Auch die herrschende Bathpartei spielt bei weitem, nicht die Rolle, die man ihr zumisst. Ihr Selbstverständnis ist der arabischen Nationalismus und der Sozialismus, bzw. das was man dort darunter versteht. Ihre Basis hat sie im Staatsapparat, in der Armee und vor allem in der mittleren Angestelltenschaft. Nicht nur mit den Schiiten und den zwei verfeindeten Kurdenstämmen gibt es Probleme. Die vorwiegende Struktur bilden sunnitische Clans, die sich gegenseitig brutal befehlen und Stämme. Saddams Kunststück war es, die Interessen immer wieder auszutaxieren. Wo das nicht gelang wurden sie mit Gewalt unterdrückt. Mit den Öleinnahmen von früher konnten breite Massen zufriedengestellt werden. Das Embargo führte zu einem Zerfall des sozialen Gefüges. Die Kriegsfolgen haben auch die politische Macht zersetzt. Der Staat kann die Oberhoheit der Justiz nicht mehr überall durchsetzen. Sicherheit, der Schutz von Leben und Besitz sind nicht mehr gewährleistet. Die an sich lose Staatsbindung in verschiedenen Teilen des Landes zerfällt immer mehr, der Tribalismus greift um sich. Bagdad delegiert wieder mehr Selbständigkeit an die Stämme, der Präsident entschuldigt sich bei den Scheichs für die Bodenreform. Der säkulare Staat sucht einen neuen Kitt und gibt der Islamisierung mehr Raum. Neue Moscheen werden gebaut, Staatsrundfunk und Fernsehen lassen wieder mehr religiöse Sendungen zu. Das Regime verwaltet das Programm „Öl für Nahrungsmittel“. Die Verwendung dieser Mittel für die Lebensmittel-Bezugscheine, die jeder Bewohner erhält, ist eines der wenigen Machtinstrumente, die dem Hussein-Regime noch verblieben sind. Denn auch die Partei zerfällt. Hatte sie 1990 noch 1,8 Millionen Mitglieder, so kehrten ihr nach der Niederlage 40 % den Rücken, vor allem im Süden. Durch die Abkehr vom Laizismus und durch das Wegbrechen des sozialen Stan-

dards unterliegt die Bathpartei immer mehr dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der politische Boden schwankt. Er kann beim Ausbruch des Krieges auch in sich zusammenbrechen. Eine Aufspaltung des Landes ist dann nicht ausgeschlossen.

Wie stark die oppositionellen Kräfte sind ist schwer zu sagen. 180 000 Gegner sollen von dem Regime ermordet worden sein. Es gibt eine, in sich uneinheitliche islamistische Strömung, die Kurden und eine demokratische Strömung, die auch von Kommunisten getragen wird. Die irakische KP war eine der wenigen arabischen KP's, die einmal Masseneinfluß hatte. Sie wurde blutig verfolgt. Ihre Führer wurden in den 70er Jahren hingerichtet, ohne daß irgendeine Reaktion von Seiten des sowjetischen Verbündeten erfolgte.

Es sieht nicht so aus, als ob die sogenannten „Experten“ recht bekämen, die bei einem Angriff der USA auf den Irak die arabische und islamische Welt in Aufruhr sehen, die dortigen Regimes bedrohend. Ohne Zweifel wäre ein Sturm der Entrüstung die Folge und der Volkszorn könnte hier und da überschwappen. Doch von Ägypten bis Jordanien, von Syrien bis Saudi-Arabien haben die Regime ihren Polizeistaat mit US-Hilfe ausgebaut und werden sich nicht scheuen damit eventuelle Rebellionen gewaltsam niederzuwerfen.

Kein Proteststurm gegen den drohenden Krieg

Und die Völker in der Welt? Es gab Demonstrationen, einige große in London und Italien, auch in den USA gibt es eine Welle von Protesten und

Kundgebungen. Das ist wichtig, kann aber die Aggression nicht verhindern. Bush hat seine Macht ausgespielt und hat nach anfänglicher Gegnerschaft fast alle zum Mitmachen gezwungen. Die Europäer haben Stück um Stück nachgegeben. Politisch sind die Regierungen und die Medien schon weitgehend eingeschwenkt. Mit der Verweigerung einer direkten Beteiligung ist Deutschland bereits nahe daran von Bush als Quasi-Schurkenstaat behandelt zu werden. Kann Schröder auch nicht mehr zurück zur offenen Kriegsbeteiligung, so ist die Berliner Regierung und vor allem Union und FDP politisch auf US-Kurs eingeschwenkt. Die Koalition muß sich dauernd widersprechen und setzt damit den Eiertanz fort. Die indirekte Beteiligung wird schon signalisiert. Von deutschem Boden kann auf diese Weise wieder Krieg ausgehen: Überflugrechte, Nachschubdeponierung, alles wird den US-Behörden genehmigt. Truppenbereitstellungszentren wie Grafenwöhr werden um 80 ha erweitert und ausgebaut. Was alles noch kommt, auch in finanzieller Hinsicht ist offen. In Afghanistan wurden deutsche Truppen verstärkt, zur Entlastung der USA. Der Streit um die Fuchspanzer zeigt die ganze Erbärmlichkeit des Vorgangs. Das Verfassungsverbot von Angriffskriegen wird in der Debatte nicht mal mehr erwähnt. Auch wenn sich einige Aktive in den Gewerkschaften gegen den Krieg wenden, die deutsche Arbeiterbewegung hat kein Klassenbewußtsein mehr und ist deshalb unfähig gegen den drohenden Krieg vorzugehen.

abgeschlossen am 1.12.

Anzeige

SoZ Sozialistische Hefte 2
für Theorie und Praxis
3 Euro
Bestellungen an SoZ - Sozialistische Zeitung

Sonderheft der SoZ - 48 Seiten - 5 Euro

Bestellungen an (5 Euro-Schein legt bei):
SoZ-Verlag - Dasselstraße 75-77 - D-50674 Köln

Kultur und Emanzipation

Terry Eagleton gibt einen geschichtlichen Überblick über die marxistischen Debatten zur Kultur. Hanna Behrend erinnert an das schwierige Verhältnis von Arbeiterliteratur und »sozialistischem Realismus«. David Harvey fragt nach der Rolle der Kunst im Rentierkapitalismus. Christoph Jünke kritisiert die linke Identitätskritik der 90er Jahre. Francis Mulhern untersucht die Politik der »Cultural Studies«. Helmut Dahmer erinnert an den linken Sozialpsychologen Alfred Lorenzer.

SoZ - Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten
Berichten und Analysen zum
alltäglichen kapitalistischen
Irrsinn und den Perspektiven
linker Opposition.

Probeausgabe kostenlos.

Probeabo (3 Ausgaben)
gegen 5-Euro-Schein.

SoZ-Verlag
Dasselstraße 75-77
D-50674 Köln
E-Mail <redaktion@soz-plus.de>
Webseite <www.soz-plus.de>

Dringende Wende oder Anfang vom Ende?

Die PDS, ihr Wahldebakel und der Geraer Parteitag

Das Bundestags-Wahldebakel vom 22. September und der Geraer Parteitag am 12./13. Oktober 2002 sind gravierend für die PDS-Entwicklung. Sie haben Gründe in Geschichte, Fehlern und Versäumnissen der Partei seit ihrem Entstehen, besonders während der letzten Jahre. Praktisch bedeuten sie, dass die PDS in einer Zeit permanenter Massenarbeitslosigkeit, des beginnenden Abbruchs verbliebener Teile des Sozialstaats und akuter schwerer Kriegsgefahr, wo sie den arbeitenden und aus dem Erwerbsleben ausgegrenzten Massen wichtige Dienste leisten könnte, kaum aktivitätsfähig ist.

„Hausgemachte“ Ursachen der Wahlniederlage

Zu den Gründen für den Wahlmisserfolg zählen solche außerhalb der PDS. So das Faktum, dass die Regierung Schröder durch Absage an eine direkte Beteiligung am geplanten Irak-Krieg der USA den Friedenswillen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, durch geschickte Präsentation und scheinbar generöses Agieren während der Überschwemmungskatastrophe die Not der an Elbe und Mulde Betroffenen für den Stimmenfang nutzen konnte. Schon hierbei wirkte sich der Kurs führender PDS-Vertreter zugunsten Schröders und zu Lasten der eigenen Partei aus. Beim Hochwasser glänzten diese Vertreter mit wenigen Ausnahmen durch Abwesenheit, statt zu den Flutopfern zu gehen und zu helfen. Schröders und Fischers Schwenk in Sachen Nibelungentreue zu den USA begünstigten sie mit zwar berechtigten,

aber nicht beweisbaren Verdächtigungen, ob die Regierungsspitzen denn auch Wort halten würden. Weder wurde ermittelt, warum sich die Bundesregierung im konkreten Fall anders verhielt als im Fall Afghanistan, noch klargestellt, dass die PDS gegen jede imperialistische Militäraktion ist und nicht nur gegen die eine oder andere. Größeren Schaden erlitt die Partei durch den Kurs ihrer Amts- und Mandatsträger in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern einerseits, Sachsen-Anhalt andererseits. Entgegen eigenen Wahlversprechungen und dem eigenen Programm trugen sie durch Mitregieren oder Tolerieren einen neoliberalen Sparkurs mit und stießen – vor allem in der Bundeshauptstadt-Sympathisanten und natürliche Verbündete dadurch vor den Kopf. Die Übernahme der sozialdemokratischen Parole „Lieber Schröder als Stoiber“ durch die PDS-Oberen, Anbiederungen an die SPD- und Grünen-Führer von der Art, man

einer Lafontaine-SPD und das Abbürsten dreier Bundestagsabgeordneter durch den Fraktionschef wegen ihres Protestes gegen Hauptkriegstreiber Bush schadeten der Partei ebenso wie das Nein der Berliner Verbandsführer zu Demonstrationen gegen die Schuldigen am Bankenskandal bzw. das Versagen der PDS-Spitze in Umweltfragen. Gysis Rücktritt als Wirtschaftsminister und Stellvertreter Wowereits nach Aufdeckung seiner Bonusmeilen-Affäre trug gleichfalls dazu bei, das Ansehen der PDS zu ramponieren – allerdings in weit geringerem Maß denn das Mitregieren. Der „starke Mann“ selbst nahm in diesem Fall Gelegenheit, sich von Verantwortung für den Senatskurs zu befreien und als moralisch sauber darzustellen.

Der spezielle Bundestagswahlkampf der PDS war zum Steinerweichen trostlos. Mehr Geld als bei früheren Gelegenheiten diente u. a. dazu, Plakate mit geringer Aussagekraft, die besoldete „Fachleute“ nach schlechten Reklame-mustern gestaltet hatten, eine Kahnpartie innerparteilicher Nachwuchskräfte und eine Illustrierte mit 4,2 Mill. Exemplaren Auflage zu finanzieren. Letztere zeichnete sich dadurch aus, dass allein der Rechten genehme Größen, so das damalige Führungsquartett aus Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch, dem Chef der Bundestagsfraktion Roland Claus, der Vizechefin der Partei Petra Pau und der Bundesvorsitzenden Gabriele Zimmer, ferner u. a. der fahnenschwenkende Stefan Liebich beim Christopher Street Day sowie Gregor Gysi, abgebildet und



Die Bundestagsabgeordneten Pau und Löttsch im Plenarsaal im Bundestag

werde im Bundestag auf jeden Fall für den derzeitigen Kanzler votieren, wenn das zu seinem erneuten Amtieren nötig sei, das öffentliche „Nachdenken“ Gysis und André Bries über ein Zusammengehen mindestens mit

angepriesen wurden, nicht aber Linke wie die MdB Jelpke und Wolf oder die Sprecherin der Kommunistischen Plattform Wagenknecht resp. die unliebsamen Vertreter der Parteimitte Peter Porsch und Diether Dehm, beide stellvertretende Parteivorsitzende. Im Straßenbild dominierte ein Plakat mit dem erwähnten Vierergespann und Aussagen, man wäre „die linke Kraft“, „Sozial – gerecht – solidarisch“. Bald sollte sich herausstellen, dass dies nur bedingt oder gar nicht zutraf.

Die Zuversicht von dreien der vier „Reformer“, „Erneuerer“ und „Modernisierer“ an der Spitze, jedenfalls den Sieg zu erringen, ähnlich wie Honecker am Ende der DDR an deren langen Fortbestand und 100 Jahre Mauer glaubte, dauerte bis zum Wahlabend an. Typisch waren Erkenntnisse, die Claus am 11. 8. 2002 dem Berliner „Tagesspiegel“ anvertraute, nämlich erstens: „Es ist völlig unvorstellbar, dass wir nicht in den Bundestag einziehen. Die PDS wird nicht nur überleben, sondern mit einer gestärkten Bundestagsfraktion agieren.“ Zweitens: „Wenn man sich allerdings vorstellte, die PDS wäre nicht im Bundestag, ...wäre der Wahlsieg der Union nahezu vorprogrammiert.“ Wahlforscher Michael Chrapa aus Halle erntete heftiges Missfallen, als er dartat, die PDS könnte auch verlieren. Das Ergebnis vom 22. 9. bestätigte ihn und entsprechende Besorgnisse vieler Mitglieder und Sympathisanten, die eben deshalb in größerer Zahl als je zuvor per Annonce aufgefordert hatten, unbedingt diese Partei zu wählen, wenn auch zähneknirschend.

Große persönliche Beiträge zur Niederlage leisteten die Quadriga-Helden Bartsch, Pau und Claus mit ihren Anhängern. Beispielsweise dadurch, dass sie vielfältig für sogenannte Regierungsfähigkeit mittels Anpassung an die Herrschenden und deren Politvertreter eintraten. Bartsch, einst an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU in Moskau, brachte am 28. 8. in der „Süddeutschen Zeitung“ das Argument vor, schon aus der Vorgeschichte der PDS erkläre sich, dass ihr Wesen nie das „einer bloßen Protestpartei“ war. „Die SED hat ja nun wirklich diesen Staat (d. h. die DDR) mitgetragen. So verkehrt sich unsere

Herkunft sogar zu einem Vorteil.“ Dieselben Helden drängten verstärkt auf definitive Entscheidungen beim nächsten Parteitag, die den Berlin-Schweriner Kurs sowie das Anbieten an SPD und Bundesregierung rechtfertigen und die PDS voll ins bundesdeutsche kapitalistische System einfügen sollten. Gleichzeitig mobbten Bartsch, Pau und Claus intern ganz unsolidarisch gegen das vierte Quadriga-Mitglied Gabi Zimmer, dem wegen sinkenden Masseneinflusses der Partei infolge des Rechtskurses Bedenken gekommen waren. Zwar hatte auch die Vorsitzende die „Erneuerung“ vorantreiben helfen, so indem sie im Jahr 2000 den Gysi-Vorstoß zugunsten eines eventuellen Ja zu Militäreinsätzen mit UNO-Mandat unterstützte, fragwürdige und z. T. wahrheitswidrige „Entschuldigungen“ für Vorgänge der SED- und DDR-Geschichte mit abgab und das rechte Brie-Klein-Brie-Papier als einzige Diskussionsgrundlage für ein neues Parteiprogramm festschreiben ließ. Doch behielt sie hinreichenden Kontakt zur Basis, um mitzubekommen, dass diese über den antisozialen Kapitulationskurs gegenüber der SPD-Spitze und neoliberalen „Sachzwängen“, über Claus' Kotau vor Bush usw. verbittert war. Zimmer trotzte zunehmend dem Drängen der

anderen drei. Daraufhin grenzten diese den Wirkungsbereich der Parteifein ein und setzten Spekulationen über die baldige Ablösung der „blassen Gabi“ in die Welt.

Beim zu Klampen Verlag in Lüneburg ist kürzlich ein Buch Philipp Scheidemanns, „Das historische Versagen der SPD“, mit dessen Schriften aus dem Exil nach 1933 erschienen. Sozialdemokratische Führer hatten die Veröffentlichung bis dahin verhindert. Die Lage seit 1918, welche dort zur Debatte steht, ist von der heutigen in vielem verschieden. Doch ging es damals wie jetzt um Belange der Herrschenden, die diese mit Hilfe bisher oppositioneller Politiker absichern wollten, gibt es interessante Parallelen in der Haltung damaliger SPD- und heutiger PDS-Spitzen zur Frage Mitmachen durch Mitregieren oder nicht. Am Ende des ersten Weltkriegs, den er maßgeblich mit vom Zaun gebrochen hatte, ging es dem deutschen Imperialismus um einen möglichst risikolosen Ausstieg aus dem unterdes verlorenen Waffengang. SPD-Kovorsitzender Scheidemann wollte dem hierzu gebildeten Kabinett Prinz Max von Badens nicht beitreten, da er sich die schwerwiegenden Folgen einer SPD-Beteiligung am Kapitulieren vor der Entente für die eigene Partei ausmalen konnte. Sein Amtskollege Friedrich Ebert verlangte, sich gerade jetzt nicht „der Verantwortung zu entziehen“. 1919 machte Scheidemann, nun Reichsministerpräsident, mit den Worten: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt“ gegen das Versailler Friedensdiktat mobil und trat zurück. Reichspräsident Ebert und die wesentlich von der Sozialdemokratie gestellte Mehrheit in der Deutschen Nationalversammlung aber drückten die Vertragsunterzeichnung durch. Hierauf setzte die Propaganda mit der Dolchstoßlegende voll ein, die später Hitler gute Dienste geleistet hat. Historische Parallelen stimmen nur bedingt. Doch sollte man sie nicht unterschlagen. Sie sagen in diesem Fall aus, dass der Dienst an den Herrschenden bis zum politischen Selbstmord gehen kann.

Bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. 9. 2002 büßte die PDS fast alle Parlamentsmandate, den Fraktionsstatus, 200 Mitar-



beiterposten für oft hochkarätige Experten, die höchste Rednertribüne im Land sowie die Möglichkeit ein, Aufklärung durch parlamentarische Anfragen ins Volk zu bringen, wie Ulla Jelpke das im Hinblick auf Neonazismus und Rechtsextremismus getan hatte. An Stimmen verlor die Partei dort am meisten, wo sie an Landesregierungen beteiligt war bzw. längere Zeit eine toleriert hatte. Das waren in Mecklenburg-Vorpommern 7,3, in Sachsen-Anhalt 6,3 und in Berlin-Ost 5,5 Prozent. Gemessen an der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001 halbierte sich ihr hiesiger Anteil auf 24,5 Prozent. Bartsch, Claus und Pau erlitten in ihren Bezirken auch persönlich hohe Verluste. Hingegen gewann Zimmer in Suhl 0,8 Prozent dazu.

Die eigenen Misserfolge bewogen die Verfechter des neuen „Regierungssozialismus“ keineswegs zu wie auch immer gearteter Selbstkritik. Sie drangen noch massiver auf Entscheide beim kommenden Parteitag in ihrem Sinn und versuchten nunmehr öffentlich, Zimmer zu demontieren. Ein Bundesgenosse im Apparat, der Gysi-Vertraute und Leiter der Grundsatzabteilung beim Parteivorstand Thomas Falkner, gab vor Mitarbeitern der Zentrale die Parole „Die Frau muss weg!“ aus. Mehrheiten in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, die z. T. allerdings schwach waren, mit ihren Führern und eine Riege jüngerer, karrierehungriger Nachwuchskader um Angela Marquardt und Sandra Brunner nahmen an der Kampagne teil. Wie vor der Bundestagswahl war die rechte Avantgarde auch diesmal siegessicher. Gleichzeitig forderten der sächsische, der thüringische und der bayrische Landesverband Zimmers Wiederwahl, verlangten viele PDS-Mitglieder und -Sympathisanten eine ehrliche Analyse der am 22. 9. erlittenen Schlappe, die für manchen Parteioberen vernichtend ausgefallen wäre. Nächst dem Ehrenvorsitzenden der PDS Hans Modrow bestand der sächsische Landesverband auf dem Rücktritt Bartschs als des Hauptverantwortlichen innerhalb der Organisation für die Bundestags-Wahlniederlage. Bartsch verweigerte das mit dem kernigen Satz: „Es wäre ein Verrat an meiner Partei, wenn ich jetzt

einfach die Brocken hinschmeißen würde.“ Stattdessen bot er sich als Kandidat für den Posten des nächsten Parteichefs an.

Zum bevorstehenden Kongress in Gera legten Vertreter beider Richtungen im sogenannten Reformertag gesonderte Leitantragsentwürfe vor. Der Gabi Zimmers wurde vom Bundesvorstand in der ersten und einer zusammen mit Wolfgang Gehrcke überarbeiteten zweiten Fassung mit 9 : 7 zurückgewiesen. Der Vorstand stimmte vielmehr einem Entwurf des Berliner Landesverbandes zu, den dessen auf Bartsch eingeschworene Führung unter Stefan Liebich kurzfristig unterbreitet hatte.

Ein Abwägen zwischen beiden Dokumenten ist deshalb schwierig, weil sie einander so ähnlich sind. Genau wie ein von Gehrcke als Kompromissvorschlag eingereichter dritter Antragsentwurf wiesen sie längst bekannte PDS-Forderungen und diverse Sprechblasen auf. Jedoch enthielt der Berliner Antrag eine selbstentlarvende Definition, die im Gegensatz zum bisherigen Selbstverständnis der Partei stand. Sie lautet: „Die PDS ist, wie die SPD, eine demokratische und soziale Reformpartei.“ Zimmers Entwurf erheischte demgegenüber stärkste Opposition gegen den Marktliberalismus, eigene Lernfähigkeit und die Kontrolle des Bundesvorstands durch den Parteirat, den Erstgenannter vordem ins Abseits gedrängt hatte. Es ging also beim Kongress nicht nur um eine wichtige personelle Entscheidung, sondern auch um eine strategische. Dem von der PDS inzwischen erreichten theoretischen Tiefstand entsprechend war allerdings die Begründung für den Entscheid denkbar dürftig.

Der Bundesparteitag in Gera

Beim 8. Bundesparteitag der PDS in Gera am 12./13. 10. 2002 strafte das Gros der Delegierten all jene Lügen, die seit Jahr und Tag behaupteten, dass von ihm nichts zu erwarten sei. Noch beim Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommerns am 28. 9. in Güstrow hatte die Apparat-Regie zur innerparteilichen Disziplinierung geklappt. In Gera versagte sie infolge mangelnder Einigkeit der „Modernisierer“ und „Erneuerer“. Genau wie im April 2000 beim Par-

teitag in Münster, kam die Absage an den parteischädigenden Kurs der Parteirechten aus der Mitte, während die Linke diese unterstützte. Durch ihren Beifall für Zimmer bereits vor ihrer Rede gaben die meisten Delegierten zu verstehen, dass sie die rechte Anpassungspolitik satt hatten. Das Referat der Vorsitzenden quittierten sie mit Bravorufen und rhythmischem Klatschen. Dies war neu bei einem PDS-Kongress, erinnerte aber auch an Gepflogenheiten der Stalin-Ära.

Nachdem sich schon Hans Modrow in der Eröffnungsrede kritisch mit dem für die PDS schädlichen bisherigen Kurs befasst hatte und für die Wiedereinführung innerparteilicher Demokratie eingetreten war, forderte Gabi Zimmer im Grundsatzreferat die Abkehr von einer Politik des „Weiter so“. Sie bedang sich vom Parteitag erste Schlussfolgerungen aus der Wahlniederlage aus und fragte: „Haben uns die Leute denn wirklich als sozialistische Opposition in dieser Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen? Oder erschienen wir nicht vielmehr doch als ‚Westentaschenreserve‘ von SPD und Grünen? ... Viele Leute sagen inzwischen: Ihr seid ein Teil des Problems! Ihr löst das Problem nicht mehr mit uns, sondern ihr seid ein Teil davon! Wir ordnen euch inzwischen genauso ein wie alle anderen Parteien.“ Es gehe, so die Referentin, „um den Unterschied: Wollen wir die PDS als sozialistische Partei oder als zweite sozialdemokratische Partei profilieren? Handeln wir anders als andere Parteien, oder verwalten wir lediglich Sachzwänge?“

Die Vorsitzende orientierte auf ein Bündnis zwischen „Mitte“ und „unten“ sowie auf „gestaltende Opposition“ in der Art, dass die PDS außer- und innerhalb von Regierungen gleichermaßen demokratische und soziale Ziele anstrebt – was Pau und andere, die das jahrelang selbst verlangt hatten, nun nicht mehr zu verstehen behaupteten -, ebenso auf das Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bewegungen. „Regierungsbeteiligungen, Tolerieren, Kompromisse sind nicht von vornherein opportunistisch oder unsozialistisch. Aber: Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis – das ist Opportunismus!“ Mit diesem

Satz, der bloßen Feststellung einer Tatsache, löste die Rednerin bei ihren Kontrahenten im „Reformerlager“ heftigen Protest aus. Das war ein Zeichen dafür, dass sie ins Schwarze getroffen hatte und den Kontrahenten „die Jacke passte“. In einer weniger gut formulierten Passage ging Zimmer auch auf ein im Januar verfasstes Strategiepapier Falkners ein. Darin hatte dieser verlangt, den seit dem Münsteraner Parteitag andauernden innerparteilichen Konflikt über Außen- und Sicherheitspolitik, den ums Ja oder Nein zu bestimmten Militäraktionen, nicht länger als Hindernis für Regierungsbeteiligungen und als „antimilitaristischen Schutzwall gegen die eigenen Reformer“ zu betrachten, sondern ihn deren Intentionen entsprechend zu lösen. Zimmer bezeichnete den Satz vom „antimilitaristischen Schutzwall“ als PDS-Unwort des Jahres. Allgemein konstatierte sie: „Wir dürfen es nicht mehr hinnehmen, dass unsere Politik immer weniger aus der Partei heraus entsteht und in die Öffentlichkeit gelangt, sondern immer mehr aus informellen Strukturen oder aus den Fraktionen. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung in unserer Partei seit mehreren Jahren. Viele Konflikte, die wir jetzt endlich auch offen austragen – zumindest scheint es ja so – sind dem geschuldet.“ Es gelte Veränderungen vorzunehmen, welche „die Mitglieder mehr an der Politikentwicklung der Partei teilhaben lassen“.

Der Tenor des Referats wurde durch einen Beitrag des Parteirates unterstützt, den dieser erstmals in einer derartigen Kongressphase vortrug. In der anschließenden Generaldebatte ist aus Zeitgründen nur ein Viertel der 112 Wortmeldungen berücksichtigt worden. Es sprachen sowohl Kritiker des bisherigen Parteikurses, unter ihnen Sahra Wagenknecht, Winfried Wolf sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Peter Porsch und Diether Dehm, die sich in ihren Äußerungen betont zurückhielten, als auch mehrfach aggressiv auftretende Verfechter dieses Kurses. Kerstin Kaiser-Nicht (Märkisch-Oderland) bewertete den Vorwurf, manche Genossen wollten die PDS zu einer schlechten SPD machen, als „Pappkameraden“, da es solche Genossen nicht gebe. Marina Stahmann (vormals Bremen, jetzt Rügen), nann-

te die Rede Zimmers demagogisch, populistisch, teilweise unwahr und parteispalterisch. Steffen Harzer (Hildburghausen) behauptete, die Vorsitzende habe sich manipulieren lassen. Er zog einen – sachlich haltlosen – Vergleich zwischen ihrer Absage an den Opportunismus und der Sozialfaschismusthese der KPD zur Weimar-Zeit.

Als Reaktion auf Zimmers Referat und die Beifallsbekundungen hierfür im Plenum zog Bartsch seine Vorsitzendenkandidatur als aussichtslos zurück. Roland Claus trat als Ersatzkandidat an, unterlag aber Gabi Zimmer. Der nun anstelle des Berliner Antrags vom rechten Flügel favorisierte Leitantragsentwurf Gehrckes wurde mit 256 : 125 Stimmen zugunsten des vom alten Bundesvorstand abgelehnten Zimmer-Papiers „Kein ‚Weiter so‘: Zukunft durch Erneuerung“ niedergestimmt. Wieder einmal hatte sich die Rechte fundamental über die Stimmung des Parteizentrums getäuscht.

Andere Parteitagebeschlüsse waren gegen das beschäftigtenfeindliche Konzept der Hartz-Kommission, auf Maßnahmen zur Verhinderung neuer Hochwasser- und Klimakatastrophen und eines Krieges gegen den Irak gerichtet. Der Kongress empfahl der Basis, Überlegungen des einstigen Interbrigadisten und Auschwitzhäftlings Kurt Goldstein, wonach unbedingt an der Ächtung von Krieg und Gewalt festgehalten werden muss, als Beitrag zur Programmdebatte zu diskutieren. (Kongressmaterialien in: *Disput 10/02 - Pressedienst 42/43, Sonderausgabe Geraer Parteitag der PDS – 12./13. Oktober 2002*)

Dem neu gewählten Bundesvorstand gehören keine direkten Anhänger von Bartsch, Claus und Pau wie auch diese selbst nicht mehr an, ebenso keine Berliner Vertreter, dafür weitere Anhänger Zimmers und die Linken Dorothee Menzner und Wagenknecht. Zur neuen Vizevorsitzenden wurde Heidemarie Lüth, MdB in der letzten Legislaturperiode, zum neuen Bundesgeschäftsführer der aus Bayern kommende frühere Sozialdemokrat Uwe Hicks bestimmt.

Das für den rechten Flügel niederschmetternde Ergebnis der Vorstandswahl wurde von diesem Flügel mitverursacht. Seine Vertreter, unter ihnen auch Gysis Kontrahentin

in Münster 2000 Sylvia-Yvonne Kaufmann, zogen sich während des Parteitags zur Sonderberatung in den Keller zurück. Danach verweigerten sie, offenbar um die Delegiertenmehrheit unter Druck zu setzen, eine neuerliche Funktionsannahme. In der späteren Aussprache darüber, was nun zu tun sei, rieten einige wie Pau und Holter, weiter in der PDS zu wirken, also der jetzigen Führung entgegen. Andere sannten über eine neue Partei nach. Ein vertrauliches Gespräch der Strategen dieser Richtung, so Gysis und Bries, am 16. 10. ergab, dass derzeit für eine Neugründung „keine gesellschaftliche Basis“ vorhanden sei. Beim Verlautbaren dieses Ergebnisses vor der Presse brauchte Bartsch die Formulierung: „Niemand von uns hat die Absicht, die Partei zu verlassen.“ Er spielte so auf Ulbrichts Ausspruch von 1961 kurz vor Schließung der DDR-Grenze an, keiner beabsichtige einen Mauerbau.

Ein vom SPD-Bundesvorsitzenden Kanzler Gerhard Schröder und vom Thüringer Landesvorsitzenden Christoph Matschie stammendes Angebot, enttäuschte PDS-„Modernisierer“ bei sich aufzunehmen, wurde inzwischen abgewiesen. Vorerst?

Entgegen Wachträumen der beim Parteitag Unterlegenen und bürgerlicher Medien, welche die Zukunft der Partei schwarz in schwarz malten und behaupteten, nach dem Geraer Kongress drohe ihr ein rasches und trauriges Ende, sind deren Chancen momentan eher gewachsen. Indem sie sich verbal von den Fesseln unbedingten untätigen Mitmachens bei weithin fremdbestimmter neoliberaler und antisozialer Politik lossagte, tat die PDS einen wichtigen Schritt nach vorn. Den zweiten positiven Aspekt fasste Winfried Wolf dahingehend zusammen, dass „die Apparat- und Mobbing-Fraktion“ verlor und auch ihre bürokratischen Positionen weithin einbüßte. „Gerade weil die ‚Reformer‘ sich in Gera ins Abseits katapultierten, wurde das Aufbrechen einer offenen Parteikrise zunächst verhindert und sind die Perspektiven für eine sozialistische Partei wieder offen.“ Wolfs anschließende Feststellung: „Die Parteilinke hat auf diesem Parteitag nicht ernsthaft versucht, mit einer Stimme zu sprechen“, muss präzisiert werden.

Erstens ist die Linke schon lange uneins, sie war es nicht nur während des Parteitags. Zweitens sprach sie gerade beim Kongress doch „mit einer Stimme“, insofern sie eigene Standpunkte – einschließlich eines Ergänzungsantrags von W. Wolf und anderen zum Zimmer-Papier – zugunsten des Gesamtergebnisses des Parteitags hintanstellte.

Divergente Entwicklungsperspektiven

Den unterschiedlichen Grundauffassungen der Akteure entsprechend divergieren die Perspektiven der Parteientwicklung. Der rechte Flügel, dessen Delegierte in Gera sich nach dem Muster mit den USA kooperierender afghanischer Halsabschneider die „Nordallianz“ nannten, vermeidet weiter jeden Ansatz einer ernstzunehmenden Analyse der Bundestags-Wahlniederlage. Er malt die Zukunft der PDS schwarz in schwarz, das aber infolge der Parteitagsbeschlüsse, und setzt auf unverminderte Fortsetzung der vom Kongress zurückgewiesenen Politik. Vor allem in Berlin sind die „Modernisierer“ gemeinsam mit rechten Sozialdemokraten bemüht, das antisoziale Sparpaket zugunsten von Großkapital und Schweinefondsinhabern anzureichern. Die Gewerkschaften, die einen dementsprechenden „Sozialpakt“ ablehnten, werden kritisiert und attackiert, Bürger mit geringem Einkommen noch ärger geschröpft. Demgegenüber hat der Senat die ins kostspielig renovierte ehemalige Staatsratsgebäude eingezogene „School of Management and Technology“, eine Einrichtung der Unternehmerverbände, von Mietzahlungen befreit. Die ihm entgehende Summe entspricht etwa der, die den NutzerInnen von Kindertagesstätten zusätzlich abgepresst werden soll.

In Mecklenburg-Vorpommern hatte es am Bundestagswahltag auch eine Landtagswahl gegeben. Daher musste neu über die SPD-PDS-Koalition unter Harald Ringstorff entschieden werden. Am 27. 10. 2002 sprach sich ein aus Landesvorstand, Landesparteierrat und Kreisvorsitzenden bestehendes Gremium der PDS für Fortsetzung des Regierungsbündnisses, aber gegen die Rückkehr von Helmut Holter und Martina Bunge ins Kabinett aus. Während das Ge-

schick der Letzteren die Parteirechte kalt ließ, war sie an der weiteren Ministertätigkeit Holters im höchsten Grade interessiert, zählt dieser doch zu ihren Vorreitern. Wesentlich auf ihr Betreiben stimmte am 2. 11. ein Sonderparteitag in Göhren-Lebbin für seine Wiederaufnahme als Arbeitsminister in die Landesregierung – auch zur Freude Ministerpräsident Ringstorffs, für den er leicht handhabbar ist. Der in Gera bewirkte Linksruck der PDS fand derart im Nordosten der BRD ein rasches Ende, während er den Berliner Landesverband noch gar nicht erfasst hatte.

Zur propagandistischen Begleitmusik der „Nordallianz“ gehört neben Eigenlob und Verweisen auf die angebliche Unabwendbarkeit reaktionärer Entscheidungen, zu denen oftmals Banker die Vorlagen und Argumente liefern, eine sich verstärkende Hetze gegen die Linke, neuerdings auch gegen jene Leute vom eigenen Flügel und aus der Mitte, die sich wie Zimmer gegen einen zu weitgehenden Rechtskurs wenden, weil dieser der Partei und dem eigenen Ansehen schadet. Mit der Kampagne begonnen hatte diesmal Gregor Gysi. Schon Anfang September erklärte er der „Leipziger Volkszeitung“, falls die PDS nicht wieder in den Bundestag käme, würden sich „die linken Dogmatiker austoben“. Sie taten das ebenso wenig, wie der Geraer Parteitag schlicht als „Sieg der Linken“ gewertet werden kann. Doch setzten Prominente des rechten Flügels, von den Tatsachen ungerührt, nach dem Kongress ihren Feldzug fort. In einem Offenen Brief vom 15. 10. bedauerte Gysi, dass im neuen Bundesvorstand die „so genannten Leistungsträger“ zu wenig vertreten seien, wobei er unterschlug, dass sich diese selbst geweigert hatten, Funktionen zu übernehmen. Es sei, so Gysi, „keine wirkliche Führung gewählt“ worden. „Eine Medienöffentlichkeit wird dieser Vorstand nur noch sehr eingeschränkt herstellen können. Bundesweit droht dieser Vorstand und damit die Partei in Vergessenheit zu geraten.“ Unter dem Motto „Keinen Frieden mit dieser Gesellschaft“ habe die Delegiertenmehrheit in Gera für „verschwommene Visionen, für einige Prinzipien und gegen Pragmatismus“, derart aber für die Selbstisolation gestimmt. Übereinstimmend

hiermit behauptete die frühere Bundestags- und jetzige Brandenburger Landtagsabgeordnete Dagmar Enkelmann, die PDS befinde sich im „fatalen Prozess der Selbstdemontage“. Der bisherige Apparatschik beim Parteivorstand Falkner äußerte gar, sie nehme wieder „totalitäre Züge“ an; es sei nicht verwunderlich, „wenn der Verfassungsschutz sich der Partei annimmt“.

Mit ihren Attacken lenkten die Parteitagsverlierer von der eigenen Mitschuld an der Bundestags-Wahlniederlage ab. Sie stärkten auch den Kreis derer im Glauben, die sich im „Neuen Deutschland“ per Leserbrief durch eine Mixtur aus Führerverehrung, mangelnder Theorie- und Geschichtskennntnis, Pragmatismus, Vorurteilen und unbewusster oder beabsichtigter Fehlinterpretation der Ansichten jener hervortaten, die über den Tellerrand hinauszuschauen vermögen. „Es tut mir leid“, wurde z. B. konstatiert, „wenn sich der besonnene Herr Bartsch, die kluge Frau Pau und eine Persönlichkeit wie Herr Gysi zurückziehen. Man sollte doch Lenins Theorie folgen (!) und auch mal einen Schritt zurückgehen, wenn die Zeit noch nicht reif ist...“ In einem anderen Schreiben hieß es: „Die Reden von Zimmer, Wagenknecht u. a. erinnerten mich an längst überwundene Zeiten. Ich lebe hier und heute, und ich möchte, dass hier und heute nach Möglichkeiten gesucht wird, das Leben solidarischer, freundlicher und gerechter zu gestalten. Und diesen Gestaltungsspielraum haben wir, wenn überhaupt, nur, wenn wir uns in die Verantwortung einbinden lassen“ – also mitregieren.

Der Ältestenrat sah demgegenüber in Gera die „Chance für eine reale Erneuerung der PDS als gesamtdeutsche sozialistische Partei“; er verurteilte Angriffe gegen die demokratisch gefassten Beschlüsse des Parteitags (die manche Vertreter der Rechten nicht zu halten versprochen haben).

Besonders durch ein Papier Dietmar Bartschs von Anfang November hat die Rechte unterdes den Kampf „innerhalb der PDS um neue Mehrheiten“ propagiert, damit der Parteitagkurs revidiert werde. Sie verurteilt den Kongress als „Parteitag der Selbstbefassung, fernab von den realen Problemen der Menschen“,

legt aber keinerlei Vorschlag zur Lösung solcher Probleme vor und folgt in der Praxis entgegen Interessen der Bevölkerungsmehrheit den neoliberalen Vorgaben der Herrschenden. Ein erstes Treffen von Mitgliedern und Sympathisanten aus dem rechten Flügel, der sich jetzt „Reformlinke“ nennt, am traditionsreichen 9. November in Berlin diente der Vorbereitung eines organisatorischen Netzwerks dieser Gruppe, dessen Schaffung für Februar 2003 geplant ist. Die erlittenen Niederlagen der Partei und des Flügels selbst wurden wieder nicht zu analysieren versucht oder gar Selbstkritik geübt. Vielmehr wurde die Schuld an allem Übel den „Traditionalisten, Dogmatikern und Konservativen“ zugemessen, zu denen nun auch Zimmer, vor allem aber Porsch und Dehm gerechnet werden. Einige rechte Rebellier räumten sich selbst wenig Chancen ein, da die antisoziale Politik einer als links firmierenden Partei schwerlich Gewinne an Anhängern bringen kann. Bartsch und andere Prominente ließen sich zeitweilig sehen, schwiegen jedoch. Die Europaabgeordnete Kaufmann empfahl erneut den Brie-Klein-Brie-Entwurf als Leitfadens für ein neues, „modernes“ Parteiprogramm, wie das schon einmal der frühere Bundesvorstand unter Zimmer getan hatte. Der Berliner Abgeordnete Benjamin Hoff, ein neuer Shootingstar der Parteirechten und enger Freund Liebichs, kritisierte Bundesgeschäftsführer Hirsch wegen seiner Ansicht, die Spannweite der PDS reiche von der Kommunistischen Plattform bis zu den Regierungsfractionen der Partei. Das, so Hoff, dürfe sich keineswegs auf Programmfragen beziehen, wo „Klarheit herrschen muss“.

Von der alten und neuen Bundesvorsitzenden kam nichts Trostreiches mehr. Sie hatte entdeckt, „dass es offensichtlich inzwischen Flügel in der PDS gibt“, und war über diese längst bekannte, keineswegs aufregende Tatsache bestürzt. Im Bestreben, „Wogen zu glätten“ und die aufsässige Rechte zurückzugewinnen, umwarb Zimmer diese in kaum vertretbarem Ausmaß. Dabei gab sie wichtige Erkenntnisse ihrer Geraer Parteitagrede über den Opportunismus preis. Sie verzichtete auch auf den Versuch, Ursachen des dahinschwundenen Ansehens und jetzigen

Zustands der Partei zu ergründen. Pflichtgemäß attackierte Zimmer den neuen Koalitionsvertrag zwischen Rosa und Blassgrün auf Bundesebene, weil Wahlversprechen gebrochen worden seien und wiederum „die Kapitalökonomie den Takt“ angebe. Dass dies bei Regionalbündnissen von PDS und SPD genauso ist, erwähnte sie anders als in Gera mit keinem Wort. Liebich, Harald Wolf und Holter erteilte sie fürs Weiterregieren ihren Segen. Es scheint, auch die Tätigkeit des neuen PDS-Vorstands und seiner Chefin müsse überwacht, im Bedarfsfall korrigiert werden.

Die Mitte der Partei, ihr Zentrum, wurde bisher bei Veröffentlichungen über die PDS wenig beachtet. Sie ist gegen sogenannte linke Spinnereien, aber auch gegen einen Rechtskurs, der die Existenz der Organisation gefährdet. In Münster und Gera gab ihr Votum den Ausschlag. Verbal äußert sie sich durch einige ihrer Führer, so Dehm und Porsch, nicht aber als Gruppe. Der bekannte Politökonom Harry Nick rechnet sich dem Zentrum zu und hat diesen Begriff, meines Wissens erstmals, am 8. 11. in einem Artikel der „jungen Welt“ über die Parteisituation ins Spiel gebracht. Es ist falsch, Existenz und Wirken dieser wohl stärksten PDS-Gruppe zu ignorieren oder zu unterschätzen, wie es zeitweise auch meinerseits geschah.

Gleich der Partei insgesamt hat auch die Parteilinke lange Zeit versagt. Zu sehr mit sich selbst beschäftigt, unterstützte sie Gewerkschaften, Arbeitslose, Alleinerziehende, Hausfrauen und Rentner, antifaschistische Gruppen, Attac und die Initiative Berliner Bankenskandal nicht oder ungenügend. Sie nimmt kaum noch an der Erörterung wichtiger strategisch-taktischer Fragen teil und übt nur geringen Einfluss aus. Damit bietet sie auch keine Gewähr dafür, dass GenossInnen der Mitte nicht nochmals auf die Rechte hereinfallen, der eigene Flügel sich abkapselt und als politische Kraft stirbt. Zwar ist die von Neostalinisten herrührende Irritation, die sich nach Gera in der Forderung „Zurück zur Partei neuen Typus“ äußerte, derzeit geringfügig. Es fehlt aber der demokratisch-sozialistischen Linken an marxistischer Theoriearbeit, einer Feststellung der Punkte, in denen sich die verschiede-

nen Gruppen einig oder uneins sind, sowie an Kooperationsbereitschaft. Obwohl die Möglichkeit zur Einflussnahme nach dem rechten Desaster und angesichts der katastrophalen werdenden nationalen und internationalen Entwicklung eher gewachsen ist, bleiben sie und der neuerdings verstärkte Unwille über die Herrschenden ungenutzt, bleibt die Linke passiv, statt in die Offensive zu gehen.

Ändern muss sich die PDS insgesamt. Soll sie nicht wieder ins Schlingern und in den Sumpf geraten, bedarf es ernster sachlicher Auseinandersetzungen, einer Klärung dessen, was war und was daran falsch war, der Neubestimmung der Parteistrategie. Nach außen ist wieder energisch gegen den neoliberalen, antidemokratischen und kriegstreiberischen Kurs politischer Widersacher anzugehen. Das Parteiprogramm von 1993 darf nicht, wie Pseudo-Modernisierer in der PDS das wollen, in den Orkus geworfen und durch ein schlechteres ersetzt werden. Es ist aber insofern revisionsbedürftig, als der brutalere neue Raubtierkapitalismus dringend der Analyse bedarf, damit er wirksam bekämpft werden kann, und jene Chancen ergründet werden müssen, die sich durch die internationalen gesellschaftlichen Bewegungen für das Zusammengehen aller antiimperialistischen Kräfte in den Kernfragen ergeben. Dieses Bündnis ist wichtiger als die Wiedergewinnung verlorener Parlamentssitze und Posten für die Partei, obwohl auch das versucht werden muss. Fehlentwicklungen auf parlamentarischer Ebene und durch das Mitregieren eigener Opportunisten unter fremdem Kommando haben sich bitter gerächt. Sie sollten fortan vermieden werden. Amts- und Mandatsträger, die gleichermaßen sitzfest wie für demokratisch-sozialistische Politik ungeeignet sind, sind nicht wieder zu nominieren. Die noch agierenden sollten abgelöst, mindestens am weiteren Unheilstiften gehindert werden. So könnte der Plan aussehen, der zu verwirklichen ist, damit Gera den Anfang einer dringend notwendigen Wende in der PDS und nicht den des Endes dieser Partei darstellt.

B. M., Mitte November 2002

Die Jahreskonferenz unserer Gruppe

Der Zustand einer kommunistischen Gruppe ist weitgehend bestimmt vom Zustand der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft. Anschwellende soziale Bewegungen sind der Resonanzboden, den Sozialisten benötigen, um sich zu entfalten und vermehren zu können. Der Niedergang der Arbeiterbewegung ist auch ihr Niedergang, der Verlust des Klassenbewusstseins, ist auch der Verlust einer greifbaren sozialistischen Perspektive. Trotz der Kriege nach der Wende, trotz des bevorstehenden Krieges gegen den Irak, trotz neoliberaler Infragestellung aller Lebenssicherheiten, vor allem der Arbeitsplatzgefährdung, sehen die Massen ihr – in der Regel noch befriedigendes – gesellschaftliches Sein noch nicht so erschüttert, daß daraus Ansätze einer Rebellion entstehen könnten. Im Gegenteil, ihre Inaktivität läßt das politische Leben und die Gewerkschaften immer mehr verkommen. Neuen Widerstand gibt es von den Globalisierungskritikern, die meist nur eine weniger rücksichtslose Form der Globalisierung anstreben. Das muß nicht mit Kapitalismusgegnerschaft gleichgesetzt sein, die eine Minderheit unter ihnen vertritt. Jedenfalls ist diese nicht von jener Relevanz, die sozialistische Gruppen in Deutschland beleben könnte. Je mehr der Neoliberalismus sich global ausbreitet und festigt (trotz aller Krisenerscheinungen des Kapitalismus), je mehr sich die Übermacht und Welt dominanz des US-Imperialismus durchsetzt und je schlimmer sich Gewalt und Kriegsbereitschaft zeigen, bereit alles zu vernichten, was an relevantem Widerstand aufkommt, um so deprimierender schlägt das auf die übrig gebliebenen kommunistischen Kräfte zurück. Für einen Erfolg des eigenen Strebens gibt es im Zeichen einer noch fortschreitenden Rechtsentwicklung nicht einmal Licht an Ende des langen Tunnels. Ausichtslosigkeit lähmt und fördert das Absacken in die Inaktivität, obwohl gerade Marxisten immer behauptet haben, die Dialektik der Geschichte nicht zu vergessen: *Nichts bleibt ewig*

und nichts bleibt wie es war, alles ist ständig in Fluß, auch wenn es oft langer Zeiträume bedarf, bis sich die Verhältnisse ändern. Die Menschheit mußte schon mehrmals in der Geschichte Perioden bleierner Zeit durchmachen, wo alles aussichtslos erschien. Wir dürfen aber nie vergessen, daß Neuanfänge nur möglich sind, solange die Funken nicht völlig verglühen und Widerstandskader – oft über Generationen hinweg – es verstanden haben, sich zu erhalten. Nicht so sehr das hier und heute, sondern die Pflege dieser Glut bleibt die schwere Aufgabe der kommunistischen Kerne in Deutschland, bleibt Aufgabe auch unserer kleinen Gruppe. Dafür sind wiederum die Reibungen und Einmischungen am hier und heute unentbehrlich. Die Priorität besteht allerdings darin, das Geschichts- und Klassenbewußtsein nicht völlig verlöschen zu lassen.

Unter diese Bedingungen fand am 26. / 27. Oktober in Nürnberg die 32. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme statt. Wie auch in den letzten Jahren war eine Anzahl von Gruppenmitgliedern und Sympathisanten – teilweise von weit her – zusammengekommen, um über aktuelle Themen zu diskutieren und zu erfahren, wie es um die Gruppe steht. Einige Genossinnen und Genossen konnten aufgrund von Krankheit oder Terminüberschneidungen nicht an der Konferenz teilnehmen. Die Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen entsprach der der letzten Jahre. Erfahrungsgemäß war die personelle Resonanz am Samstag größer als am Sonntag. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde von der Versammlung angenommen und entsprechend umgesetzt. Am Samstag standen folgende Themen auf dem Programm:

Bericht und Diskussion zur Gruppenlage. Neuwahl der Redaktion

Diskussion über die innenpolitische Lage.

„Wohin steuern die Gewerkschaften?“ (u.a. IGM-Zukunftsdebatte)

„Arbeitslosigkeit – was tun?“ Ursachen der Arbeitslosigkeit /

Lösungen im Kapitalismus ?/Gegenmaßnahmen / Absenkung der Löhne und Sozialleistungen?

Für den Sonntag waren vorgesehen:

Diskussion um den kommenden Irakkrieg.

„Die Blair-Regierung, der Irakkrieg, die Linke und die Trade Unions“.

Wir drucken die Referate wie immer in leicht geänderter Form im Anschluß ab. Aus dem Bericht über die Lage der Gruppe werden manche Einzelheiten, die ins Detail gehen und für den inneren Kern der Gruppe bestimmt sind, weggelassen.

Wie schon in den Vorjahren beschrieben, ist unsere personelle Lage aufs äußerste angespannt. Das betrifft vor allem die Zeitungs-, Umbruchs- und Redaktionsarbeit in Nürnberg, die im Kern von drei Genossen getragen wird. Nach wie vor lassen sich für den Versand und für andere Aufgaben einige Genossinnen und Genossen mobilisieren. Doch es bleibt der Zwang zur Improvisation und eine fruchtbare Diskussionsarbeit kann nur in Ansätzen geleistet werden. Auch die Monatstreffen werden meist aus dem Stegreif bestritten. Positiv ist hierbei weiterhin, daß dazu einige Genossen jeden Monat den weiten Weg nach Nürnberg in Kauf nehmen.

Wir hatten im Mai wieder ein Wochenendseminar mit den Gruppen International Landshut und Dorfen veranstaltet, eine in unseren Augen für beide Seiten fruchtbare Veranstaltung, die wir auch im nächsten Jahr fortsetzen sollten.

In Richtung Zusammenarbeit mit anderen Gruppen hat sich im Berichtszeitraum nichts ergeben. Das ist nach wie vor schwierig.

Die „Arbeiterstimme“, als Vermittlerin unserer politischen Anschauung, steht nach wie vor im Mittelpunkt unserer Arbeit. Daß wir die uns selbst gesteckte Aufgabe, die regelmäßige Herausgabe bewältigen konnten, gleicht manchmal einem Marathonlauf, an dessen Ende wir erschöpft zurück bleiben.

Auch die finanzielle Lage der

Gruppe ist sehr angespannt. Wir haben einen Schwund an Abonnemen-ten, Abozahlungen, Beiträgen und auch am Spendenaufkommen zu verzeichnen. Wie schon angesprochen ist dies auch Ausdruck des weiteren Niedergangs der Linken, des Alterungs- und Ausscheidungsprozesses unserer Anhänger- und unserer Leserschaft, bzw. des weitgehenden Fehlens von Neuzugängen jüngerer Alters. Andererseits ist das Kapitel Altgenossen und ihre Hilfe nun leider endgültig abgeschlossen.

Die Unkosten und Verteuerungen halten sich noch in Grenzen, obwohl die Post die Jahresgrundgebühren vor zwei Jahren rigoros erhöht hat.

Der Verkauf unserer Broschüren ist ebenfalls stark zurückgegangen. Wir haben uns auch bei der „Brandler-Biographie“ und der Neuauflage der KPO-Geschichte „Gegen den Strom“ engagiert, indem wir uns einen Vorrat davon anlegten. Eine 1000 DM-Spende eines Genossen machte dies möglich.

Trotz allem mußten wir in unserer politischen und praktischen Aufgabenbewältigung keine weiteren Abstriche machen. Das war allerdings nur dadurch möglich, daß wir stark an unseren Reserven knabbern mußten.

Es ist festzustellen, daß die Gruppe zur Zeit nicht mehr in der Lage ist, ihre politische Arbeit, also vor allem die Herausgabe der Zeitung, selbst zu finanzieren.

Hier sei wieder einmal an die Zahlungsmoral und die Spendenbereitschaft unserer SympathisantInnen und LeserInnen appelliert: Unterstützt uns auch weiterhin, damit wir wenigstens auf finanziellem Gebiet ein wenig Spielraum haben und nicht auch hier mit dem Rücken an der Wand stehen. Nur so können wir die Arsti in der gewohnten Qualität und auch Quantität herausgeben.

Allen Spenderinnen und Spendern gilt unsere Anerkennung und unser Dank!

Als Erfolg dieses Jahres ist es zu sehen, daß die Broschüre zum spanischen Bürgerkrieg in erweitertem Umfang neu aufgelegt werden konnte. Die umfangreichen Arbeiten hierzu erbrachten Genossinnen und Genossen aus dem Münchner Kreis, denen an dieser Stelle unser Dank

gezollt werden soll!

Die Herausgabe des Buches ist eine dringende politische Notwendigkeit, um die vorherrschende stalinistische Deutung zu widerlegen und der anhaltenden Verleumdung der POUM entgegenzutreten. Diese Funktion hat uns bisher kaum jemand abgenommen und es befriedigt schon, daß die Gruppe dazu noch die Kraft hat.

Vom 24.-26.1.03 findet in Nürnberg die 7. Linke Literaturmesse statt. Hier treffen sich linke Verlage aus der sozialen Bewegung, der Friedensbewegung, der Internationalen Solidarität, des Antifaschismus usw. Wir wurden schon jedes Jahr eingeladen, hatten aber immer absagen müssen. Diesmal fanden sich Genossen, die den Stand betreuen, so daß wir uns mit der Neuauflage des Buches daran beteiligen. Natürlich werden wir mit unserem gesamten Sortiment an Büchern und Broschüren vertreten sein.

Zusammengefaßt läßt sich trotz der negativen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen feststellen, daß die Gruppe auch im Berichtsraum Erfolge zu verbuchen hatte. Das spiegelte sich dann auch bei der Entlastung und der Neuwahl der Redaktion wider, die einstimmig erfolgten. So haben wir auch diesmal wieder den organisatorischen Rahmen unsere Arbeit fortzusetzen, was in diesen schwierigen Zeiten und bei den herrschenden Bedingungen kein Zucker-schlecken werden wird.

Unter den heutigen Umständen muß uns klar sein, daß die Phase des Niedergangs der marxistischen Linken noch nicht beendet ist. Sie geht weiter, was man auch am politischen Zersetzungsprozess der PDS sieht. Man sieht es auch an den schwindenden Aktivitäten in den kommunistischen Gruppen und an ihren Schwierigkeiten weiterhin nach außen wirken zu können. Die meisten kämpfen darum, ihre sozialistischen Publikationen im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. Nicht nur unsere winzige Gruppe ringt ums Überleben. Auch Organisationen wie die DKP, der immer noch 3-4000 Mitglieder angehören (früher 40 000) steht das Wasser am Hals. Ist der praktische Einfluß kommunistischer Gruppen in Deutschland den Verhältnissen entsprechend sowieso gering,

wird dieser desolante Zustand am sichtbarsten in der Gefährdung ihrer Publikationsmöglichkeiten. Vor allem die finanzielle Erdrosselung durch das bisherige Umfeld, bzw. durch ihren gehabten Sympathisanten- und Leserkreis ist die Ursache. So mußten sich kürzlich die Verantwortlichen der UZ mit einem dringenden Aufruf an ihre Anhänger wenden, da die Zahlungsfähigkeit des Verlags nicht mehr gesichert war. Auch andere kleinere Gruppen, von der VVN-Antifa bis hin zu trotzkistischen Gruppen, geht es ähnlich. Wenn der PDS nach ihrem Auszug aus dem Bundestag die Staatszuschüsse gestrichen werden, sind mehr als 100 linke Publikationen und die Rosa-Luxemburg-Stiftung gefährdet.

Kommunisten, nicht nur in Deutschland, leben in äußerst schlechten Zeiten. Statt Wind in den Segeln zu haben bläst uns der neoliberale Zeitgeist ins Gesicht. Wir sind noch nicht am Ende der Talfahrt angelangt. Wir können diese Zeiten nur überstehen, wenn wir allen objektiven Bedingungen zum Trotz zusammenhalten, auch wenn wir nahezu ganz auf uns selbst zurückgeworfen würden.

Immerhin: Wir können auch angesichts der aufgezeigten Rückschläge und Schwierigkeiten als Gruppe im kommenden Jahr wie bisher weiterarbeiten. Das ist für uns als kommunistische Gruppe wichtig, mag die Zukunft des Sozialismus auch noch in weiter Ferne liegen.

Anzeige

Schafft Rote Hilfe!



Rote Hilfe, die bundesweite, parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

Info: Rote Hilfe, Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551/7 70 80 08 Fax: 0551/7 70 80 09
a-mail: bundesvorstand@rote-hilfe.de

Werdet Mitglied!

Die Bundestagswahl und die innenpolitische Lage nach Bildung der neuen Regierung

Es war keine Überraschung, daß fast 96% für die Kapitalistische Einheitspartei und ihre Fraktionen gestimmt haben, wobei die radikalste, die FDP, sogar etwas zugenommen hat. Alle sind auf neoliberalem Boden, sind Vertreter der Globalisierung. Die geringere Wahlbeteiligung – 3% – drückt zum Teil aus, (79,1), daß es für manche Wähler nichts auszuwählen gab. Fast 2 Millionen PDS-Wähler, wurden durch das undemokratische Wahlrecht politisch entmündigt. Die 600 000 Stimmen Verluste der PDS sind eine schwere Niederlage der Linken insgesamt, auch wenn man sich als Kommunist des zwiespältigen Charakter dieser Partei bewußt ist. Die PDS und die zusammengeschrumpften Rechtsradikalen (900 000) sind zum beträchtlichen Teil durch die gewaltige Polarisierung im Wahlkampf (Schröder – Stoiber- Duell) ins Mark getroffen worden. Rechtsaußen-Sympathisanten gingen ins Stoiber-Lager, viele ehemalige PDS-Wähler zu den Grünen oder noch mehr zur SPD (im Osten 300 000).

Die Wahl wurde hauchdünn entschieden, durch 6 000 Stimmen, letztlich durch die SPD-Überhangmandate. SPD und Union lagen fast gleich, bei 38,5%, obwohl die Mehrheit der Kapitalistenklasse dem Stoiber-Lager den Vorzug gegeben hatte. Gleich welches Lager den Überbau bestimmt (wobei der Spielraum minimal ist) - leben, bzw. Profit machen kann die kapitalistische Klasse sowohl mit einer Schröder-Regierung wie mit einer Stoiber-Regierung. Für die Linken war es nicht ganz einerlei, ein Sieg Stoibers hätte der Rechten (bis rechts außen) Auftrieb gegeben, die in noch größerer Allianz mit Bush, Berlusconi und Chirac stehen, welche sich immer mehr von der bürgerlichen Demokratie verabschieden.

Wäre es nach der schwierigen Wirtschaftslage und der kritischen



Arbeitsmarktlage gegangen, hätte die bisherige Regierungskoalition die Wahl verloren. Die Flutkatastrophe im Osten und die eindeutige Stellungnahme gegen den Irakkrieg brachten den Umschwung. Das zeigt auch die Oberflächlichkeit der Wähler. Zudem machte die SPD wieder in alter Sozialdemokratie, da sie merkte, daß viele Stammwähler zuhause bleiben wollten. Bei den Flutbetroffenen spielte sich die Schröder-Regierung als großer Macher auf, der Geld zu verteilen hatte. Dies und die namhafte Solidarität aus dem Westen Deutschlands (220 Millionen Spenden) durchbrachen den Ost-West-Gegensatz, was der PDS dort Stimmen kostete, die die SPD gewann. Die angebliche Kriegsgegnerschaft von SPD und Grünen kam vor allem der SPD im Osten zu Gute (auf Kosten der PDS und der CDU) und den Grünen im Westen, die sich auch in ihrer ökologischen Politik bestätigt fühlten und so ihre Wähler doch noch mobilisieren konnten. (8,6%, statt 6,7) drittstärkste Fraktion. Die CSU feierte zwar ihren Zuwachs in Bayern (ein Plus von 1 Million Stimmen), die CDU aber mußte sich mit dem drittschlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte abfinden und kam im Osten nicht über 29%. Den Westen, Norden und Osten Deutschlands konnte Stoiber nicht für sich einnehmen. Da half es auch nicht viel, daß Stoiber verbal die SPD links zu überholen versuchte, mit seinen Stellungnahmen gegen

das große Kapital, für die Kleinen und den Mittelstand. Sein Füllhorn für die Kinderreichen blieb angesichts der leeren Kassen unglaublich. Der politische Purzelbaum der Gewerkschaften, die in der letzten Phase des Wahlkampfes die SPD massiv unterstützten trotz deren unternehmerfreundlichen Politik – hatte wohl nicht die erhoffte Wirkung. In Bayern jedenfalls wählte die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder die Regionalpartei CSU, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen die CDU.

Die FDP (plus 1,2%) die sich noch im Wahlkampf Größenwahnsinnig und skurril gebärdete, hatte den Fehler gemacht, sich nicht im Voraus auf den Koalitionspartner Union festzulegen. Sie hatte wohl die Illusion sich meistbietend verkaufen zu können. Damit fehlten ihr die üblichen Leihstimmen potentieller Unionswähler. Dies und ihr innerparteiliches Zerwürfnis sorgten dafür, daß ihr Ergebnis weit unter dem selbstgestellten Ziel von 18% blieb. Wie schön für uns, daß die FDP sich nun draußen vor der Regierungstür befindet.

Eine Regierung des Sozialabbaus und Weiterwurstelns

Bevor wir auf die Niederlage der PDS eingehen, ein Blick auf den neuen Bundestag und die neue Regierung. Im Bundestag gibt es eine

knappe Mehrheit für die neue Koalition. Bei brisanten Entscheidungen sind vier Stimmen nicht viel, befinden sich bei dieser Mehrheit vier linke Grüne und der direkt gewählte Christian Ströbele, der schon angekündigt hat, nur seiner Basis verantwortlich zu sein, die ihn gewählt hat, sonst niemandem.

Andererseits besteht immer noch eine unionsbestimmte Mehrheit im Bundesrat, die vieles blockieren kann. Für die rosa-olivgrüne Regierung muß es deshalb eine der dringenden Ziele sein, bei den vier nächsten Landtagswahlen im Jahr 2003 eine Änderung herbeizuführen. Der Koalitionsvertrag, der in etwa das Regierungsprogramm darstellt, sieht danach aus. Die schlimmsten Gemeinheiten werden bis nach den Landtagswahlen aufgeschoben, vor allem die sogenannte „Reform“ des Gesundheitswesens und die Renten-„Reform“. Angesichts des ach so plötzlich entdeckten Finanzlochs, von 15 Milliarden € (30 Mrd. DM) und der Überschreitung der Brüsseler 3% Grenze hieß deshalb die Hauptlinie: Feuerwehr spielen mit maßvollen Belastungen und vorerst rundum weiterwursteln. Alles Brisante bleibt in der ersten Phase ungelöst: Der drohende Bankrott der Kommunen, die sich forstsetzende Finanzkrise des Bundes, der Länder und der Kommunen, die kommende Belastung durch die EU-Osterweiterung und die Mehrkosten für die Bundeswehrbesatzungsstreitkräfte in Afghanistan und auf dem Balkan. Ein triftiger Grund, sich aus der Komplizenschaft im kommenden Irakkrieg herauszuwinden, ist auch die Horrorvorstellung, an die Vormacht USA dafür Tributzahlungen in bisher beispielloser Höhe zahlen zu müssen. Der Finanzplan in Berlin wäre nur noch Makulatur, von den wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Exportnation ganz abgesehen. Die Folgen für die Regierungsparteien wären politisch unübersehbar. Beim nun bestehenden Kräfteverhältnis in der Welt ist es mehr als zweifelhaft, ob sie sich da wirklich heraushalten können. Wenn nicht könnte dieser Golfkrieg die innenpolitische Szene in Deutschland von Grund auf verändern. Da hätte dann auch die PDS eine neue Chance aber mehr noch mehr noch die Rechtspopulisten.

Schröder hat eine ganze Anzahl Minister ausgewechselt und meist durch altgediente Kämpen ersetzt. Einmal wollte er wohl damit einen Neubeginn vorgaukeln und gleichzeitig sicher sein, daß er nicht wieder zu jener Puschphase kommt wie 1998. Einer davon scheint wie geklont. Superminister Clement ähnelt Schröder, nur ist er noch aggressiver und rücksichtsloser. Clement ist ein Signal an das Kapital, eine Drohung für Gewerkschafter, Linke und alle sozial eingestellten Menschen. Seine Aufgabe sollte die Umsetzung der Hartzpläne – eins zu eins sein, wie verlangt – ein Konzept das ein Mischung von Reaktionär und Seifenblase beinhaltet. Seine antisoziale Stoßrichtung hat er bereits angekündigt: Einen „sozial deregulierten, flexibleren Arbeitsmarkt“. Den Arbeitslosen werden 1,3 Mrd. € nächstes Jahr abgezackt, der Bundesanstalt für Arbeit 4 Mrd. Die Grünen sind wieder einmal politisch schlecht weggekommen. Sie haben ja auch keine Wahl mehr. Wen verwundert es da noch, daß sie sogar den Affront Obriheim geschluckt haben?!

Die Gewerkschaften stehen weithin zu den neuen Regierungsmaßnahmen. Als positiv sehen sie die neue Konzernbesteuerung, striktere Steuerüberwachung, das Ganztagschulskonzept, Krippenplatzbeschaffung, die Umweltpolitik usw. Sie werden sich noch wundern was kommt, geht es erst mal mit der Erfüllung der Aufgabenstellung los, die von der Kapitalistenklasse eingefordert wird.

Nun zur Linken in Deutschland nach der Wahl. Das heißt vor allem, wie steht es um die Zukunft der einzigen gesellschaftlich relevanten Linkspartei PDS? Die Deprimierung unter den Linken, auch unter Kommunisten ist groß. Es geht nicht nur darum, daß die PDS mit ihren 4% den Wiedereinzug in den Bundestag nicht geschafft hat, denn die parlamentarische Bedeutung ist unter den Linken umstritten. Die Erfahrungen diesbezüglich waren ja zwiespältiger Art. Trotz allen Einwänden, die Zukunft der Linken in Deutschland ist auch ein Stück Zukunft der PDS. Die Wahlniederlage hat auch die Oberflächlichkeit von beträchtlichen Teilen ihres Resonanzbodens – vor allem in der Ex-DDR - aufgezeigt. Die PDS hat im Vergleich zu 1998 ca. 600 000 Stim-

men weniger erhalten, allein im Osten ein Minus von 560 000, das ist mehr als eine Wahlschlappe. In Mecklenburg-Vorpommern war es am schlimmsten: von 257 464 auf 158 913 (Holter-PDS). So hat die PDS in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt 31 % ihrer Wähler verloren. Besonders erschreckend ist, daß im Osten nur 4 % der Erstwähler für die PDS votierten. Insgesamt sind nicht weniger als 24% ihrer bisherigen Wähler zuhause geblieben oder haben neoliberale Parteien gewählt! Welch schwankender Boden, der zeigt, daß die Misere der PDS nicht nur in einer rechtsabwandernden Führungsclique zu suchen ist. (Zur PDS siehe auch den Artikel „PDS Wahldebakel und Parteitag“ auf Seite 11)

Der Parteitag von Gera – eine Zwischenstation

Der Schock in der PDS war ungeheuer. Im Juni waren der Partei noch 6% vorhergesagt worden. Deshalb gelang es auch der Parteihierarchie auf dem Parteitag in Gera nicht die Vorsitzende Zimmer zu stürzen und die Partei noch mehr nach rechts in Richtung Sozialdemokratisierung zu drücken. Zumindest ist erst einmal eine Atempause eingetreten, bis sich die Postenhuber und Politstars wieder sammeln. Vorerst haben sich die Linken und Halblinken durchgesetzt, die Ursachen für das Wahldebakel lagen ja auch zu offensichtlich im bodenlosen Opportunismus der Bartsch, Gysi, Brie, Holter usw. Die Rechtsreformisten wollten Frau Zimmer – die Integrationstante, wie sie sie nannten – weghaben. Als das nicht gelang handelten sie nach dem Motto: Entweder wir kriegen die Mehrheit in der Partei oder wir verweigern eine Mitarbeit. Die Claus, Pau, Sitte, Holter, Marquard und Kaufmann traten gar nicht mehr zu Kandidatur an. Die Vorsitzende hatte den „Opportunismus“ für die Niederlage verantwortlich gemacht, besonders praktiziert in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Die PDS habe im Bundesrat Schröders Rentenreform und Steuerreform durchgebracht. Das Profil der Partei sei verloren gegangen. Es ginge aber darum, wieder eine Linie der „Gestaltenden Opposition“ zu beschreiten, eine Aussage, die ziemlich vage ist. Andere Kritiker

wurden deutlicher. Die PDS habe sich überflüssig gemacht als „Westentschenreserve“ der SPD. Sie sei auch nicht mehr wie früher eine Partei für den Alltag und am Puls der sozialen Bewegungen. Die Wut über den Waschmittelwahlkampf war allgemein.

Aber auch die alte und neue Vorsitzende wusste so recht keinen Rat, wie es weitergehen sollte: „Es haben uns auch bislang nicht Alternativen gefehlt, aber sie sind zu wenig handhabbar“, auch stellte sie eindeutig klar, „sie habe keinesfalls als Bündnispartnerin“ von „Fundamentalisten“ gehandelt. Viel mehr so meinte Zimmer „haben wir einen Konflikt innerhalb des Reformlagers“. Der Drahtseilakt wird also weitergehen. Demgemäß wurde auch Wolfgang Gehrke in den Parteivorstand gewählt, und es gibt schon Stimmen, die verlangen, es gehe nun darum, die Boykotteure wieder zur Parteiarbeit zurückzubringen. Von einer Wende kann auch nach dieser Niederlage keine Rede sein. Die „Rechten“ in der Partei werden nicht aufgeben. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Diejenigen, die landauf landab Pöstchen bekleiden und jene, die praktischen Erfolgserlebnissen nachjagen und Beifall von unten brauchen, werden keine Linkswende zulassen. Auf dem Parteitag hatten zwar 70% für Zimmer gestimmt, aber Gegenkandidat Claus hatte immerhin 24% Zustimmung erhalten, trotz der durchgemachten Misere. 30% standen also nicht hinter der Integrationsvorsitzenden Zimmer. Das „Neue Deutschland“ schrieb spöttisch von einem Machtkampf zwischen „Realos und Realissimos“. Im letzten „Freitag“ war zu lesen: „Verbaler Radikalismus auf der einen Seite und prinzipienloser Reformismus auf der anderen Seite – wer sich auf diese Alternative einlässt, hat schon verloren.“ Das wird ungefähr die Linie sein, die zu finden die neue Parteimehrheit anstrebt. Die Vorsitzende Zimmer ist dafür, „alles zu nutzen, vom Protest auf der Straße bis zum Mitregieren“.

Das grundlegende Dilemma einer linken Wahlpartei in einer bürgerlichen Gesellschaft ohne Begleitung durch eine relevante soziale Bewegungen ist wieder einmal deutlich geworden.

Wohin steuern die Gewerkschaften?

Seit den späten 80er Jahren befinden sich die deutschen Gewerkschaften in der Defensive, auf die sie keine Antworten haben. Sprachlos stehen sie der Strategie der Kapitalisten gegenüber, die sie mit immer neuen neoliberalen Politikansätzen in ihren Handlungsspielräumen einengen. Besonders stark von der Entwicklung ist die IG Metall betroffen, die als größte deutsche Industriegewerkschaft die tarifpolitische Lokomotive des DGB ist.



Der erste große Schlag im strategischen Vorgehen des Kapitals war 1986 die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Mit der Verschlechterung des §116 des Gesetzes wurde die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erheblich eingeschränkt. Ein Streik ist seit dieser Zeit ein existenzielles Risiko für die IG Metall.

Weitere Angriffe und Einschnitte in das soziale Netz folgten, auf die die Gewerkschaften ebenfalls keine konsequenten Antworten - nämlich die massenhafte Mobilisierung der Werktätigen - fanden. Sie verharrten in ihrer staatstragenden Tradition und orientierten ihre Klientel nicht auf Kampf, sondern auf die Sozialdemokratie.

Mit einer massiven materiellen Unterstützung der SPD wurde dann auch 1998 die Regierung Kohl abgewählt. Im DGB hatte man sich erhofft, daß wieder der soziale Ausgleich der alten Bonner Republik hergestellt wird. Für den DGB hieß das, wie im Wahlkampf propagiert, Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Herstellung von „sozialer Gerechtigkeit“.

In der Sozialdemokratie dachte man aber überhaupt nicht daran, an dem neoliberalen Kurs der Vorgängerregierung etwas zu ändern. Im Gegenteil: Schröder trieb diesen Kurs,

nach Vorbild der britischen Labour-Party energisch weiter. Erinnerung sei an das Schröder-Blair-Papier von vor drei Jahren, mit der die SPD zu New-SPD gemacht werden sollte. Außer dem verhaltenen Protest von manchen Gewerkschaftsspitzen war dazu allerdings nichts zu hören. Ein Bruch mit der Sozialdemokratie, eigentlich logische Konsequenz angesichts der offen angekündigten Präferenz des Kapitals gegenüber dem Faktor Arbeit, war außerhalb aller Vorstellungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsvorstände.

In der Folge war ihre Linie „meckern und mitmachen“. Auf keinen Fall wurde an die Mobilisierung der Mitgliedschaft gedacht. So war das bei den Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan oder bei dem neoliberalen Umbau des 100-Jahre-alten Rentensystems in Deutschland. Durch das Einbinden der Gewerkschaften in das „Bündnis für Arbeit“, Beschäftigung und Wettbewerb war es dem Kapital und dessen Statthalter Schröder gelungen, die Gewerkschaften auch an die lohnpolitische Kandare zu nehmen. Vor allem bei der IG Metall gab es, wenn dieser Vorwurf erhoben wurde immer heftige Dementis. Doch ist es ein Fakt, daß die Tarifabschlüsse in den letzten Jahren fast punktgenau bei dem Wert landeten,

den der Sachverständigenrat als „vernünftig“ vorgegeben hatte.

Anpassung führte zur Schwächung

Mit dieser Anpassungspolitik gerieten die Gewerkschaften mehr und mehr in Widerspruch zur Interessenslage ihrer Mitglieder. Deren materielle Lage war durch die staatlichen Einschnitte, durch die Umverteilungspolitik von unten nach oben und durch die niedrigen Lohnabschlüsse deutlich schlechter geworden. Das hatte Konsequenzen. Die Gewerkschaften verloren massiv Mitglieder. Alleine in der IG Metall war es eine zeitlang dramatisch. Sie verlor monatlich bis zu 20 000 Mitglieder, was im Grund genommen einer ganzen Verwaltungsstelle entsprach.

Solche Entwicklungen schreckte natürlich die Gewerkschaftsspitzen auf. Hektik und Lähmung war die Reaktion. Daß es eine Dialektik zwischen ihrer Politik und der Mitgliederentwicklung gab, waren sie nicht in der Lage zu erkennen. Das Problem ließ sich auch einige Jahre kaschieren. Die Einverleibung der DDR in die BRD führte den Gewerkschaften 100 tausende neue Mitglieder zu. Aber das war nur eine vorübergehende Entspannung. Der Niedergang der Ostindustrie, der gewerkschaftlich nicht zu verhindern war, ließ das kurzfristige Mitgliederpolster wegschmelzen, wie den Schnee in der Märzsonne. Dadurch waren die Gewerkschaften jetzt gezwungen gegenzusteuern und zu handeln. Hätten sie nichts getan, wäre zu berechnen gewesen, wann einzelne Gewerkschaften vor dem finanziellen „Aus“ gestanden hätten. Wir haben deshalb in den 90er Jahren große Strukturveränderungen in den einzelnen Gewerkschaften und zwischen den Einzelgewerkschaften erlebt. Es gab Zusammenschlüsse von Verwaltungsstellen und Bezirken innerhalb der Einzelgewerkschaften bis hin zu Gewerkschaftsfusionen, wovon die ver.di-Gründung die bemerkenswerteste war. Die Umstrukturierungen waren ausnahmslos mit Personalabbau im Apparat verbunden, was bei manchen Gewerkschaften und besonders beim DGB bedeutet, daß die Präsenz in vielen Regionen deutlich schwächere, oder gar nicht mehr vorhanden ist.

Festzustellen ist, daß auf den Mitgliederschwund in allen Gewerkschaften nur administrativ reagiert wurde. Die Alternative wäre das Agieren gewesen. Und zwar in der Form, daß man Strategien entwickelt hätte, wie man im Verbund aller DGB-Gewerkschaften politisch in die Offensive gegen die arbeiter- und angestelltenfeindliche Kapitalpolitik kommt. Aber natürlich ist es so, daß die Anpassung an die Politik im Interesse des Kapitals ein solches Handeln ausschließt.

Die einzelnen Gewerkschaften suchen deshalb jetzt nach anderen Wegen aus der Mitglieder misere herauszukommen, ohne damit ihre Kooperation mit der Bundesregierung und damit mit dem Klassengegner aufzugeben.

Die Zukunftsdebatte in der IG Metall

Die IG Metall hat zu diesem Zweck seit drei Jahren eine sogenannte Zukunftsdebatte begonnen. Ein Zukunftskongress, der vorläufige Höhepunkt dieser Debatte, fand im Juni diesen Jahres in Leipzig statt. Klaus Zwickel fasste dort den Stand der Debatte zusammen und meinte: „Keine Gewerkschaft, keine Partei, kein Verein oder Verband hat bisher einen vergleichbaren Prozeß gewagt, so viel Beteiligung ermöglicht und Mitwirkung erreicht.“ Soviel zur Einschätzung des Vorsitzenden der IG Metall. Die Süddeutsche Zeitung kommentiert den Kongress so: „Brav sitzen die Metaller im Stuhlkreis. Das sei schön kommunikativ, hatten die Moderatoren die Gewerkschafter ermuntert. Und dann kommunizieren sie“. Die ironische Kommentierung trifft die Situation ziemlich genau. Der Kongress sollte den stattgefundenen Beteiligungsprozeß und den Stand der Diskussionen in den Verwaltungsstellen und Bezirken zur Zukunft der IG Metall darstellen. Mit einer in den Betrieben durchgeführten Mitgliederbefragung, wo diese nach ihren Wünschen und Zukunftsvorstellungen befragt wurden, sollten so viele Kolleginnen und Kollegen wie möglich in diesen Prozeß einbezogen werden. So löblich der Ansatz ist, die Mitglieder zu mehr aktiver Mitarbeit zu motivieren, zu versuchen deren Passivität zu überwinden und die Organisation in Besitz zu

nehmen, so löblich wäre es dann Bilanz über das tatsächlich Erreichte zu ziehen. Und da muß man, im Gegensatz zu Zwickel feststellen, daß das Unterfangen nur bruchstückhaft gelungen ist. Auf den verschiedenen Ebenen der Gewerkschaft wurden von den Mitgliedern und Funktionären die Veranstaltungen als aufgesetzt empfunden. Mancherorts fand zu dieser Zukunftsdebatte überhaupt nichts statt, oder es wurden ganz einfache Veranstaltungen die aus den Notwendigkeiten der Tagesarbeit erforderlich waren mit der Überschrift „Zukunftsdebatte“ versehen.

Auch die Mitgliederbefragung stieß dort wo sie gemacht wurde bei der Mitgliedschaft auf ein weitgehendes Desinteresse, so daß sie nicht als repräsentativ betrachtet werden kann.

Die gesamte Zukunftsdebatte entspricht zur Zeit also nicht den Bedürfnissen der Mitgliedschaft und Funktionäre. Sie war und ist eine Kopfgeburt des Vorstands und hat die Mitgliedschaft nicht erreicht.

Das war auch auf dem Kongress in Leipzig feststellbar. Zwar wurden viele Felder diskutiert auf denen es Probleme gibt mit denen Gewerkschaften konfrontiert sind und die auch nach einer gewerkschaftlichen Antwort verlangen. Aber es bestand keine Bereitschaft diese Probleme grundsätzlich zu diskutieren, nämlich, daß sie zu den Kennzeichen einer kapitalistischen Entwicklung gehören. Auf dem Kongress wurde schließlich ein sogenanntes Zukunftsmanifest verabschiedet. In ihm kann man Sätze finden wie: „Jedes Unternehmen trägt Verantwortung Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.“ Alleine an diesem Satz wird deutlich welche Illusionen sich führende Funktionäre der IG Metall über das kapitalistische System und die Bourgeoisie machen. Wenn ein solcher Satz niedergeschrieben wird, reflektiert man nicht einmal mehr die tägliche gewerkschaftliche Erfahrung in den Niederungen des betrieblichen Alltags. Die Verantwortung die dort sichtbar wird gilt alleine den Profitinteressen der Kapitalgeber! Wenn eine solche Banalität in einem Zukunftsmanifest ignoriert wird, wenn im Gegenteil statt dessen an die soziale Verantwortung von Unternehmen appelliert wird, dann zeigt das

welchen Tiefgang ein solches Manifest hat.

Abschied von der Arbeiterbewegung

Nur zur Tarifpolitik wurde in Leipzig die Zukunft diskutiert. Allerdings war diese Diskussion nicht ein Resultat der Zukunftsdebatte, sondern der zurückliegenden Tarifrunde.

Der Abschluss der jüngsten Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie wurde von den Beschäftigten in den boomenden Teilen der Industrie, hauptsächlich in der Automobil- und Zuliefererindustrie, als viel zu niedrig diskutiert. Schon bei der Forderungsaufstellung kam aus dem Bezirk Stuttgart der Vorschlag einer gespaltenen Forderung, die der Ertragslage der Betriebe Rechnung tragen sollte. Hinter dem Vorschlag stand der dortige Bezirksleiter Bertold Huber, der als möglicher Zwickel-Nachfolger in der Diskussion steht. Der Huber-Vorschlag hatte innerhalb der IG Metall im Frühjahr allerdings keine Chance. Einmütig war die Haltung, daß gespaltene Forderungen und Abschlüsse das Ende des Flächentarifvertrages bedeuten würde. Nur noch die starken, großen Belegschaften wären in der Lage sich durchzusetzen. Die Schwachen würden auf der Strecke bleiben.

Zwickel benutzte jetzt den Kongress dieses Thema wieder in den Mittelpunkt zu stellen „Vor dem Hintergrund des technischen Wandels und des anhaltenden Mitgliederchwundes sollte die IG Metall ihre gesamte Politik auf den Prüfstand stellen“. Stillstand bedeute Rückschritt meinte Zwickel. Dem kann man nur zustimmen. Allerdings anders wie von Zwickel gemeint. Mit seinem Differenzierungsvorschlag legt Zwickel nicht den Vorwärtsgang, sondern den Rückwärtsgang ein. Zum Glück stieß dieser Vorschlag auf heftige Gegenreaktionen. Trotzdem muß der Versuch die IG Metall tarifpolitisch neu auszurichten sehr ernst genommen werden. Denn hinter der Forderung zukünftig differenzierte, an den Erträgen der Unternehmen orientierte Lohnforderungen zu stellen, stehen neben der Bezirksleitung Stuttgart auch die Betriebsratsfürsten der Automobilindustrie. Die haben keinen zu unterschätzenden Einfluss in der Organisation. Das Düsseldorf-

fer Handelsblatt kann deshalb bei der Kommentierung des Kongresses seine Genugtuung nicht verbergen und frohlockt: „Immer mehr einflussreiche Funktionäre bekennen sich offen zu Hubers Kurs“. Das gleiche Blatt sieht darin, sicher nicht zu Unrecht, auch einen Machtkampf um die Nachfolge Zwickel's und meint: „Peters (stellvertretender Vorsitzende) passt die ganze Richtung der Zukunftsdebatte nicht. Doch der Mann, der im Oktober 2003 Zwickel beerben möchte scheut die offene Kritik. Schließlich muß er bis dahin seinen Konkurrenten Huber aus dem Rennen werfen“.

Andere dagegen scheuen die Kritik nicht. Insbesondere Horst Schmitthener, ebenfalls Vorstandsmitglied, macht sich gegen die Zwickel-Huber'sche Politik stark. Er sieht darin den Abschied von der Arbeiterbewegung und kritisiert, daß hinter dem Zukunftsmanifest eine andere IG Metall stehe, mit einem neuen strategischen Ziel.

Aber auch Schmitthener ist nicht bereit die Politik der Gewerkschaft grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. So wichtig es ist, eine völlige Neuausrichtung der IG Metall im kommenden Jahr durch den Personenwechsel an der Spitze zu verhindern, so wichtig wäre es dann auch, wenn man über die Zukunft der Gewerkschaften nachdenkt, sich klar zu werden, welche Rolle man in diesem kapitalistischen System hat, wie es sich in naher Zukunft möglicherweise entwickelt und was dann im Interesse der Arbeiterklasse zu tun ist.

Die Widersprüche verschärfen sich

Wenn man von der Zukunft der Gewerkschaften spricht, gehört dazu, daß man die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus analysiert wird. Bürgerliche Wissenschaftler gehen von einer zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft aus und leiten daraus neoliberale Deregulierungsforderungen ab. Sie stellen diese Globalisierung als etwas völlig Neues dar. Als eine Erscheinung, die eine neue Qualität in den kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen darstelle.

Aber bereits für Karl Marx war die Globalisierung des Kapitals ein Wesensmerkmal des Kapitalismus,

ein durch endogene Mechanismen bedingter Prozeß (MEW 7 S.272). Auch der marxistische Historiker Eric Hobsbawm bestreitet die These, daß die Globalisierung eine neuartige Qualität in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen darstellt. In dem Buch „Zeitalter der Extreme“ schreibt Hobsbawm: „Die Geschichte der Weltwirtschaft seit der industriellen Revolution ist die Geschichte eines immer schnelleren technologischen Fortschritts, eines ständigen auch ungleichmäßigen Wirtschaftswachstums und einer zunehmenden Globalisierung.“ Sie ist also nicht Neues. Trotzdem wird sie ideologisch von den Kapitalisten so benutzt. Jede Forderung des Kapitals und des Staates an die Werk tätigen wird mit dem Sachzwang, der von der Globalisierung ausgehe begründet.

Die Globalisierung ist somit die ideologische Keule der Kapitalisten und gleichzeitig eine Nebelkerze, mit der die wirklichen Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung verschleiert werden. Nicht erkennbar werden soll, daß sich fast alle kapitalistischen Ökonomien seit den 70er Jahren in einer längerfristigen Akkumulationskrise befinden. Die Krise ist vorwiegend durch Nachfragemangel bedingt. Auf der einen Seite besteht bei den wohlhabenden Schichten und Klassen eine relative Sättigung an Gütern. Auf der anderen Seite Einkommensschwäche- und Kaufkraftschwäche in breiten Bevölkerungskreisen. Dies bewirkt zusammen mit der Massenarbeitslosigkeit einen spiralförmigen Abwärtsprozeß. Nachfragerückgang bewirkt Beschäftigungsrückgang und dieser verschärft das Nachfrageproblem usw, usf. Die durch den technischen Fortschritt ständig steigende Produktivität verstärkt außerdem den Widerspruch zwischen steigendem Produktionspotenzial und der tatsächlichen Nachfrage. Somit wird durchaus bestätigt, was die Verfasser des kommunistischen Manifestes bereits 1848 analysierten.

„Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte

und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitige und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen vermindert (MEW 4 S.468).

Ist das nicht das was wir heute beobachten können? Die Kapitalisten sind in ihrem eigenen System gefangen und kommen nur über den Weg der Katastrophe davon heraus.

Diese zuzugeben ist für die Vertreter des Kapitals unmöglich. Würden sie das tun, so würden sie eingestehen, daß die Ursachen für Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung im kapitalistischen System selbst liegen. Und das wäre dann der Anfang ihres Endes. Sie gehen deshalb einen anderen Weg. Sie schieben die Schuld an dem ganzen Ungemach jeweils einem anderen in die Schuhe. Einem anderen Land, der unfähigen Regierung, den maßlosen Gewerkschaften oder der Reformunfähigkeit der Bevölkerung. Das Vehikel, das sie dabei benutzen ist das Gespenst der Globalisierung.

Neben dieser Ablenkungsfunktion hat der neoliberale Globalisierungsbegriff die Aufgabe die Kapitalstrategie zu legitimieren. Mit der Begründung die Globalisierung zwingt dazu, wurde in den letzten Jahren eine rigorose Umverteilungspolitik zu Gunsten der Bourgeoisie vollzogen, der Sozialstaat demontiert, die Löhne gedrückt und in den Betrieben die Arbeitsbedingungen durch Leistungsverdichtung und Flexibilisierung verschlechtert.

Wie die Zukunft des Kapitalismus in den nächsten Jahren konkret aussieht, läßt sich an dieser Stelle nicht prognostizieren. Nur soviel ist gewiss. Die Krisenhaftigkeit dieses Systems wird trotz aller Kaffeesatzleserei nicht geringer. Zu der langfristigen strukturellen Akkumulationskrise kommen zusätzlich noch Überproduktionskrisen. Wie die Geschichte aber zeigt, gibt es für das Kapital keine auswegslose Situation. Weltpolitisch ist der kapitalistische Block stärker als je zuvor. Von „außen“ gibt es für den Kapitalismus keine Gefahr. Seine Stabilität wird von seinen inneren Widersprüchen bedroht. Das beherbergt das Risiko, daß innere Konflikte nach außen gekehrt werden, wie wir aktuell bei der Kriegsvorbereitung der USA gegen den Irak

sehen. Im Sinne einer Ablenkungs-ideologie werden Feindbilder aufgebaut, mit denen man kommende Kriege rechtfertigt und legitimiert. Gleichzeitig kommt es nach innen zum Abbau demokratischer Rechte und polizeistaatlichen Repressionen.

Widerstand ist nicht angesagt!

Angesichts solcher Perspektiven für das Kapital müsste es für ArbeiterInnen-Organisationen Pflicht sein Widerstandslinien aufzubauen. Politische Organisationen hat die Arbeiterklasse in nennenswerter Größe nicht mehr. Bleiben also nur noch die Gewerkschaften. In dem Zukunftsmanifest der IG Metall sucht man vergeblich Antworten auf den Zustand des Weltkapitalismus. Entweder will man oder kann man die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie nicht analysieren. Nachvollziehbar wäre das. Eine reelle Einschätzung der Situation würde Konsequenzen verlangen, die weit über den Politikrahmen hinausgehen würde, den man sich selbst gesetzt hat. Der bestehende Rahmen ist vielleicht nach dem Bundestagswahlsieg der Koalition erst recht vorgegeben. Der DGB-Vorsitzend Michael Sommer hat seine Freude über die Wiederwahl der Bundesregierung laut kund getan. Ähnlich äußerten sich auch die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Für die Zukunft der Gewerkschaften heißt das: weitermachen wie bisher. Das heißt keine Abkehr vom Anpassungskurs an die Bedürfnisse des Kapitals. Widerstand steht nicht auf der Tagesordnung!

Im Gegenteil. Sommer fordert, daß die „Pläne der Hartz-Kommission zügig umgesetzt werden! Er fordert damit eine Politik, die sich gegen die Arbeitslosen richtet. Die die Arbeitslosen zur Billigkonkurrenz von regulären Arbeitsverhältnissen macht. Ausdehnen wird sich mit diese Plänen auch der Anteil schlechtverdienender Scheinselbständiger, auf längere Sicht nicht nur im Bereich „haushaltsnaher Dienstleistungen“. Und schließlich wird ein Ausbildungssystem zerstört, das die Kapitalisten in der Vergangenheit mit qualifizierten Fachkräften versorgte. Von den Jugendlichen und deren Eltern wird in Zukunft verlangt, daß sie für die Ausbildung, wie das noch bei

deren Urgroßeltern der Fall war, ein Lehrgeld bezahlt wird.

Sollten die Hartz-Vorstellungen umgesetzt werden, ist den Herrschenden der größte neoliberale Coup gelungen. Die Realisierung dieses Papiers bedeutet eine weitergehende Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, wie allen anderen Ansätze die bisher in diesem Lande gemacht wurden.

Und die Gewerkschaften machen mit und fordern sogar noch ausdrücklich die zügige Umsetzung! Gleichzeitig diskutieren sie, wie die IG Metall, ihre Zukunft und sehen nicht, daß sie sich mit dem eingeschlagenen Weg selbst zerstören.

Für Gewerkschaften gibt es keinen Weg zu einer „neuen Mitte“ wie ihn die Sozialdemokratie in ihrer Verkommenheit beschreitet. Wenn die Gewerkschaften diesen Weg gehen, bringen sie sich um die Grundlage ihrer Existenz. Gewerkschaften können nur Klassenorganisationen sein. Entweder Organisation der Klasse oder gar nicht mehr. Alle anderen Wege sind ihnen bei Strafe des Untergangs verbaut. Und sie sind zum Erfolg verdammt. Setzen sie die Interessen der Werktätigen nicht mehr durch, sehen die keinen Grund mehr sich zu organisieren. Deshalb gibt es für die Gewerkschaften nur eine Zukunft. Zurück zu einer offensiven Tarifpolitik, die auf dem Prinzip der Solidarität basiert.

Hin zu einer Politik einer tatsächlichen politischen Unabhängigkeit, insbesondere von der Sozialdemokratie.

Hin zu einer Verpflichtung, nämlich die Interessen der Arbeiterklasse uneingeschränkt zu wahren und gemeinsam ein tatsächlicher Machtfaktor zu werden, der der Macht der Konzerne real etwas entgegenzusetzen hat.

Daß eine solche Zukunft für die Gewerkschaften zur Realität wird ist eher unwahrscheinlich. Aber auch hier kann man keine konkrete Prognose abgeben. Weltweit stehen wir vor einer neuen Etappe von Klassenauseinandersetzungen. Die Konfliktlinien werden global gezogen und können Erschütterungen erzeugen, die auch bei uns neue Möglichkeiten eröffnen. Von daher brauchen wir nicht nur pessimistisch in die Zukunft schauen.

Arbeitslosigkeit – was tun?

„Die relative Überbevölkerung (d. h. Arbeitslosigkeit, Anm. d. Verf.) Ihre Erzeugung ist unzertrennlich von der und wird beschleunigt durch die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die sich in der Abnahme der Profitrate ausdrückt. Die relative Überbevölkerung zeigt sich um so auffallender in einem Lande, je mehr die kapitalistische Produktionsweise in ihm entwickelt ist.“ (Marx, Kapital Bd. 3, 14. Kapitel, S. 246)



Auch in unserer Zeit ist Arbeitslosigkeit eine dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkende und der kapitalistischen Produktionsweise unzertrennlich verbundene Erscheinung. Seltene und vorübergehende Ausnahmen sind möglich wie z. B. in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders ca. 1956 bis 1966 in Deutschland. In dieser Zeit steigender Profitraten bestand nachkriegsbedingt bedeutende Nachfrage nach Konsumgütern, die die Akkumulation konstanten Kapitals antrieb, was durch Zufuhr von Geldkapital durch den Marshall-Plan und seit 1953 durch Steigerung des Außenhandels in Folge des Korea-Kriegs finanziert werden konnte. Die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum war geringfügig.

Strukturelle Arbeitslosigkeit

Im „normalen“ Kapitalismus dagegen ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich. Besonders stark wirken sich Sprünge in der Produktivkraft der

Arbeit wie seit ca. 20 Jahren durch die Einführung elektronischer Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechnik aus. Solche sprunghaften Entwicklungen der Produktivkraft der Arbeit sind an sich nichts neues in der Geschichte des Kapitalismus. Allerdings nimmt die Verbreitung auf die einzelnen Branchen (Produktionssphären) zu. Die von Marx für das 19. Jahrhundert beschriebene industrielle Revolution auf dem Gebiet der Kommunikation (vgl. Kapital Bd. 3, Kap. 4) setzte nur einen Teil der in **dieser** Branche beschäftigten Lohnarbeiter auf die Straße. Bedeutender war der Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie wegen Elektrifizierung und Fließbandfertigung sowie der Entwicklung des Verbrennungsmotors seit den 20er bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts. Hier war die gesamte Massenproduktion und Teile der Einzelfertigung wie Werkzeugmaschinenbau in den entwickelten Industrieländern betroffen.

Im Unterschied zu diesen historischen Sprüngen der Produktivi-

tät sind durch die „elektronische Revolution“ fast alle Produktionssphären der Produktion **und** der Dienstleistungen in größerem oder geringeren Maße einbezogen. „Das ist neben anderem schon daran ermeßbar, daß im Unterschied zum Verbrennungsmotor, der in der Produktionssphäre keine breite Anwendung findet, Computer dort heute bis in die kleinste Werkstatt und das bescheidenste Büro Eingang gefunden haben, der Computer mithin Produkt- und Prozeßinnovation **zugleich** verkörpert.“ (Hansgeorg Conert, Vom Handelskapital zur Globalisierung, S. 329).

Auch einige Branchen, in denen menschliche Arbeit (noch?) nicht durch Maschinerie ersetzt werden kann, wie z. B. in den Heil- und Pflegeberufen, werden indirekt durch die Beschränkung der für Lohnzahlung verfügbaren Transfers, die an den gesellschaftlichen Lohnfond gebunden sind, betroffen, weil die verfügbaren Geldmittel durch Arbeitslosigkeit und sinkende gesellschaftliche Lohnquote gemindert werden.

Der Verlust an Arbeitsplätzen im produktiven Bereich kann also nicht - jedenfalls nicht in vollem Umfang - durch Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich aufgefangen werden. Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft konnte jedenfalls bisher diese Behauptung, wie sie im Schlagwort von der „Dienstleistungsgesellschaft“ formuliert ist, nicht belegen. Die Empirie spricht augenscheinlich dagegen, wie der Arbeitsplatzabbau bei Dienstleistungen vor allem bei Banken, Versicherungen und im Groß- und Einzelhandel beweist.

Die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit ist zu einem erheblichen Teil strukturell vom Fortschritt der Produktivkraft - unabhängig vom Konjunkturzyklus - verursacht. Auch bei guter Konjunktur, (Anfang der 90er Jahre) d. h. relativ hoher Zuwachsraten des BIP (Brutto Inlands Produkt) blieb ein hoher Sockel an Arbeitslosen (vgl. Bild 1).

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Realisierungsmöglichkeit des produzierten Mehrwerts ist für die Kapitalisten Voraussetzung für die Anhäufung von Produktionsmitteln, im wesentlichen Maschinerie (fixes Kapital). Diese Reproduktion bzw. Akkumulation verlangt den Einsatz

lebendiger Arbeit, d. h. die Beschäftigung von Lohnarbeitern auf dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte.

Der erwartete Aufschwung der Produktion durch die Erzeugung von Produkten der „new economy“, also von immer effektiveren Kommunikationsmitteln und Unterhaltungsprogrammen stößt an seine Grenzen. Zwar wurden in den letzten Jahren beträchtliche Teile des privaten Konsums für Mobiltelefone und deren Gebrauch, digitale Fotografie, Personalcomputer usw. aufgewandt - doch die effektive (kaufkräftige) Nachfrage scheint weitgehend gesättigt. Das Kapital erwartete offenbar einen weiteren Anstieg im gleichen Tempo und investierte weiter. Diese zusätzlich akkumulierten Produktionsmittel liegen zum großen Teil brach. Das investierte Kapital verwertet sich nur teilweise. Die Profitrate sinkt bzw. verkehrt sich in Verluste. Weitere Akkumulation unterbleibt daher, was andere Branchen der Produktionsmittelindustrie mit in die Krise zieht. „Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung.“ (Kapital, Bd. 1, Kap. 23, S. 660)

Die scheinbare Paradoxie, daß hohe Arbeitslosenquote zur Verlängerung des Arbeitstages führt, erklärt sich aus dem Druck der industriellen Reservearmee auf die noch Arbeitenden. Die höheren Arbeitszeiten in Ost- gegenüber Westdeutschland bei gleichzeitig höherer Arbeitslosenquote beweist dies ebenso wie die zahlreichen Betriebe, die tarifliche Arbeitszeit durch Betriebsvereinbarung oder auch nur mit stillschweigender Duldung durch Betriebsräte und Gewerkschaften anheben (z. T. sogar ohne Bezahlung).

Sinkende gesellschaftliche Lohnquote in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit setzen der kaufkräftigen Nachfrage auch nach anderen Gütern Grenzen. Der Einzelhandelsumsatz stagniert seit ca. 3 - 4 Jahren. Preisbereinigt ist sogar ein leichter

aber kontinuierlicher Rückgang festzustellen. Die Wechselwirkung zwischen ungenutzten industriellen Kapazitäten, mangelnder effektiver Nachfrage, strukturellem Ersatz menschlicher Arbeit durch elektronische Maschinerie und steigender Produktivität der Arbeit wird durch eine erhöhte Sparneigung der Konsumenten (in der Mehrheit Lohnabhängige) noch verstärkt. In richtiger Einschätzung der Unsicherheit ihrer Lage, ihrer Arbeitsplätze und ihres Einkommens stellt die Masse der Verbraucher größere Anschaffungen zurück, versucht - soweit möglich - Verschuldung zu vermeiden und bildet statt dessen Ersparnisse. Wer in diesem Zusammenhang von Psychosen oder Käuferstreik spricht, wie dies die bürgerlichen Medien tun, bestätigt damit nur seine Ignoranz gegenüber den Interessen der Lohnabhängigen.

Durch die berechtigte Vorsorgehaltung der Konsumenten verstärkt sich die Unterkonsumtion noch zusätzlich.

Ausweitung der Exporte dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Ausweg sein. Die Wachstumsraten in den 3 wichtigsten Wirtschaftsräumen, USA, EU und Japan, sinken synchron - wenn auch in graduell unterschiedlichem Ausmaß (siehe Bild 2). Ohne Aufschwung in wenigstens einer dieser großen Wirtschaftszonen wird der Export keinen Aufschwung der Konjunktur in Deutschland auslösen können.

Überakkumulation **oder** Unterkonsumtion sind begrifflich für die Erklärung zyklischer Krisen getrennt zu betrachten. Praktisch besteht eher eine Wechselwirkung zwischen beiden Ansätzen. Im ungünstigen Fall verstärken sich beide Tendenzen gegenseitig. „Der konstatierte Widerspruch zwischen einer Verwertungskrise wegen sinkender Profitrate (Überakkumulation von Kapital) und einer Verwertungskrise wegen mangelnder Nachfrage (Unterkonsumtion von Waren) ist kein Gegensatz.“ (Michael Wendt, isw-report Nr. 49, S. 31)

Bürgerliche Rezepte

Die klassische liberale Wirtschaftstheorie, die zumindest in der Betrachtung der Löhne, von den heute (noch?) herrschenden Neoliberalen übernommen wurde, sieht im Preis

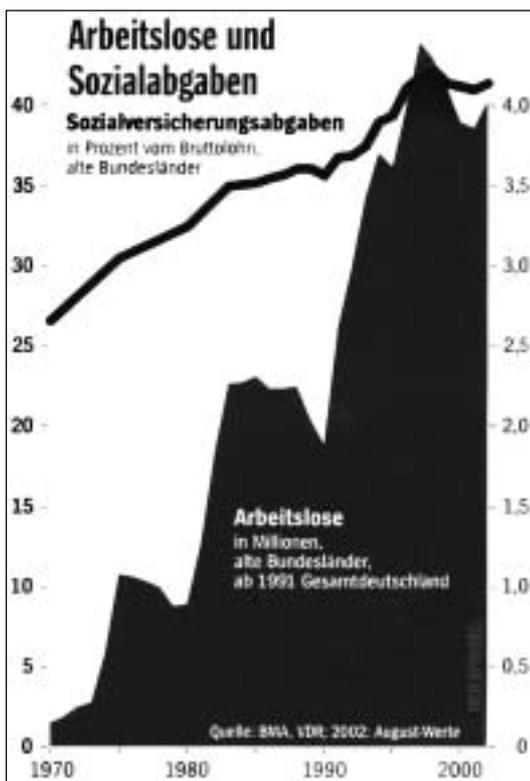


Bild 1

den Regulator zwischen Angebot und Nachfrage (Angebotstheorie). Etwas verkürzt formuliert: Das Angebot schafft sich seine Nachfrage, wenn nur der Preis niedrig genug ist. Wenn sich „der Markt“ frei entfalten kann und nicht durch den Staat oder gar durch die bösen Gewerkschaften gehemmt wird, dann bewirkt er ein harmonisches Gleichgewicht, in dem alle Waren - einschließlich der Arbeitskraft - Käufer finden werden.

Das stimmt schon für die meisten Waren nur innerhalb der Grenzen des Gebrauchswerts. Auch bei noch so geringen Preisen wird niemand unbegrenzte Mengen von z. B. Lebensmitteln kaufen. Für den Preis der Ware Arbeitskraft gilt die liberale Betrachtung erst recht nicht. Ihr Gebrauchswert ist die Fähigkeit Mehrwert zu produzieren. Diese Fähigkeit findet nur insoweit Nachfrage durch das Kapital, als diese Produktion Profit (zumindest die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate) einbringt, und die Werte (die Waren), die von der Arbeitskraft produziert werden, auf kaufkräftige Nachfrage stoßen. Hinzukommt, daß Arbeitskraft zwar durch das Kapital flexibel erwerbbar ist (z. B. durch Zeitarbeit), aber nach dem Ankauf sofort im Produktionsprozeß konsumiert werden muß. Sie ist nicht speicherbar.

Der Liberalismus verkennt den Doppelcharakter der Löhne. Sie sind einmal Kostenbestandteil, ihre Steigerung mindert den Mehrwert (unter sonst gleichbleibenden Bedingungen), ihr Wert geht in den Warenwert ein. Sie sind aber **auch** der Konsumtionsfond für die Masse der Bevölkerung, die effektive Nachfrage nach den Waren und damit die Realisierungsmöglichkeit für den produzier-

ten Mehrwert. Die liberale Wirtschaftstheorie betont den ersten Teil dieses Widerspruchs und negiert den zweiten.

Lohnsenkung kann also keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, **wenn** eine Ausweitung der Produktion nicht sinnvoll für das Kapital ist. Wenn das Kapital Ausweitung der Produktion für notwendig hält, ist die Lohnhöhe nur **ein** Gesichtspunkt in dieser Entscheidung. Ob Produktionserhöhung wegen mangelnder kaufkräftiger Nachfrage oder wegen unterdurchschnittlicher Profitrate unterbleibt oder wegen beider in Wechselwirkung zueinander stehenden Faktoren wie dies m. E. gegenwärtig der Fall ist, kommt auf dasselbe hinaus.

Die Hartz-Vorschläge

Zu den modernen Versionen des Cäsarenwahns gehört die Vorstellung, daß bürgerliche Regierungen in der Lage wären, ökonomische Entwicklungen zu bestimmen. Die Geschichte der bürgerlichen Staaten beweist, daß diese zwar die Kapitalistenklasse beschützen aber nicht die Konjunkturzyklen oder gar strukturelle Krisen beheben können. Trotzdem hält sich dieser Aberglaube hartnäckig. Die bürgerlichen Regierungen können sich also günstige ökonomische Entwicklungen gutschreiben (Schröder 1998: **Mein** Aufschwung) und müssen versuchen, die Verantwortung für ungünstige Tendenzen (wie hohe und andauernde Arbeitslosigkeit) irgendwie loszuwerden.

Wie kam es zu der Hartz-Kommission?

Die Entstehungsgeschichte der

Hartz-Vorschläge ist ein schönes Beispiel dafür, wie aus einer notwendigen Korrektur tatsächlicher Mißstände ein Luftballon von Versprechungen und Illusionen aufgeblasen werden kann.

Der Bundesrechnungshof stellte in der Statistik der Vermittlungen, also der Erfolgsbilanz der Bundesanstalt für Arbeit (BA), schwerwiegende Fehler und Manipulationen fest. Der Vorsitzende Jagoda mußte dafür den Kopf hinhalten und wurde gefeuert. Nachfolger wurde der strebsame SPD-Nachwuchspolitiker Florian Gerster. Der war so unvorsichtig, gleich noch eine Reform der ausgefertigten Bürokratie in der BA zu versprechen. Damit die öffentliche Meinung ihn und sein Reformprojekt auch gebührend zur Kenntnis nehme, gab er einige allgemein gehaltene Sätze über eine daraus resultierende Verringerung der Arbeitslosenzahlen zum besten. Das hätte er nicht tun sollen.

Die zur Wiederwahl anstehende Bundesregierung griff den Gedanken begierig auf. Schröder hatte ja den Mund recht voll genommen und empfohlen, ihn und seine Regierung an Erfolgen im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ zu messen. Damit dies nicht geschehe, mußte eine hochrangige Kommission aus „Sachverständigen“, Unternehmern, Gewerkschaftern und Leuten, die immer bei sowas dabei sind, das versprechen, was Schröder & Co nicht gehalten hatten (und auch nicht halten können). Im Grunde ist die Hartz-Kommission nichts anderes als das Bündnis für Arbeit unter neuem Etikett doch mit demselben Ziel: Sozialabbau und volle Freiheit dem Kapital. Herr Gerster war seinen Auftritt als



Bild 2

großer Reformator damit los; er sitzt seither in seinem Vorstandszimmer in Nürnberg und schmolzt.

Um so größer waren nun die Erwartungen und Vorschußlorbeeren an die neue Kommission.

Diese warf sich gleich voll rein - im Wahlkampf zählt klotzen und nicht kleckern - und versprach eine Halbierung der Arbeitslosigkeit so mal eben locker vom Hocker binnen 2 Jahren. Eine Erklärung dafür, wie ein solches Wunder ohne direktes Eingreifen des lieben Gottes geschehen könne, unterblieb zunächst wohlweislich. Im Zeitalter der Mediendemokratie genügt es, eine möglichst kühne Behauptung in die Welt zu setzen - mit der Zeit verselbständigt sie sich, und für den Wahlkampf genügte es, zumal sich die Opposition nicht zu kritisieren getraute sondern zustimmte.

War das Hartz-Papier also **nur** Wahlkrampf, wie eine linke Zeitschrift in München meinte? Leider nein - denke ich.

Sozialabbau statt Arbeitsplätze

Die Kommission setzte zunächst an den tatsächlichen Mißständen an. Eine Fülle überflüssiger Bürokratie in der Arbeitslosenverwaltung kann ja tatsächlich ohne Nachteile eingespart werden. Die dadurch entlasteten Beschäftigten der BA könnten sich stärker der Arbeitsvermittlung widmen. Doch „Stellenangebote in der Wirtschaft schaffen - das können die Vermittler nicht“ bemerkt dazu treffend Heinrich Alt, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BA (zitiert nach DIE ZEIT v. 4. 7. 2002, S. 16).

Doch durch Verkürzung der Vermittlungszeiten (derzeit 33 Wochen im Durchschnitt lt. Peter Hartz, zit. nach Spiegel 32/2002, S. 45) ließe sich die Arbeitslosenzahl vielleicht doch senken? „Selbst wenn die Bundesanstalt optimal organisiert wäre, würden wir die Zahl der Arbeitslosen damit vielleicht um ein halbes, maximal um ein ganzes Prozent vermindern“ (ebd.) ist die Meinung des Fachmanns Alt, der die Bundesanstalt seit vielen Jahren von innen kennt.

Trotzdem müssen sich Beschäftigte sofort nach Erhalt der Kündigung beim Arbeitsamt melden. Sonst wird das Arbeitslosengeld für jeden

Die andere Variante bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft, die Nachfragetheorie, spielt in der internationalen und in der deutschen Diskussion z. Zt. nur eine geringe Rolle. Die Memorandum-Gruppe und gelegentliche Vorschläge der Gewerkschaften wie etwa die von IG Metall und ver.di nach einem Konjunkturprogramm in Höhe von 30 Mrd. Euro werden kaum diskutiert.

Der Vollständigkeit halber und weil ein Umschlagen des volkswirtschaftlichen mainstreams möglich ist, sei sie trotzdem kurz skizziert: John Maynard Keynes bietet in seinem Hauptwerk (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er bis in die 30er Jahre die Stärkung der Nachfrage als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Wiederbelebung der Konjunktur an. Nach Keynes soll der Staat sich verschulden, um öffentliche Aufträge in großem Umfang vergeben zu können (deficit spending). Bisher Arbeitslose können nun wieder Löhne beziehen. Geringe Zinsen verhindern, daß größere Teile dieser Löhne gespart werden. Die so gesteigerte konsumtive Nachfrage regt die Unternehmer zu Investitionen an, dies belebt die Nachfrage auch nach Investitionsgütern, führt damit zu weiteren Einstellungen (Multiplikator-Effekt), Arbeitslosigkeit und Krise werden zurückgedrängt.

Gewerkschaftern liegt der „Keynesianismus“ (und dessen Variationen) näher als der Liberalismus. Neokynesianer liefern Argumente für Lohnforderungen, denn Löhne sind weitgehend Nachfrage. Gewerkschaftliche Forderungen können sich so auf Keynes und dessen Nachfahren berufen.

Ein Mittel gegen die Krisen sind keynesianische Theorien unter „normalen“ kapitalistischen Bedingungen aber nicht. Empirisch belegen das die bescheidenen Erfolge des „New Deal“ in den USA in den 30er Jahren. Die Arbeitslosigkeit wurde durch öffentliche Aufträge (z. B. im Rahmen der Tennessee-Valley Authority) zwar etwas vermindert - beseitigt wurde sie erst durch die Kriegswirtschaft ab 1942. Keynes lobte Deutschlands Reichsbankdirektor Hjalmar Schacht für die konsequente Umsetzung seiner Rezepte. Daß die maßlose Überschuldung großenteils zu unproduktiven Investitionen (Hochrüstung) verwendet wurde, lag außerhalb seines Horizonts. Aktuell hat Japan im letzten Jahrzehnt mehrere Konjunkturprogramme (durch Staatsverschuldung finanziert) aufgelegt und die Zinsen fast auf Null gesenkt - die Konjunktur blieb mies.

Als in den 70er Jahren Investitionserleichterungen in Deutschland allenfalls zu Mitnahmeeffekten führten, kursierte das Bonmot: Man kann die Pferde zur Tränke führen, aber saufen müssen sie selbst. Wann akkumulieren die Kapitalisten? Nur dann wenn die Profitrate mindestens durchschnittlich ist, und wenn sie realisiert werden kann. Die Produktion und damit der tendenzielle Fall der Profitrate in Wechselwirkung mit den „entgegenwirkenden Ursachen“ (Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 14) sind außerhalb des Blickfelds bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft. Ihre beiden Varianten sind daher gleichermaßen unfähig, Krisen zu erklären oder gar zu beheben.

Tag Verspätung gekürzt. Auch dadurch entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz. Außer Schikane gegen die Arbeitslosen und Einsparung beim Arbeitslosengeld kommt nichts dabei heraus.

Die Halbierung der Arbeitslosenzahl baut nicht auf konkreten Strategien auf sondern auf der Übernahme der liberalen Behauptung, daß sinkende Preise (=Löhne und Lohnnebenkosten) größere Nachfrage nach Arbeitskraft schaffen würden (siehe oben).

Die liberale Behauptung wird nicht kritisiert oder an den historischen Erfahrungen mit deren Ergebnissen gemessen. Sie wird einfach als

Voraussetzung unterstellt. Senkung der Lohnkosten für die Unternehmer und Senkung der Kosten der Arbeitslosigkeit für den Staat auf seinen verschiedenen Ebenen wird mit Senkung der Arbeitslosenzahlen gleichgesetzt. Selbst die neoliberalen Ideen sonst nicht abgeneigten Wirtschaftsforschungsinstitute „rechnen nicht damit, daß die Umsetzung des Hartz-Konzepts deutlich mehr Menschen in Arbeit bringen wird.“ (SZ v. 23. 10. 02) Doch auch dies vermag Regierung und Kommission nicht zu beirren.

Der Vorteil ihrer Methode ist nicht der Wahrheits- oder wenigstens der Wahrscheinlichkeitsgehalt sondern der taktische Gesichtspunkt, je-

den Gegner, jede Kritik an den Sozialabbauplänen der Kommission als Gegner eines Abbaus der Arbeitslosigkeit denunzieren zu können. Damit gelang es jedenfalls vor der Wahl sowohl der CDU/CSU als auch den Gewerkschaften (vorläufig) das Maul zu stopfen.

Die Maßnahmen

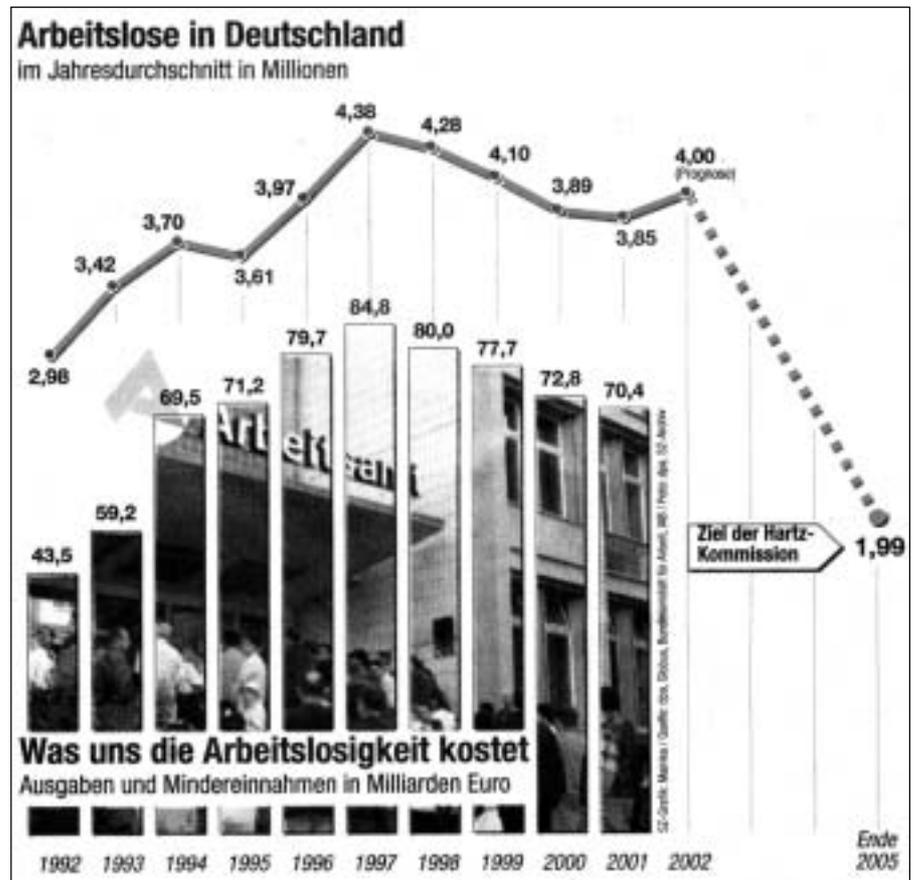
Vorbemerkung: Die angeführten Punkte der Hartz-Pläne basieren auf Veröffentlichungen bis Mitte November 2002. Die gesetzliche Umsetzung wird sich voraussichtlich bis Frühjahr 2003 hinziehen. Veränderungen sind also wahrscheinlich - auch wenn die neue alte Bundesregierung eine Umsetzung „eins zu eins“ verkündete. Mittlerweile ist sie allerdings in wesentlichen Punkten davon abgerückt.

Statistik-Tricks: Daß ältere Arbeitslose nur minimale Chancen haben, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen, ist sicher richtig. „Alle wissen: Die Chance von Senioren, einen Job zu finden, sind in vielen Berufen gleich null ... Bisher müssen sie so tun als ob: Als ob sie wirklich einen Job suchen, wenn sie sich bei ihren Vermittlern melden, zu Vorstellungsgesprächen erscheinen, Bewerbertrainings absolvieren.“ (Spiegel 26/2002, S. 29)

Für Unternehmer sind Lohnabhängige über 50 Jahren tatsächlich altes Eisen - in manchen Branchen zählen schon über 40jährige dazu. Der mainstream der Jugendlichkeit mag da eine Rolle spielen. Wesentlicher scheinen mir ökonomische Überlegungen des Kapitals: Die immer noch mehr zunehmende Arbeitsintensivierung, wie sie sich u. a. in den Zielvereinbarungen ausdrückt, die Beschäftigte auf (meist sehr kurze) Terminvorgaben verpflichten, ist für Ältere in der Regel sicher schwerer zu ertragen als für Jüngere. Zudem können die Unternehmer auf diese Weise Lohnkosten sparen, da die Jüngeren unter dem Druck der Jugendarbeitslosigkeit keine hohen Forderungen stellen können.

Kehrseite dieser Auslese dürfte der raschere Verschleiß der Arbeitskraft dieser jüngeren Lohnarbeiter/innen sein. „Burn-out-Syndrom“ nennen es die Mediziner.

Wenn ältere Arbeitslose über 55 der Arbeitsvermittlung nicht mehr



zur Verfügung stehen, sollen sie Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe ungemindert, einschließlich der darauf entfallenden Sozialbeiträge erhalten. Ob diese Prämisse eingehalten wird, ist ungewiss: „Kürzungen bei Fortbildungen und „...soll das Arbeitslosengeld für Jobsuchende mit Kindern (das können auch Ältere sein) von derzeit maximal 67 % auf 60 % des letzten Nettolohns gekürzt werden. Statt der 7 % Differenz zahlen die Arbeitsämter künftig eine Pauschale von 35 Euro im Monat.“ (Spiegel 44/2002, S. 23) Ansonsten wäre das sicher eine Erleichterung für diese Kolleginnen und Kollegen. Ungünstige Auswirkungen auf die Finanzen der Sozialkassen bleiben natürlich, ebenso Minderungen der Altersrente, doch dies wäre wenigstens keine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand. Anders verhält es sich, wenn solche Arbeitslose in Frührente gehen. Dann sind die Abschläge auf die Rente erheblich.

Für die Möglichkeit der befristeten Einstellung von über 52-jährigen kann man nicht so unbedingt von Folgenlosigkeit sprechen. Falls dies überhaupt zu nennenswerten Einstellungen führen sollte, werden dies vermutlich stressige Jobs zum Ausgleich saisonaler Nachfrage nach Ar-

beitskraft sein. Ist die Nachfrageschwankung nach Arbeitskraft vorbei, wird man die älteren Beschäftigten unproblematisch wieder los.

„Schlagartig würde die Statistik von Hunderttausenden Menschen entlastet,“ schreibt der Spiegel (26/2002, S. 29). Wenn außer den älteren auch Arbeitslose „in den Leiharbeitsagenturen der Arbeitsämter nicht als erwerbslos, weil sie ein festes Jobverhältnis haben.“ (Spiegel 44/2002, S. 17) gelten würden, dann käme man der „Halbierung der Arbeitslosigkeit“ ziemlich nahe - natürlich nur auf dem geduldigen Papier der Statistiken und nicht in Wirklichkeit. Diese statistische „Entlastung“ dürfte wohl der einzige vorzeigbare „Erfolg“ der Hartz-Reformen bleiben.

Leiharbeit

Kernstück der Hartz-Reformen ist die Leiharbeit. „Jedem Arbeitsamt soll künftig eine Agentur angegliedert werden, die Erwerbslose an interessierte Unternehmen ausleiht,“ (Die Zeit v. 15. 8. 02. S. 17). Um den Betrieb dieser „Personal-Service-Agenturen“ (PSA) können sich Ausgliederungen der Arbeitsämter und private Verleihunternehmen bewerben. Letztere scheinen zumindest bisher nicht übermäßig interessiert zu

sein. Offenbar ahnen sie, daß die Nachfrage nach Leiharbeiter/innen nicht nach den Vorstellungen des Herrn Hartz und seiner Kommissäre steigen wird. Die PSA sollen grundsätzlich jedem Arbeitslosen einen Zeitarbeitsjob anbieten. Woher dieser kommen soll, steht nicht in den Reformvorschlägen. Die „Zumutbarkeitsregeln werden deutlich verschärft. Zum Beispiel: „Singles, die arbeitslos bleiben, weil sie nicht umziehen wollen, bekommen weniger Arbeitslosengeld. Nicht mehr die Arbeitsämter, sondern die Arbeitslosen müssen nachweisen, daß sie einen stichhaltigen Grund hatten, ein Jobangebot abzulehnen.“ (SZ v. 7. 11. 02) Die Beweislast wird also umgekehrt. Kürzungen bzw. Sperrzeiten treten ein, wenn Arbeitslose den Beweis nicht zur Zufriedenheit der Arbeitsämter bzw. PSA antreten können.

„Beschäftigte“ der PSA werden für 6 Wochen untertariflich, danach nach Tarif bezahlt. Der Tarif der entleihenden Firma soll auch für Leiharbeiter (einschließlich derer, die vorher nicht arbeitslos gemeldet waren) gelten. Das ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Hartz-Kommission und ein Erfolg gewerkschaftlicher Einflußnahme. Allerdings kommt es darauf an, welche Tarife gelten. „Die Gewerkschaften haben versprochen, Verträge mit Einstiegstarifen auch abzuschließen.“ (SZ v. 16./17. 11. 02) „Einstiegstarife“ sind wohl Billigtarife. Was ist mit PSA-„Beschäftigten“, die nicht „entliehen“ werden können, also bei der Entleihfirma bzw. PSA bleiben?

Die Entgelte in der „Sklaventreiberbranche“ sind minimal. Randstad ist eine der größten Firmen und hat immerhin mit der Gewerkschaft ver.di einen Tarifvertrag abgeschlossen. Der sieht einen Stundenlohn von 6, 20 Euro im Westen und 5,25 Euro in Ostdeutschland vor (lt. Die Zeit v. 15. 8. 02, S. 17). Die Löhne der nicht bis jetzt nicht tarifgebundenen Leiharbeitsfirmen dürften mit Sicherheit

noch niedriger liegen. Häufig hört man von Fällen, in denen geschuldete Löhne nicht oder mit erheblichen Verspätungen bezahlt werden. Andere Arbeiterschwernisse wie häufiger Wechsel kommen hinzu. Eine Firma, die Leiharbeitskräfte braucht, hat

fung aussieht, wird per Saldo keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen (bei gleichbleibender Konjunkturlage) aber das Lohnniveau der Lohnabhängigen tendenziell senken. „Nicht nur Gewerkschaften, auch Volkswirte warnten vor dem 'Dreh-türeffekt': Billige Leiharbeiter verdrängen teure Angestellte.“ (SZ v. 15. 11. 02)

Das Ziel des Kapitals: Die Etablierung eines Niedriglohnssektors ist damit elegant (wenn auch möglicherweise mit Einschränkungen durch Tarife) gelöst. Der bisherige Widerstand der Gewerkschaften wäre unterlaufen.

Job-Center...

sollen bessere Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialämtern sicherstellen. Ein erster Schritt zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe - auch wenn dies bisher noch bestritten wird. Für viele Arbeitslose wird sich das allerdings nicht nachteilig auswirken, da die Arbeitslosenhilfe häufig unter dem Sozialhilfesatz liegt und ergänzende Sozialhilfe beantragt werden kann. Dies trifft besonders bei kinderreichen Familien und Alleinerziehenden zu.

Die Arbeitslosenhilfe soll nicht gekürzt werden - so das Versprechen der Hartz-Kommission und der Bundesregierung. Mißtrauen ist geboten: „Schon im kommenden Jahr sollen die Kriterien verschärft werden, nach denen Arbeitslosenhilfe ausgezahlt wird. Das Sparziel liegt für 2003 bei 2,3 Milliarden Euro - und für die Folgejahre sogar bei rund 5 Milliarden Euro.“ (lt. SZ v. 21. 10. 02) Mittlerweile wird das Kürzungsvolumen auf jährlich 6,5 Mrd. Euro geschätzt (lt. SZ v. 31. 10/1. 11. 02). Wie dies ohne generelle Verminderung erreicht werden kann, bleibt offen. Möglich wäre eine derart exzessive Auslegung der Zumutbarkeits- und Mobilitätskriterien, daß die bei Ablehnung durch die Arbeitslosen fälligen Sperrzeiten oder Kürzungen solchen Größenordnungen nahekommen. Der Effekt für die Arbeitslosen wäre gleich ungünstig.



Spiegel meint, ein Held der Arbeiterklasse

meist Arbeitsrückstände. Stress und Arbeitshetze sind die Folge.

Diese Nachteile kann auch die Kommission und können die bürgerlichen Medien nicht leugnen. Gängiges Argument ist: Auch ein schlechter Arbeitsplatz ist besser als keiner. Diese Argumentation geht an der Tatsache der Konkurrenz unter den Lohnarbeiter/innen vorbei. Nicht allein die bisher Arbeitslosen sind betroffen. Die Arbeiter/innen, die noch einen festen Arbeitsplatz haben, sind der Billigkonkurrenz der PSA-Beschäftigten ausgesetzt. Ein Unternehmer, der billige Leiharbeitskräfte (zu „Einstiegstarifen“ s. o.) bekommen kann, wird keine Arbeitskraft unbedingtet und zu den Tariflöhnen und -bedingungen der jeweiligen Branche einstellen sondern versuchen, zumindest einen Teil der Festangestellten durch Leiharbeiter/innen zu ersetzen. Was nach Arbeitsbeschaf-

Ich-AG und Mini-Jobs

Arbeitslose, die sich selbständig machen und die dabei nicht mehr als 25.000,- Euro verdienen, sollen weniger Sozialabgaben und eine Pauschalsteuer von nur 10 % zahlen. Ob die Schwarzarbeit dadurch vermindert werden wird, muß sich zeigen. Die hohe und immer mehr steigende Zahl der Insolvenzen wird nicht gerade zur Gründung selbständiger Unternehmen verlocken.

Eine der wenigen positiven Reformen der letzten Regierung - die Einschränkung der Zahl der Scheinselbständigen - wird damit zu großen Teilen wieder zurückgenommen: Ich-AG kann natürlich auch ein „selbständiger“ Getränkeausfahrer oder eine Datenerfasserin auf Honorarbasis sein. Im allgemeinen werden diese „Selbständigen“ sich kaum besser stellen als Leiharbeiter.

Die Sozialkassen werden durch die geringeren Sozialabgaben zusätzlich belastet.

Auch die Reform der damaligen 630,— DM-Jobs wird zurückgerudert. Minijobs im Haushalt werden bis zu 500,- Euro/Monat nur mit einer Pauschalabgabe von 10 % belastet.

Job-Floater

Unternehmer sollen für die Einstellung von Arbeitslosen in strukturschwachen Gebieten mit günstigen Darlehen und Lohnzuschüssen belohnt werden. Das Geld dafür soll durch Anleihen aufgebracht werden. Diese Idee hat wohl kaum Chancen auf Verwirklichung. Die Union wird im Bundesrat blockieren. Beim augenblicklichen Stand der Kapitalmärkte wären auch weitere Staatsanleihen in Milliardenhöhe schwer zu plazieren.

Falls doch etwas floatet werden es Mitnahmeeffekte der Unternehmer sein. Für ausgeschiedene Arbeitskräfte (natürlich auch für entlassene) können billige Arbeitslose eingestellt werden und dafür wird noch beim Staat abkassiert. Zusätzliche Arbeitsplätze sind nicht zu erwarten, wenn die Konjunkturlage gleich bleibt. Wenn der Auftragseingang wieder einmal steigt, dann müssen ohnehin Einstellungen (auch von Leiharbeitern) erfolgen. Lohnarbeiter, die nicht für steigendes Auftragsvolumen benötigt werden, sind dem Kapital auch

geschenkt zu teuer.

Zusammenfassung

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind ein umfassender Maßnahmenkatalog, um die Kosten der Arbeitslosigkeit für Staat und (über die „Arbeitgeber“beiträge) Unternehmen deutlich auf Kosten der Arbeitslosen zu verringern und gleichzeitig über die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander das Lohnniveau auch der jetzt noch Beschäftigten tendenziell zu senken.

Mit dem (uneinlösbaren) Versprechen, die Arbeitslosigkeit innerhalb von 2 Jahren zu halbieren, sollen Kritiker dieses Sozialabbaus mundtot gemacht, sie sollen als Feinde der Arbeitslosen und sowieso als „Besitzstandswahrer“ und Fortschrittsverhinderer dargestellt werden.

Zunehmend verschärfte Kontrollen - als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit angepriesen - sollen den Eindruck hervorrufen, die Arbeitslosen seien zumindest in ihrer Mehrheit arbeitsscheu. Die Medien (nicht nur die BILD, auch sogenannte seriöse Zeitungen) tun jetzt schon alles, dies in der öffentlichen Meinung und möglicherweise in der Meinung der Arbeitslosen selbst festzuschreiben.

Die Gewerkschaften mit ihren selbstverständlich immer überhöhten - Lohnabschlüssen werden als zumindest Mitschuldige an der Arbeitslosigkeit dingfest gemacht. In der Tarifrunde im öffentlichen Dienst werden wir das in den nächsten Wochen wieder erleben.

Ihre Möglichkeiten werden durch eine Zunahme der Leiharbeit eingeschränkt. Leiharbeiter/innen sind meist nur allein oder zu wenigen und nur kurze Zeit in den Beschäftigungsbetrieben. Individualisierung, wenig Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen der Stammbeslegschaften sind die Folge. Leiharbeiter sind schwer zu organisieren. Zu Arbeitskämpfen sind sie kaum zu gewinnen. Je mehr die Leiharbeit zunimmt, um so geringer wird die potentielle Basis der Gewerkschaften.

Was tun?

Da die Gewerkschaften seit Jahren vom Klassenstandpunkt abgerückt sind, eine ehemals marxistische (zu Zeiten von Viktor Agartz) und später immerhin noch reformistische

Theorie aufgegeben haben, stehen sie der herrschenden neoliberalen Wirtschaftslehre hilflos gegenüber. Standortdenken bis in Einzelbetriebe und Abteilungen ersetzt nicht nur in den Gehirnen der Vorstände sondern auch in denen vieler Kolleginnen und Kollegen das Ziel einer konsequenten Interessenvertretung der Arbeiterklasse.

Gegen diese Grundeinstellung muß argumentiert werden - auch wenn die Kräfte der linken Gewerkschafter/innen schwach und heterogen sind.

Wo noch Positionen des Widerstands erkennbar sind, müssen sie unterstützt werden. Der ver.di-Landesbezirk Bayern hat z. B. eine kritische Stellungnahme „zu den Vorschlägen aus der Hartz-Kommission“ verfaßt. Auch wenn ich gegenüber einigen Punkten dieser Stellungnahme („expansive Finanzpolitik des Staates und eine expansive Geldpolitik“) nicht ohne Skepsis bin - es wird wenigstens eine Gegenposition zum Neoliberalismus bezogen. Auch die Forderung von IGM und ver.di nach einem Konjunkturprogramm der Bundesregierung fällt unter diese Kategorie. (vgl. Exkurs zur Nachfrage-theorie)

Soweit irgend möglich müssen gewerkschaftliche Gremien gegen den Katalog der Hartz-Kommission Stellung beziehen. Das ständige Zurückweichen vor den scheinwissenschaftlich begründeten Vorstößen der Unternehmer und ihrer christ- oder sozialdemokratischen Agenten in den Regierungen hat weder den Lohnabhängigen noch den Gewerkschaften und am allerwenigsten den Arbeitslosen etwas gebracht. In der veröffentlichten Meinung haben wir eh nichts zu verlieren. Wenn gegen diesen Angriff der Hartz-Kommission auf die Lebensbedingungen der Lohnarbeiter/innen nicht ausreichend Widerstand auftritt, wird der nächste Angriff folgen. Es ist also nichts zu verlieren, wenn Gewerkschafter gegen das Hartz-Papier auftreten - doch vielleicht ein wenig zu gewinnen.

20. 11. 2002

Bericht aus Großbritannien

Wie bereits in den vergangenen Jahren war auch in diesem Jahr der letzte Punkt der Tagesordnung der Bericht unseres Genossen aus England über die *Lage und die politischen Entwicklungen in Großbritannien*. Sein besonderes Augenmerk galt heuer der Entwicklung bei den Gewerkschaften und der Stellung der Blair-Regierung besonders im Hinblick auf einen möglichen Irak-Krieg.

Die bereits bei der letzten Konferenz geschilderte Linksbewegung in den Gewerkschaften hat sich fortgesetzt. Diese Tendenz ist stärker und allgemeiner geworden. Belegt wurde dies durch die Schilderung der Vorstandswahlen bei verschiedenen Einzelgewerkschaften, wo durchwegs linke Führer in Spitzenpositionen gewählt wurden; etliche davon Kommunisten oder Klassenkämpfer, in offener Auseinandersetzung mit Blair-Anhängern.

So war z.B. die Wahl von Derek Simpson, der bis zur KP-Auflösung deren Mitglied war, zum Generalsekretär von AM/CW (einem Zusammenschluß zweier großer Gewerkschaften, der Metallarbeitergewerkschaft AEEU und der MSF, die viele verschiedene Branchen organisiert) ein großer Schock für Blair, die Bosse und Sir Ken Jackson, den rechten Generalsekretär. Dieser wurde von Blair mit einem Videofilm unterstützt, in dem er Simpson als „Extremisten“ bezeichnete.

Jacksons Gewerkschaftssekretäre wurden obendrein beim Wahlfälschen ertappt. Sie hatten unter anderem die gleichen Mitglieder in verschiedenen Branchen der Gewerkschaft jeweils abstimmen lassen (und somit mehrfach), um Jackson zu unterstützen. Der verantwortliche Gewerkschaftssekretär für London wurde gefeuert, der aber jetzt sagt, daß Jackson bei den Treffen anwesend war, bei denen der Schwindel geplant wurde.

Der Referent schilderte auch den Fall einer anderen Gewerkschaft, bei der ebenfalls ein linker Vorsitzender gewählt wurde. Der alte (rechte)

Vorsitzende berief daraufhin den alten (rechten) Vorstand ein und ließ sich von diesem wiederum zum Vorsitzenden „wählen“. Gegen das Ergebnis der eigentlichen Neuwahl ging er – entgegen dem Anraten seiner politischen Freunde – gerichtlich vor und wollte es nicht anerkennen. Das Gericht bestätigte aber die Wahl des neuen linken Vorstands.

Die Wahl vieler linker Gewerkschaftsvorstände führte auch zu einem Linksrutsch bei der jährlichen Generalversammlung der Gewerkschaften der TUC. Dieser Kongress war im letzten Jahr ja wegen der Ereignisse des 11. September abgebrochen worden. Bei der ersten Abstimmung per Akklamation über eine dort vorgeschlagene Resolution gegen einen Krieg gegen den Irak erhielt diese eine Mehrheit. Der Vorsitzende ließ jedoch die Wahl per Stimmentzettel wiederholen. Dabei heben die Einzelgewerkschaften die Stimmenzahl ihrer jeweiligen Mitglieder. Die großen Gewerkschaften stimmten gegen die Resolution, um Blair vor einer Blamage zu bewahren. Die Vorlage erhielt aber immerhin auch hier noch eine Zustimmung von 40 %. Angenommen wurde schließlich eine Resolution gegen einen Krieg gegen den Irak, außer wenn er von der UNO gebilligt würde. Der Kongress war ein wesentlich militanteres Treffen als er es jahrelang gewesen war.

Ähnlich war es beim diesjährigen Parteikongress der Labour-Party. Die Vorlage des nationalen Exekutiv-Komitees, das von Blair-Anhängern dominiert wird, zum Irak wurde zurückgezogen, als sich eine Niederlage abzeichnete. Stattdessen wurde der Vorschlag angenommen, einem Krieg gegen den Irak nur zuzustimmen, wenn er von den Vereinten Nationen gebilligt würde (wie beim TUC-Kongress). Auch hier erhielt eine Vorlage, die den Krieg vollständig ablehnte einen, Stimmenanteil von 40 %.

Mit seiner Stellung zum Irak-Krieg ist Blair völlig isoliert, sowohl in der Gewerkschaftsbewegung als auch in der Bevölkerung. In Mei-

nungsumfragen wird der Krieg von 70 % der Befragten abgelehnt. Auf dem Parteikongress durften auch nur Delegierte bei der Irak-Debatte sprechen, die Blair unterstützten.

Nach Protestrufen erhielten nur ganz wenige seiner Gegner Rede-recht. Als der Minister Paul Boateng eine Rede hielt, um die Regierung zu verteidigen, wurde er durch Buhrufe und langsames Händeklatschen gestört. So etwas hatte es seit langer Zeit nicht mehr gegeben.

An der Demonstration gegen einen Krieg gegen den Irak nahmen am 28. September 300 000 Menschen teil, manche sagen auch 400 000.

Eine weitere Niederlage erhielt Blair auf dem Kongress bei dem Vorhaben das Gesundheits- und Erziehungswesen für Privatfirmen zu öffnen.

Im allgemeinpolitischen Sektor gibt es noch keine Auswirkungen des Linksrucks in Großbritannien. Blair ist zwar unbeliebt, aber ohne Alternative. Die Konservativen befinden sich in einer existentiellen Krise. Die Liberaldemokraten verspüren zwar etwas Oberwasser, sie streiten sich aber darüber, ob sie Opposition von einem Standpunkt links von Labour machen sollen, wie ein Teil von ihnen das möchte, oder ob das eine Aufgabe der Parteiprinzipien bedeutet und ihre Position nach wie vor in der Mitte des Spektrums bleiben müsse., wie ein anderer Teil fordert.

Auf der militanten Linken hat die „Socialist Alliance“ keine Basis im Gegensatz zur „Scottish Socialist Party“, die sogar im schottischen Parlament vertreten ist.

Die beste Perspektive für die Linke in Großbritannien ist die Gewerkschaftsbewegung.

Zusammenfassend stellte der Genosse fest, daß die Entwicklung in Großbritannien eine positive ist: Die Gewerkschaften bewegen sich nach links und gewinnen neue Arbeiterschichten, ein durchaus positiver Prozeß.

Siemens AG München Bericht aus der Hofmannstraße

„Die Familie Siemens gibt es nicht mehr“ (Heribert Fieber, Betriebsratsvorsitzender)

Mitte August 2002 hat die Betriebsleitung des Standortes Siemens Hofmannstraße mitgeteilt, dass sie plant, bis zum 30.09.2002, also binnen sechs Wochen, 2.600 von 10.300 Arbeitnehmern zu entlassen. Diese Absicht bezieht sich im Wesentlichen auf den Bereich ICN (Festnetz), wo durch die Entlassung weiterer 2.300 Mitarbeiter die Belegschaft auf 4.300 Mitarbeiter reduziert werden soll. Im Bereich der Mobilnetze (ICM N) sollen 300 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Dafür hat man sich ein raffiniertes Entsorgungssystem, kombiniert mit einer kleinen Recycling-Anlage ausgedacht. Damit der Bereichsvorstand keine „betriebsbedingten“ Kündigungen aussprechen muss, sollen die 2.600 „freiwillig“ ihren Arbeitsplatz räumen, zu Gunsten eines auf ein Jahr befristeten Jobs in einer externen „Beschäftigungsgesellschaft“. Ein reiner Etikettenschwindel, denn Beschäftigung gibt es in dieser nicht, sondern „Kurzarbeit 0“. In den 12 Monaten sollen die Mitarbeiter für den Arbeitsmarkt „qualifiziert“ werden. Was unter „Qualifizierung“ wirklich gemeint ist angesichts der Tatsache, dass die betroffenen Mitarbeiter allesamt hochqualifizierte Fachkräfte sind, stellte sich schnell heraus: Die Mitarbeiter sollten ihren „mind set“, also ihre Einstellung zur Erwerbsarbeit ändern, vor allem dahingehend, dass sie zukünftig zur Marktbedingung, also mit 20 – 30 % weniger Lohn bei längeren und flexibleren Arbeitszeiten arbeiten müssen. Je nach Marktnachfrage werden dann geeignete Arbeitnehmer aus der Beschäftigungsgesellschaft in die Auffanggesellschaft „übernommen“. „Auffanggesellschaft“ meint eine Arbeitnehmerüberlassungsfirma, die ihre Angestellten auf dem Leiharbeitermarkt anbietet. Etwaige tarifvertragliche Rechte stünden noch in den Sternen. Auch der Verleih zur



Demonstration der Siemens-Beschäftigten auf dem Münchner Marienplatz

Siemens AG, selbst zu ICN, ist juristisch möglich. So kann ICN, sollte sich herausstellen, dass durch den Personalabbau der Geschäftsbetrieb zusammenbricht, die eingearbeiteten Arbeitskräfte von der Auffanggesellschaft „leasen“. Die Firma geht davon aus, dass zu Beginn ca. 300 Mitarbeitern ein projektbezogener, befristeter Arbeitsplatz in der Auffanggesellschaft angeboten werden kann. Dieses System ist auf Dauerbetrieb angelegt. Siemens antizipiert hier die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Deregulierung des Arbeitsmarktes. Nach Hartz soll die Einsatzzeit von Leiharbeitern pro Betrieb unbegrenzt sein. Bisher war das auf maximal 2 Jahre limitiert. Siemens könnte dadurch sukzessive seine Stammbeslegschaft abbauen und durch Leiharbeiter ersetzen. Im gesamten IT-Bereich würde so ein krebsartig wuchernder Billiglohn-Sektor geschaffen. Kein Wunder, dass die IT-Branche die Hartz-Vorschläge begeistert begrüßte. Gerade in der IT-Branche könnten befristete Arbeitsverträge und das „Austesten von Leih-Mitarbeitern den Spielraum vieler Unternehmen vergrößern“, heißt es in einer Presseerklärung. Das Siemens-

Modell dürfte auch bei anderen Konzernen und Branchen Schule machen.

Der Betriebsrat ist mit derartigen Modellen von Personalplanung ganz und gar nicht einverstanden und schlägt stattdessen eine Arbeitszeitverkürzung von 20 % in Form von Kurzarbeit, evtl. auch gemäß Beschäftigungssicherungstarifvertrag der IG Metall vor. Dieser überaus vernünftige Vorschlag wurde vom Management rundweg abgelehnt.

Im Betriebsrat ist die IG Metall die stärkste Fraktion. Die anderen Gruppierungen sind die AUB (Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsräte), Für UNS (Nichtraucher-schutz), UHL (auch Unabhängige) und ver.di (= ehemals DAG/AN).

Die Hälfte der Belegschaft ist im übertariflichen Bereich beschäftigt. Der Organisationsgrad bei der IG Metall ist unter 10 %.

Der Betriebsrat entwickelte eine Doppelstrategie: eine außerbetriebliche Öffentlichkeit schaffen und schnelle Informationen über den jeweiligen Verhandlungsstand an die Belegschaft.

Der Betriebsrat schrieb einen Brief an den Bundeskanzler: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, bitte

setzen Sie sich ganz persönlich für unsere Anliegen ein. Wir wissen, dass sie zu Herrn Dr. von Pierer gute und sachliche Verbindungen haben. Diese zu nutzen, für unsere berechtigten Anliegen, nämlich den Erhalt von Arbeitsplätzen, ist unsere Bitte und dürfte auch in Ihrem Interesse liegen.“

Im Stadtrat von München brachte die CSU eine Resolution ein, in der sie den Stadtrat aufforderte, sich uneingeschränkt hinter die Forderung des Betriebsrats zu stellen und den Oberbürgermeister beauftragte, diese Forderung bei der Konzernzentrale vorzubringen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Betriebsintern fanden je nach Verhandlungsstand Bereichs- bzw. Betriebsversammlungen statt. Auch das Personalbüro und die Bereichsleitung organisierten Info-Veranstaltungen.

Die IG Metall startete eine Mitglieder-Werbekampagne. Die KollegInnen, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Beitrittserklärung unterschrieben, hatten ab 1.10. bereits Kündigungsschutz. Über 800 neue Mitglieder fanden den Weg zur IG Metall.

Das betriebsinterne Intranet wurde nicht nur von den Betroffenen sehr rege für Informationsaustausch genutzt. In einigen Abteilungen entstanden selbstorganisierte Arbeitsgruppen, die konkrete Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung erarbeiteten.

Im Oktober demonstrierten ca. 2.500 SiemensianerInnen vor der Konzernzentrale am Wittelsbacher Platz. Die Münchner Presse und die überregionalen Tageszeitungen SZ und Münchner Merkur berichteten über die Aktionen und den Verhandlungsstand. Im Bayerischen Fernsehen und Rundfunk wurden Betriebsräte zu Interviews und Diskussionsrunden eingeladen. Viele Betroffenen erlebten in dieser Zeit einen Wandel ihrer Werte. Die von ihnen geleistete hochqualifizierte Entwicklungs-, Forschungs- und Vertriebsarbeit war plötzlich nur noch Kostenfaktor. Das Individuum wird im kapitalistisch organisierten Arbeitsprozess je nach Bedarf „freigestellt“. Die Auffanggesellschaft wurde durchaus als „Billiglohnsektor“ im IT-Bereich

erkannt. Dass auf die in der Siemens AG verbleibenden MitarbeiterInnen sich der Existenz- und Arbeitsdruck verschärfen wird, haben viele erkannt.

Am 24.10.02 wurde nach vielen Gesprächen in insgesamt 11 Verhandlungsrunden zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung geschlossen. Vorgesehen ist ein Maßnahmenbündel, das aus vier Komponenten besteht:

1. Insourcing externer Dienstleistungen. Dies entspricht einem Kostenfaktor von ca. 250 Arbeitsplätzen, die dadurch erhalten werden können.

2. Die Verkürzung der Arbeitszeit. 2,5 Stunden pro Woche. Dies kommt rechnerisch einer Personalanpassung von ca. 350 Stellen gleich.

3. Gründung einer bereichsinternen Einheit zur Qualifizierung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. In diese Einheit werden ca. 1.100 MitarbeiterInnen überführt.

4. Für weitere 300 MitarbeiterInnen werden einzelvertragliche Regelungen gefunden.

Dieser Kompromiss ist ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses. Die Kapitalseite konnte die geplanten Massenentlassungen und noch weitere Arbeitszeitverdichtung für die Restbelegschaft nicht verwirklichen. Die externe Auffanggesellschaft ist weg. Die Arbeitszeitverkürzung muss für die außertariflichen MitarbeiterInnen mit einem Einzelvertrag akzeptiert werden. Für die tariflichen Angestellten tritt sie in Kraft. Es sind 2,5 Stunden pro Woche ohne Gehaltsausgleich. Die Veränderung für die KollegInnen ist sehr groß. Für den Einzelnen oder auch im Team muss die Arbeitszeitplanung gegen den Termindruck durchgesetzt werden. Das ist ein emanzipatorischer Schritt, der Mut und Ausdauer erfordert. Gelingt das nicht, oder nur ungenügend, sind bei der nächsten Krise oder Rationalisierung wieder einige hundert MitarbeiterInnen in der bereichsinternen Auffanggesellschaft, die dann später zur Arbeitslosigkeit führt.

Hans Reiserer

Quellennachweis:
Broschüren der IG Metall

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3,-/Abo € 13,-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 137: 31. Jg., Herbst 2002, 40 S.

- Keine Stimme den Kriegsparteien
- Linke Anpassung an bestehende Verhältnisse
- Wege und Holzwege (Klassenkampfaspekte)
- Zur Mehrdorns Bahn"reform"
- Nachdruck zum Nahostkonflikt

Nr. 136: 31. Jg., Sommer 2002, 40 S.

- Der Streik in der Metallindustrie
- Zur Entwicklung in der PDS
- Die Linke in Deutschland
- Vom Handelskapital zur Globalisierung
- Interview mit dem Autor (s.o.)
- Gegenden Strom (Rezension der Neuauflage)
- Abendrothbiographie (Rezension)

Nr. 135: 31. Jg., Frühjahr 2002, 48 S.

- Von der Dominanz zur Weltherrschaft
- Linke: Abkehr vom Antiimperialismus
- Zum Demonstrationsverbot in München
- PDS: Kapitulation in Berlin
- Tarifrunde: „Es muss kräftig mehr Geld geben“
- Neonazis in Sachsen

Nr. 134: 30. Jg., Dezember 2001, 40 S.

- Staatsterrorismus der USA
- Der PDS-Parteitag
- Gewerkschaftsvorstände als Bereicherungsclique
- Die Antiglobalisierungsbewegung
- Kein Ende des Sozialabbaus
- Die „Gnade der Ausbeutung“
- KPD und andere in der Weimarer Republik

Nr. 133: 30. Jg., September 2001, 40 S.

- Intervention in Mazedonien
- Zwickels Verrat
- Vor dem PDS-Parteitag
- Gesundheits„reform“
- Neo-Nazis in der Sächsischen Schweiz
- Brandler Biographie (Rezension)
- KPÖler in Moskau (Nachdruck)

Nr. 132: 30. Jg., Juni 2001, 40 S.

- 1. Mai in Augsburg: Gewerkschaften gehen - die Faschisten kommen
- Solidarität für was? Gefühl oder marxistische Analyse
- Revolutionäre Bewegungen in Kolumbien
- Gedanken zur Globalisierung
- Deutscher Rechtsextremismus (Rezension)

Nr. 131: 30. Jg., März 2001, 40 S.

- „Reformen“ und Gewerkschaften
- Rentenreform = Lohnabbau + Rentenkürzung
- Scharpings Kriegslügen
- Vor 50 Jahren: Krieg in Korea
- Die Kämpfe in Spanien 1937
- Autobiographie Ted Bergmanns (Rezension)
- Nachrufe: Hilde Keller / Heinz Kundel

Register: 1981 – 1989, 1971 - 1975, 1976 – 1981;
zum Preis von je einem €

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Zum hundertsten Geburtstag eines konsequenten Antifaschisten

Der Attentäter aus der Arbeiterklasse

Geboren am 04.01.1903: Zur neueren Biografie von Hellmut G. Haasis über den Hitler-Attentäter Georg Elser

Die Meldung von einer Bombenexplosion im Münchner Bürgerbräukeller erreichte den Hauptredner des Abends im Sonderzug bei einem Zwischenhalt in Nürnberg auf dem Wege nach Berlin. „Glück muß der Mensch haben“, kommentierte Adolf Hitler den Umstand, früher als gewohnt den Ort seines Bierkellerputsches vom 8. November 1923 verlassen zu haben. Nun, sechzehn Jahre später, herrschte seit dem Feldzug gegen Polen im September seit zwei Monaten wieder Krieg in Europa. Unstimmigkeiten mit dem Oberkommando der Wehrmacht über Angriffsabsichten gegen Frankreich bewogen den Faschistenführer zur pünktlichen Präsenz am anderen Morgen in Berlin. Ein geplanter Flug erst zu dieser Zeit von München aus wurde wegen der unsicheren Herbstwetterlage abgesetzt.

Wer hatte die „sprengtechnisch an günstigster Stelle“ platzierte Bombe in einer Deckentragsäule hinter dem Rednerpult installiert, die am 8. November 1939 gegen 21.20 Uhr sieben sogenannte „alte Kämpfer“ und eine Aushilfskellnerin tötete?

Entgegen aller noch jahrzehntelangen fortwährenden Legendenbildung stellte der Münchner Untersuchungsrichter Dr. Naaf bereits 1950 die Alleintäterschaft des aus Königsbrunn in Württemberg stammenden Schreiners Georg Elser (1903-1945) amtlich fest.

In der jetzt als Taschenbuch vorliegenden neuesten Biografie des Georg Elser ist es dem Autor Hellmut G. Haasis gelungen, mit einer an filmischen Sequenzen orientierten Kapitelfolge Ausführung, gesellschaftlichen Hintergrund und Planung des Attentats so zu verdeutlichen, das dem in seiner historischen Tragweite längst nicht hinreichend begriffenen Vorgang mehr Bedeutung als bisher zugemessen werden muß. Dem Erkenntnisstand über den puren Hergang des Attentats ist nichts mehr

hinzuzufügen. Wohl aber erlaubt die Sicht auf die Herausbildung der Motivlage des Attentäters bislang unterlassene Überlegungen auf die Stimmungslage in der Arbeiterschaft im faschistischen Deutschland in den „Erfolgswahren“ des Regimes und wie sich diese Umstände in der Person des Georg Elser gleichsam in den Willen zur Tat verdichten. Auch wenn der Autor trotz seiner Belege es gar nicht so in den Vordergrund stellt: Georg Elser wagte die alles überragende Tat des Arbeiterwiderstands im deutschen Faschismus, motiviert aus seiner Klassenlage und im Endeffekt fast „erfolgreich“, weil er außerhalb etwaiger Widerstandszirkel der zerschlagenen organisierten Arbeiterbewegung bewußt als „Einzeltäter“ operierte. Mit Glück und Geistesgegenwart bis kurz vor den Anschlag wäre beinahe etwas gelungen, was völlig jenseits der herkömmlichen Handlungsoptionen der Arbeiterbewegung in Deutschland lag. Dies umso mehr, wo doch diese organisationspolitisch so stolze Bewegung vor dem Aufkommen des Faschismus kampfflos und schmachlich versagte, denn eine Chance auf massenhafte Einheitsfrontaktionen, um die Machtübergabe an die Nazi-Partei zu blockieren, war noch bis Anfang 1933 gegeben.

Der erhalten gebliebene Text des Vernehmungsprotokolls vom 19.11.1939 bietet für die biografische Recherche eine Fülle von Hinweisen und wurde entsprechend vom Autor genutzt. Die eingehende Textanalyse erlaubt dem Autor aber weit mehr Aufschlüsse und bietet genug Belege, um die Behauptung zu stützen: „Der zum Attentat entschlossene Pazifist wurde akzeptiert, der Kämpfer für Arbeiterinteressen fiel geflissentlich unter den Tisch.“ Aus seinen Erfahrungen als Heranwachsender im I. Weltkrieg wäre Elsers Einstellung als „Kriegsgegner“ hier präziser formuliert. Soweit er sich recht geschickt bemühte, keine weiteren Personen im

Verhör als Verdächtige erscheinen zu lassen, ist dem Autor jedoch voll zuzustimmen: „Wenn er sich zur Politik äußert, spricht er flüssig und ausführlich über die wirtschaftliche Kritik der Arbeiter am Regime, und hier muß die Gestapo ihm nicht alles aus der Nase ziehen.“ Elsers präzise Aussagen decken die soziale Funktion des faschistischen Regimes besser auf als so manches Geheuchel an irgendwelchen Gedenktagen. „Nach meiner Ansicht haben sich die Verhältnisse in der Arbeiterschaft nach der nationalen Revolution in verschiedener Hinsicht verschlechtert. So z.B. habe ich festgestellt, daß die Löhne niedriger und die Abzüge höher wurden. Während ich im Jahre 1929 in der Uhrenfabrik in Konstanz durchschnittlich 50,- RM wöchentlich verdient habe, haben die Abzüge zu dieser Zeit für Steuer, Krankenkasse, Arbeitslosenunterstützung und Invalidenmarken nur ungefähr 5,- RM betragen. Heute sind die Abzüge bereits bei einem Wochenverdienst von 25,- RM so hoch. Der Stundenlohn eines Schreiners hat im Jahre 1929 eine Reichsmark betragen, heute wird nur noch ein Stundenlohn von 68 Pfg. bezahlt. Es ist mir erinnerlich, daß 1929 sogar ein Stundenlohn von 1,05 RM tarifmäßig bezahlt worden ist. Aus Unterhaltungen mit verschiedenen Arbeitern ist bekannt, daß auch in anderen Berufsgruppen nach der nationalen Erhebung die Löhne gesenkt und die Abzüge größer wurden. (...) Die seit 1933 in der Arbeiterschaft von mir beobachtete Unzufriedenheit und der von mir seit Herbst 1938 vermutete unvermeidliche Krieg beschäftigten stets meine Gedankengänge. (...) Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte.“

Diese Aussagen mögen genügen, die These zu stützen, das die Tat von einem Individualisten ausgeführt wurde, als solche aber auch aus einem nicht zersetzten existenten Ar-

beitemilieu erfolgte. Bei alledem kommen dann zentrale Komitees und Auslandskonferenzklärungen nicht vor. Ein Grund, so Haasis, das der Attentäter im antifaschistischen Schrifttum der DDR nicht auftaucht. „(...) den Anschlag hatte es für die DDR-Geschichtsschreibung einfach nicht gegeben.“ Dies gilt jedoch auch für westdeutsche Publikationen zur Arbeiterbewegung. Der Stellenwert des Georg Elser im Kontext des Arbeiterwiderstandes gegen den Faschismus findet selbst in empfehlenswerten Gesamtdarstellungen keine Berücksichtigung.

Indem Hellmut G. Haasis sogar weitere Fakten zum Verständnis dieses deutschen Dramas beibringt, dürfte jetzt die Quellenlage zu dem Thema weitgehend ausgereizt sein. Allein die Rekonstruktion der letzten Phase des Lebens von Georg Elser im KZ Dachau klärt wichtige Details über die Umstände seiner Liquidation durch einen SS-Mann. Den Krieg über „geschont“, um nach dem „Endsieg“ als Kronzeuge in einem inszenierten Schauprozeß zu dienen, sagte er dort angelangt einem Bewacher: „Meine Tage sind gezählt, das weiß ich längst.“

Versehen mit thematisch passenden Fotodokumenten liegt mit der preisgünstigen Taschenbuchausgabe ein sehr nützlicher Titel antifaschistischer Literatur vor, der allgemeinverständlich an die Lebenssituation im faschistischen Deutschland zu jener Zeit heranführt und dennoch nicht an wissenschaftlicher Substanz verliert. Man mag die Haltung Georg Elser nur schon deswegen vorbildlich nennen, weil seine kritisch reflektierte eigene Interessenlage ihn bewog, sein Vorhaben zielstrebig anzugehen. Bombenbasteln jedoch steht unter heutigen Verhältnissen im politischen Kampf völlig außer Frage. Aber was wirksames politisches Engagement mit der eigenen Interessenlage am jeweiligen gesellschaftlichen Ort zu tun hat – dieser Frage ist nach der Lektüre dieses Buches nicht auszuweichen.

Hellmut G. Haasis:
„Den Hitler jag' ich in die Luft“
Der Attentäter Georg Elser
Eine Biografie
Rowohlt Berlin 2001
271 Seiten, 8,50 Euro

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht Manfred Scharrers „Aufklärung“

L iteratur und kleinere Arbeiten über Leben, Wollen und Wirken von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, liegen inzwischen in Deutschland in erfreulicher Breite vor. Wobei Rosa Luxemburg allerdings mehr Beachtung gefunden hat, was nicht zuletzt daran liegt, daß Karl Liebknecht viel tiefer in der politischen Alltagsarbeit steckte. Die Beurteilungen reichen von verklärender Begeisterung bis zu vollkommener Ablehnung. Es wird dem neugierigen Leser also nicht ganz einfach gemacht, ein realistisches Bild zu gewinnen.

So kommt nun der „Gewerkschaftsfunktionär“ Manfred Scharrer (Leiter der ver.di Bildungsstätte Moosbach/Baden) mit einem Buch von 192 Seiten daher, um mit den positiven Legenden um Rosa und Karl gründlich aufzuräumen. Es gelingt ihm nicht, es konnte ihm auch gar nicht gelingen, da Scharrer voller Vorurteile an die Arbeit gegangen ist. Das sorgfältige Studium der Quellen hätte ihn eines Besseren belehren können, aber das geschah aus dem einfachen Grund, daß Scharrer nur „Belege“ für seine Vorurteile sucht und nutzt, nicht.

Scharrer denkt nicht daran, die Welt, in der Rosa und Karl zu wirken versuchten, auch nur ansatzweise realistisch darzustellen. Es fehlen fundierte Hinweise auf die ideologische Zerrissenheit der Sozialdemokratie schon im kaiserlich-militärischen Obrigkeitsstaat. Von einer nüchternen Analyse, was sinnvoll und machbar gewesen wäre, warum Rosa und Karl zu ganz anderen Ergebnissen kamen als viele ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zeitgenossen, findet sich bei Scharrer so gut wie nichts. Er hat seine Schuldigen gefunden, auf die wird eingedroschen, hübsch untermauert mit allen möglichen und unmöglichen, oft aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten.

Bei dem nicht „vorbelasteten“ Leser könnte der Eindruck entstehen, daß an allen Fehlentwicklungen in der Sozialdemokratie und in Deutschland von 1900 bis 1919 Rosa und Karl Schuld waren. Dabei haben sie sich bis 1914 gar nicht sonderlich gut gekannt.

Ihr Einfluß auf die Politik, auch nur der Partei war bescheiden. Im ersten Weltkrieg waren sie lange inhaftiert. Auf die sich mit dem Zusammenbruch der Kriegsdiktatur entwickelnden revolutionären Bestrebungen hatten sie nur wenig Einfluß, denn von der Entlassung aus Gefängnis und Zuchthaus, bis zu ihrer Ermordung blieben ihnen nur wenige Wochen.

Betrachtet man ihr Lebenswerk vorurteilsfrei, so kann man sie getrost zu den besten und originellsten Köpfen der damaligen deutschen Arbeiterbewegung zählen. Sie haben sich natürlich auch geirrt, sie haben Fehler gemacht, sie haben sich von ihren Träumen und Wünschen oft über Gebühr leiten lassen. Aber gilt das nicht ebenso, wenn nicht noch viel mehr für ihre Gegner in der gespaltenen Sozialdemokratie?

Der Schatten des Bismarckschen Reiches, eines halbfeudalen Militärstaates, mit einer Vielzahl verblendeter Politiker und Beamter in Spitzenfunktionen, lag von Beginn an über der halbherzig gewagten Republik von Weimar. Dort hätte angesetzt werden müssen! Das hatten Luxemburg und Liebknecht klar erkannt. Die Sozialdemokraten aber suchte das Bündnis mit den alten Mächten, die schon bald die Bühne wieder beherrschen sollten.

Das führte zum Zerfall der Republik, öffnete Hitler und seinen zahlreichen Helfershelfern Tür und Tor, führte in den nächsten Weltkrieg, mit Verbrechen bis hin zu Massen- und Völkermord.

Aber das sieht Scharrer nicht, ihm reicht es eine „Legende“ zu zerstören!

Kurz: eine Veröffentlichung, die primär zur Vernebelung beiträgt, in der die Subjektivität gelegentlich bis zur Gehässigkeit ausartet, ein überflüssiges Buch, zudem noch so schlecht geschrieben, daß es zum Glück nicht viele Leser finden wird, die sich bis zum bitteren Ende durchkämpfen werden.

Peter Bernhardt

Manfred Scharrer:
„Freiheit ist immer ...“
Die Legende von Rosa & Karl.
Verlag Transit.
Berlin 2002, 192 Seiten, 16,80 €.

Arbeitszeit und Lebensqualität

Kommt die arbeitszeitpolitische Debatte in den Gewerkschaften wieder in Gang? Ein kürzerer Arbeitstag ist als wirkliches Reformprojekt für die lohnabhängig Beschäftigten wiederzuentdecken. Ein Hinweis auf eine unverzichtbare Studie zur Problemlage

Die Zunahme der Produktivität im gesellschaftlichen Durchschnitt um jährlich rund zwei Prozent findet hierzulande in der öffentlichen Darstellung beständig beiläufige positive Resonanz. In Bezug auf die Frage, ob erhöhte Arbeitsproduktivität nicht kürzere Arbeitszeiten für alle erlaubt, ist seit bald zehn Jahren in Deutschland ein gedanklicher Aussetzer eingetreten. Mehr noch: Die geleistete wöchentliche Arbeitszeit hat seitdem wieder zugenommen und liegt durch Überstundenableistung im Schnitt bei vierzig Stunden. Das ist ein Rückfall auf den nach 1966 bereits erreichten tariflichen Standard. Möglich wird dies durch eine geltende Arbeitszeitgesetzgebung, die phasenweise eine 60-Stunden-Woche zuläßt. Der gewerkschaftliche Verzicht auf weitere tariflich abgesicherte Arbeitszeitverkürzung seit bald zehn Jahren hat die Umkehrung der Arbeitszeitentwicklung begünstigt. Mit der Fixierung der 35-Stundenwoche Mitte der neunziger Jahre in der Metall- und Druckindustrie schien die Phase einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung für deutsche Verhältnisse vorerst abgeschlossen. Eine weite Auffächerung der tariflichen Fortschreibung kommt inzwischen immer mehr den Flexibilisierungsinteressen der Unternehmer entgegen. Die Abweichung vom allgemeinen Standard der Arbeitszeit nach oben oder unten für Beschäftigte und Betriebe gilt als Lösung der Beschäftigungskrise. Fehlende Beschäftigungsalternativen zwingen die Belegschaften, florierende Geschäftsentwicklungen als dauerhafte Garantie des eigenen Arbeitsplatzes zu begreifen und deswegen eine hohe Konzessionsbereitschaft gerade in Bezug auf die Arbeitszeitgestaltung einzubringen. Und auch Gewerkschaftsmitglieder wollen in erster Linie „Geld“ sehen. Geringe Lohnsteigerungen bei mehrjährigen Laufzeiten fördern nicht das Interesse an allgemein geltenden Arbeitszeitverkür-

zungen mit positiven Effekten auf die Beschäftigungsintensität, wenn die Entwicklung der Lohneinkommen keine spürbaren Kaufkraftzuwächse erwarten läßt. Mit seiner Studie „Weniger ist mehr – Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftspolitik“ gibt der Sozialwissenschaftler Steffen Lehndorff wichtige aktuelle Anstöße zum gesellschaftspolitischen Stellenwert von Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung produktiver Arbeitsumverteilung und liefert überzeugende Argumente für die Wiederaufnahme einer eben nicht nur tarifpolitischen Zielsetzung von Gewerkschaftspolitik, sondern auch für die gesetzliche Verankerung und Flankierung arbeitszeitgesetzlicher Regulation, die eine wöchentliche Arbeitszeit von höchstens vierzig Stunden vorschreiben müßte, um überhaupt Zeitkorridore abzusichern, in denen ein möglicher wie notwendiger Sechsstundentag als allgemeiner Normalarbeitstag gesellschaftliche Gestalt und Gewohnheit gewinnen könnte. Um illusionäre Zieldefinitionen zu vermeiden, sind u.a. zwei entscheidende Tendenzen einzukalkulieren: In der Tat gewinnt (Arbeits-) Zeit als Konkurrenzparameter wachsende Bedeutung hinsichtlich ihrer unmittelbaren Verfügbarkeit in der betrieblichen Verwertungslogik. „Die Wachstumsbegrenzungen auf den Produktmärkten, die neue Schlüsselrolle der Finanzmärkte sowie der unmittelbare Wettbewerb großer Anbieter auf dem Weltmarkt bewirken eine enorme Verstärkung der Konkurrenz und des Kostensenkungsdrucks bis in die organisatorischen Verästelungen und Dienstleistungen hinein.“ Zudem verändert die zunehmende Erwerbsorientierung von Frauen das gesellschaftliche Arbeitskräfteangebot. „Unter gesellschaftlichen Bedingungen, die Frauenerwerbstätigkeit als Basis eigenständiger Existenzsicherung eher behindern (der britische Weg), droht eine Ausweitung der Teilzeitarbeit als Ersatz für weitere Verkürzungen der

Standardarbeitszeit in die Sackgasse einer geschlechtsspezifischen Arbeitszeitpolarisierung zu führen. Dies kann sogar eine durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung nach sich ziehen.“ Unter Umständen, deren „naturwüchsiges“ Wirken sich selbst überlassen bliebe, wäre eine egalitäre Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen so nicht erreichbar. Insbesondere der Einzelhandel als Sektor geschlechtsspezifischer Arbeitszeitverteilung setzt hier negative Beispiele, wenn eine aus Kundenorientierung erwachsene individualisierte Arbeitszeitorganisation außergewöhnliche Schwankungen des Arbeitszeitsystems mit sich bringt und geltende Arbeitszeitstandards permanent unterlaufen werden. Dies ist eine Seite der Polarisierung von Arbeitszeiten und Tätigkeiten, die auf fremdbestimmte festgelegte Einzelarbeiten oder kooperative, abwechselnde partizipative Tätigkeiten am anderen Ende der Anforderungsskala hinauslaufen. Arbeitszeit am unteren Ende der Qualifikationsstandards wird immer stärker aufgeteilt, während am oberen Ende hochqualifizierte Arbeitskräfte immer länger arbeiten. Ein verbreitetes gesellschaftliches Arbeitsvermögen für anspruchsvolle Arbeiten, für sich ein erhöhtes Potential der produktiven Elemente einer modernen Gesellschaft, setzt demnach die Reduzierung der Arbeitszeit von höher Qualifizierten geradezu voraus. Denn wie sonst soll mehr Menschen die Chance zu mehr anspruchsvoller Arbeit gegeben werden, wenn nicht eine Minderheit diese Tätigkeiten auf Dauer in entgrenzten Arbeitszeiten für sich monopolisiert? Ohne weitergreifende Einsicht in die eigene Motivlage wird aber letztlich kein Wille bei den abhängig Beschäftigten dahingehend zu mobilisieren sein, weitere Arbeitszeitverkürzung als für sich vorteilhaft zu begreifen. „Die Situation, in der die Beschäftigten selber sich nicht für ihre Arbeitszeit interessieren, sondern aus Spaß an der Arbeit, Ehrgeiz,

Sorge um den Arbeitsplatz und vielen anderen Momenten jegliche Arbeitszeitregulierung, sei sie tariflicher oder gesetzlicher Natur, als Behinderung und nicht als Schutz empfinden, wird gegenwärtig in den Medien gerne zu *dem* Typus zukünftiger Arbeits(zeit)realität erklärt und gegen vermeintlich überholte Arbeitsstandards ins Feld geführt. In Bezug auf die Arbeitszeiten dürfte damit allerdings bislang die Situation einer Minderheit beschrieben sein, wie die nach wie vor hohe Ausstrahlungskraft der tariflichen Arbeitszeiten in Deutschland zeigt.“

Mit seiner überaus lebendigen und mit verständlich aufgearbeitetem empirischen Material (siebzehn Abbildungen, sechsundvierzig Tabellen) reichlich versehenen Bestandsaufnahme der Arbeitszeitverkürzung und der Entwicklung der Beschäftigungspolitik seit zwei Jahrzehnten hat Steffen Lehdorff ein überzeugendes Beispiel dafür gegeben, wie

hilfreich die Tätigkeit kritischer Sozialwissenschaftler sein kann, zentrale gesellschaftliche Anliegen neu zu durchdenken und damit handhabbar zu machen. Dabei weiß er die Erfahrungen bei der gesetzlichen Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich aufschlußreich umzusetzen, die langfristigen speziellen Probleme der Herausforderungen der Frauenerwerbstätigkeit zu benennen und klärt die Wechselwirkung staatlicher Arbeitszeitregulierung im Hinblick auf eine tariforientierte Festlegung der Regelarbeitszeit ab. Resümierend sei hier die Aufforderung bekräftigt, zu diesem thematisch unverzichtbaren Buch zu greifen, um sich zu vergegenwärtigen: Eine Verknappung der Nutzung der individuellen Arbeitskraft trägt zur Verteilung des Arbeitsanfalls auf weitere Arbeitskräfte bei. Die Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung muß die Beschäftigten ermuntern, sie auch zu wollen! Arbeitszeitverkürzung hat

eine Basis, wenn dadurch Chancen auf Teilnahme am Erwerbsleben und eigenständige Existenzsicherung gezielter verteilt werden. Dies zieht Anpassungen des Gesetzgebers in der Steuer- und Sozialversicherungspolitik nach sich. Familienpolitik muß nicht die Ehe, sondern das Leben mit Kindern fördern. Die gesetzliche Höchstdauer einer 40-Stunden-Woche findet ihren Sinn in der flankierenden Voraussetzung für produktive Arbeitsumverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und entwickelt daher das gesellschaftliche Arbeitspotential qualitativ weiter.

Steffen Lehdorff

Weniger ist mehr – Arbeitszeitpolitik als Gesellschaftspolitik
VSA-Verlag Hamburg 2001,
208 Seiten, 13,80 Euro

Selbstgetreuer Wendehals

Hans Dieter Schütt, vor der „Wende“ 1989 Chefredakteur des FDJ-Organs „Junge Welt“, hat am 18.11. im „Neuen Deutschland“ Gregor Gysis Forderung unterstützt, „Frieden mit dieser Gesellschaft“ zu machen. Er setzt Gesellschaft mit den Menschen gleich, was genauso kühn wie falsch ist, und behauptet von Letztgenannten, sie wären unveränderlich. Dafür, daß das in der Tat bei manchem so ist, lieferte Schütt selbst das beste Beispiel. Zwar liegt scheinbar zwischen dem, der unter Honecker den stalinkritischen sowjetischen Film „Die Reue“ von Abuladse verurteilte, und dem heutigen ND-Mitarbeiter, der lautstark Gysis Ruf nach Einpassung in die neoliberal dirigierte kapitalistische Gesellschaft wiederholt, ein weiter Weg. Er ist aber insofern nicht weit, als beide Schütts den „Realsozialismus“ Stalinscher Prägung für reinsten Sozialismus halten. Nur verteidigt der jüngere pauschal dasselbe, was der ältere

– ebenso pauschal und wiederum einer Herrschaft treu – verwirft. Statt „differenzierter Geschichtsbetrachtung“ verlangt er von PDS-Genossen den „Schmerz des radikalen Bruchs“ mit allem, was den Osten ausmachte, ergo auch des Besseren. Mit Dahrendorf preist er die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten. Sie sind – soweit vorhanden – tatsächlich ein wertvolles Gut. Nur ist ihm glatt ihr in der BRD seit Jahrzehnten betriebener Abbau entgangen. Schütt gesellt sich sogar zu denen, die eine Fortsetzung des Abbaus für gut halten, behauptet er doch: „Der hohe Stand der Menschenrechte und der Freiheit(en) hat diese Gesellschaft an ihre derzeitigen Gefährdungen geführt, nicht deren Mangel.“ Gleichzeitig beruft er sich auf Böll, Grass, Bloch, Mayer und Haffner als Kronzeugen für die eigene, prinzipiell bejahende Gesellschaftsauffassung, obwohl diese Männer ständig gegen Demokratieabbau stritten. Sie wären auch nie auf von Schütt propagierte Ideen wie die

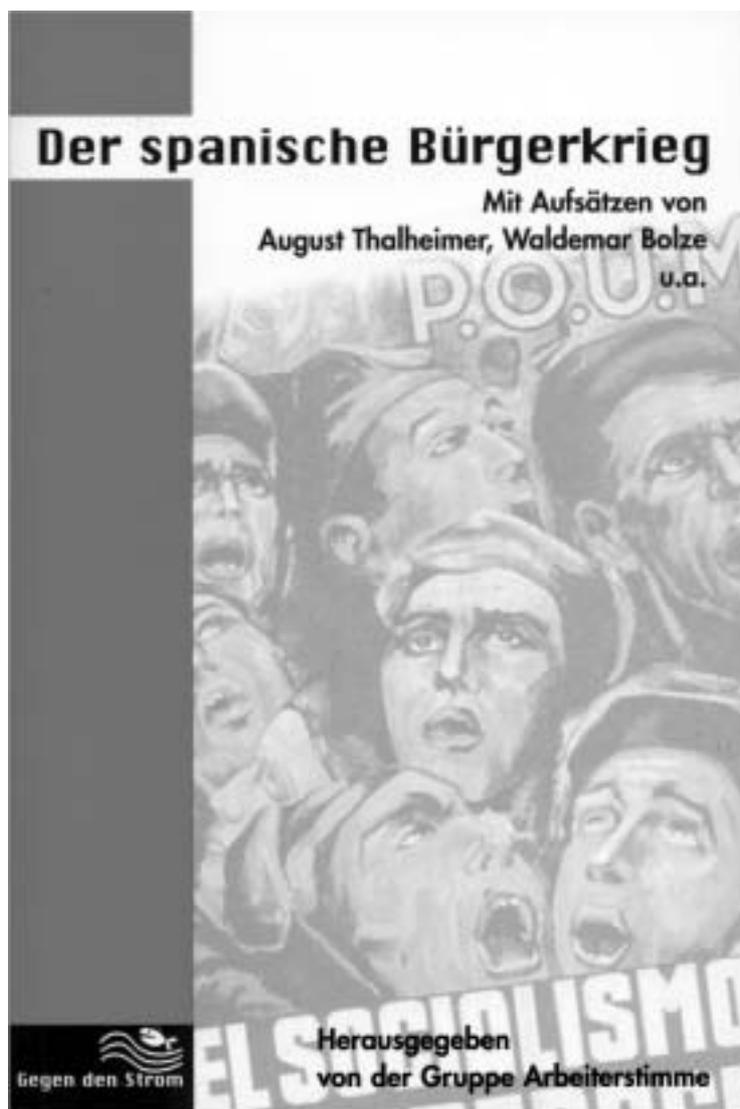
gekommen, daß die Wandlung der Grünen zu Vorkämpfern sozialen Abbruchs und imperialistischer Angriffskriege etwas mit dem „Gesetz des Demokratischen“ zu tun habe und Marx „der wunderbare Dichter des faktisch Unmöglichen“ gewesen sei. Im Drange, der „Gesellschaft“ zu gefallen, sondert der Autor paradoxes Zeug ab, auch solches, mit dem er sich selbst enttarnt. Für ihn ist tiefverwurzelte Treue zum Staat – egal ob zum damaligen oder heutigen – charakteristisch. Nachdem die Delegiertenmehrheit beim Geraer Parteitag rechten PDS-Großkopferten die Gefolgschaft verweigerte, wirft er der Partei deswegen vor, „stalinistische Erfahrungen“ zu praktizieren. Hiervon sei abzugehen, damit man nicht von der „Gesellschaft“ links liegen gelassen werde. Ganz im Gegenteil muß aber Gera fortgeführt werden, wenn der von Schütt als „Fremdkörper“ denunzierte demokratische Sozialismus weiterbestehen soll.

Fred Wilm

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 25,00 €
- August Thalheimer: Programmatische Fragen**, Kritik des Programmentwurfs der kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß) 112 Seiten, 9,00 €
- Die politische Theorie August Thalhaimers 1919 - 1923** (Harald Jentsch) 1993, 120 Seiten, 11,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet
Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg